

Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikkultur.de

In dieser Ausgabe:

Lena Gorelik
Tobias Holzmüller
Doron Kiesel
Natan Sznajder
Mirjam Wenzel
und viele andere

Kultur unter Druck

Fehlender Bundeshaushalt, unterfinanzierte Länder und Kommunen: ein Plädoyer für kreative Lösungen zur Kulturfinanzierung. **Seite 3**

Vertrauen in Museen

Eine Studie des Instituts für Museumsforschung macht deutlich: Museen gehören zu den vertrauenswürdigsten Institutionen. **Seite 10**

Kultur-Populismus

Nach der Wahl erlebt die Slowakei drastische Eingriffe, Einflussnahme und Personalentscheidungen im Kulturbereich. **Seite 12**

»Let's Remember!«

Computer- und Videospiele können zur Vermittlung von Geschichte und zu einem lebendigen Gedenken in der Gegenwart beitragen. **Seite 14**

Aber was?

»Eines Tages werden wir aufwachen und wissen, Daß wir zuwenig getan haben oder das Falsche, Wir werden uns sagen, daß wir mehr hätten tun sollen. Aber was? Werden wir fragen – und: wann hätten wir es tun sollen, ...«, schrieb Walter Bauer 1957. In diesen Tagen muss ich daran denken.

In diesen Tagen hat der russische Präsident Wladimir Putin die Ukraine mit einer neuartigen Mittelstreckentrakete angegriffen. In diesen Tagen stellt der zukünftige amerikanische Präsident Donald Trump seine Regierungsmannschaft auf. Vor einigen fürchtet sich sogar seine eigene Partei. In diesen Tagen hat der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) gegen Israels Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu, Ex-Verteidigungsminister Joav Galant sowie den militärischen Hamas-Anführer Mohammed Deif wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit Haftbefehle erlassen. Seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 befinden sich immer noch 132 Geiseln in der Gewalt der Terrorgruppe. In diesen Tagen hat sich unsere Regierung zerlegt, unverantwortlich in Anbetracht der Situation in der Welt. Jetzt werden wir am 23. Februar 2025 wählen und hoffentlich einer stabileren Regierung, die durch und durch demokratisch ist, die Verantwortung übergeben. Und in diesen Tagen wird einmal mehr klar, dass wir die Klimakrise nicht in den Griff bekommen.

»Eines Tages werden wir aufwachen und wissen, Daß wir zuwenig getan haben oder das Falsche, ...« Nein, nicht irgendwann, diese Träume verfolgen mich schon jetzt, im Schlaf und danach.

Leide ich wie die Romanfigur des Don Quijotes an Wahnvorstellungen und übersteigertem Idealismus, wenn ich finde, dass auch wir im Kulturbereich unsere Hausaufgaben im Angesicht der weltweiten Krisen machen müssen? Müssen wir uns nicht noch stärker für die Demokratie einsetzen und uns schützend vor diejenigen stellen, die Boykotten ausgesetzt sind oder deren Arbeit von Autoritären in Frage gestellt wird? Müssen wir nicht einen Beitrag zur Differenzierung leisten, statt selbst in Schwarz-Weiß-Denken zu verfallen?

Walter Bauer, tief erschüttert von der kollektiven Unwilligkeit seiner Landsleute, aus der Katastrophe des Faschismus etwas lernen zu wollen, wanderte nach Kanada aus. »Wir werden uns erinnern, daß da etwas war voller Verheißung. Aber kaum noch sagen können, was es war und daß es Aussicht gab für uns, Pfade, für uns allein gemacht – Nur: daß da etwas war, dem wir nicht folgten – ...«

Heute ist die Welt zu klein, um vor ihrem Wahnsinn fliehen zu können. Und eigentlich ist auch die Verantwortung zu groß. Aber was, was sollen wir tun?

Olaf Zimmermann,
Geschäftsführer
des Deutschen
Kulturrates und
Herausgeber von
Politik & Kultur



»Jüdisches Leben«

Schwerpunkt Seiten 17 bis 30

Neue Synagoge Mainz

Weckruf an die Gesellschaft

Eine Studie aus Nordrhein-Westfalen bringt neue Erkenntnisse über Antisemitismus

**SABINE LEUTHEUSSER-
SCHNARRENBARGER**

Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem – ein oft verwendeter Satz. Doch was genau meinen wir eigentlich damit? Zum einen beinhaltet der Satz die Aufforderung an jede und jeden Einzelnen unserer Gesellschaft, gegen Antisemitismus aufzustehen und aktiv vorzugehen. Die Bekämpfung des Antisemitismus ist nicht die Aufgabe von Jüdinnen und Juden, sondern von uns allen. Denn Antisemitismus ist mit unseren liberalen demokratischen Werten nicht vereinbar. Er verletzt die Menschenwürde, das höchste Gut unseres Zusammenlebens. Wenn Menschen Angst haben, offen auf der Straße religiöse Symbole zu tragen, hebräisch zu sprechen oder ihre Kinder nicht mehr in Schulen und Kindergärten schicken, ist dies im negativen Sinne ein Gradmesser des Zustandes unserer Demokratie.

Zum anderen beinhaltet der Satz, dass Antisemitismus in der gesamten Gesellschaft und nicht nur in speziellen Milieus zu finden ist. Wurde Antisemitismus in der Vergangenheit schnell als rechtsextremes Problem dargestellt, ist man heute weiter und benennt die Vielfältigkeit des Phänomens klarer dahin, dass Antisemitismus an alle Ideologien anschlussfähig ist.

Wie gesamtgesellschaftlich das Problem ist, haben nicht zuletzt Ergebnisse der Studie »Antisemitismus in der Gesamtgesellschaft von Nordrhein-Westfalen im Jahr 2024«, die das Büro der Antisemitismusbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegeben hat, gezeigt. Im Zuge der Studie wurden 1.300 per Quotenverfahren ausgewählte Personen in Nordrhein-Westfalen face-to-face befragt. Für die nordrhein-westfälische Bevölkerung können die Ergebnisse auf Grund der Gewichtung hinsichtlich soziodemografischer und regionaler Verteilungen mit Bezug auf die Gesamtbevölkerung als repräsentativ eingeschätzt werden. Es war die erste größere durchgeführte Studie nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und dessen antisemitischen und antiisraelischen Auswirkungen.

Die Studie baut auf früheren empirischen und theoretischen Arbeiten zum Antisemitismus auf,

insbesondere auf der Theorie der »Kommunikationslatenz« von Bergmann und Erb. Sie argumentieren, dass Antisemitismus in der westdeutschen Öffentlichkeit zunehmend als öffentliches Tabu galt und in einen Zustand der »Latenz« versetzt wurde: Öffentlicher Antisemitismus wurde verdrängt und konnte nur in privaten Konsensgruppen oder über Umweg- und Tarnkommunikation artikuliert werden. Das heißt, dass antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung verbreitet sind, diese aber nicht durch

Es muss uns alarmieren, dass fast jeder Zweite einen »Schlussstrich« unter den Mord an sechs Millionen Jüdinnen und Juden ziehen will

den öffentlichen Diskurs bestätigt werden und daher in codierter Form zum Ausdruck gebracht werden. Daher beschäftigt sich die Studie sowohl mit offen formulierten Ausdrucksformen des Antisemitismus als auch mit codierten und auch tolerierten. Als offener Antisemitismus wird dabei jene Ausdrucksform bezeichnet, die sich ohne Umwege direkt gegen »Juden als Juden« richtet. Er wird dabei direkt, manifest und explizit kommuniziert. Codierter Antisemitismus bezieht sich hingegen auf die »Umwegkommunikation« und deutet negative, ressentimentgeladene und stereotype Vorstellungen über Jüdinnen und Juden in Form von Chiffren an. Tolerierter Antisemitismus wurde in der Studie als neuer Begriff eingeführt. Er bezieht sich hier auf den Antisemitismus anderer: Der tolerierte Antisemitismus verteidigt antisemitische Aussagen und Handlungen anderer gegenüber einer als »intolerant« wahrgenommenen Öffentlichkeit.

In der Studie stimmen im gewichteten Wert acht Prozent der Befragten religiös-antisemitischen Aussagen zu. Die Aussage »Ich würde niemals in eine Synagoge gehen« hat eine Zustimmungsrate von 21 Prozent. Hervorzuheben ist dies, da diese grundlegende

Abwehrhaltung nur dazu führen kann, dass Mauern aufgebaut werden und sich Gräben vertiefen.

Die Werte zu modern-antisemitischen Einstellungen sind ungleich höher. Diese Ideologie macht »die Juden« für politische, ökonomische und kulturelle Wandlungsprozesse verantwortlich. Rund ein Viertel der Befragten stimmt der offenen Version der Verschwörungstheorie vom übermäßigen Einfluss »der Juden« zu. Werden diese Aussagen codiert formuliert und beziehen sich auf jüdische Institutionen oder konkrete Personen, steigt der Wert.

Bei 19 Prozent der Befragten liegen sekundär-antisemitische Einstellungen vor. Dabei wird die Erinnerung an das größte Menschheitsverbrechen, den Holocaust, abgelehnt. Rund die Hälfte der Befragten stimmt tendenziell zu, dass es »in einer Demokratie [möglich sein] sollte (...), den Holocaust kritisch zu hinterfragen«. 43 Prozent können »nachempfinden, dass (...) der Holocaust viele Menschen kalt lässt«. 47 Prozent fordern, einen »Schlussstrich unter diese Vergangenheit« zu ziehen.

Es muss uns alarmieren, dass fast jeder Zweite einen »Schlussstrich« unter den Mord an sechs Millionen Jüdinnen und Juden ziehen will. Dabei ist in einer Welt, die sich ständig und schnell verändert, die Erinnerungskultur unverzichtbar, um aus der Vergangenheit zu lernen, historische Ereignisse zu reflektieren und diese heute einzuordnen. Im kommenden Jahr ist die Befreiung des größten Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau 80 Jahre her. Mit dem zeitlichen Abstand wird scheinbar auch der emotionale Abstand größer. Die Zeitzeugen, die beeindruckend vom menschenverachtenden Nationalsozialismus berichten, werden altersbedingt weniger. Ihre persönlichen Lebensgeschichten sind von unschätzbarem Wert, da sie Geschichte nicht nur in Fakten und Daten, sondern auch emotional lebendig machen und deshalb häufig prägend sind. Die Herausforderung besteht darin, die Erinnerungskultur **Fortsetzung auf Seite 2**

Nr. 12/24–01/25
ISSN 1619-4217
B 58 662



EDITORIAL

Aber was?	
Olaf Zimmermann	01

LEITARTIKEL

Weckruf an die Gesellschaft	
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger	01

SEITE 2

Kulturmensch	
Hans Joachim Schellnhuber	02

AKTUELLES

Kulturhaushalte unter Druck	
Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz	03

INLAND

3sat feiert 40-jähriges Jubiläum: Ein Sender mit Tiefenschärfe	
Natalie Müller-Elmau	04

Zur Reform des ÖRR: Chance für Kultur im Hauptprogramm	
Conrad Clemens	05

Kulturberichterstattung: Kultur soll in die Hauptprogramme	
Rainer Robra	05

Vertreterinnen und Vertreter betroffener Verbände: Stellungnahmen zur Rundfunkreform	

AG DOK	
Susanne Binninger	06

Börsenverein des Deutschen Buchhandels	
Peter Kraus vom Cleff	06

Bundesverband Regie	
Jobst Christian Oetzmann	06

Deutsche Jazzunion	
Anette von Eichel	06

Deutscher Drehbuchverband	
Jan Herchenröder	07

Deutscher Komponist:innen-verband	
Moritz Eggert	07

unisono – Deutsche Musik- und Orchestervereinigung	
Gerald Mertens	07

VAUNET – Verband Privater Medien	
Claus Grewenig	07

Der Stellenwert der Kultur soll gestärkt werden	
Heike Raab im Gespräch	08

Künstliche Intelligenz und Urheberrecht müssen nicht im Widerspruch stehen	
Tobias Holzmüller	08

Friedlicher Widerstand	
Monty Ott	09

Zugang zu Wissen im digitalen Zeitalter	
Yvonne de Andrés	09

Museen: Das verborgene Kapital	
Patricia Rahemipour	10

Nie wieder Täter, nie wieder Opfer sein	
Johann Michael Möller	10

Innenperspektive und Brückenbau	
Diana Matut	11

Junge Musiker interpretieren seine Lieder: Biermann goes Hiphop	
Ludwig Greven	12

EUROPA

Massive staatliche Einflussnahme in der Slowakei: Bauplan für eine populistische Kulturpolitik	
Markus Huber	12

INTERNATIONALES

Deutsche Mittler- und Partnerorganisationen im Ausland: Unser Land besser erklären	
Ralf Beste	13

MEDIEN

»Let’s Remember!«	
Benjamin Hillmann	14

KULTURELLES LEBEN

Sharon Adler im Porträt: Das Prinzip Frühling	
Andreas Kolb	15

Claussens Kulturkanzel: Dichten gegen ein unmenschliches System	
Johann Hinrich Claussen	15

Personen & Rezensionen	16

JÜDISCHES LEBEN IN DEUTSCHLAND

Nichts ist mehr, wie es war	
Olaf Zimmermann	17

Würde und Bürde der jüdischen Differenz	
Natan Sznaider	18

Zwischen Vergewisserung und Positionierung: Jüdische Akademie	
Doron Kiesel	19

Das Gebot, die Welt zu heilen – Jüdische Museumsarbeit in der Gegenwart	
Mirjam Wenzel	20

Wir dulden keinen Judenhass	
Ina Hartwig	21

Kampf gegen Antisemitismus: Ein Tsunami der Judenfeindlichkeit	
Felix Klein	21

Offene Fragen	
Ron Segal	22

Erzählen und Verschweigen	
Lena Gorelik	22

Jung, jüdisch und im Widerstand	
Hanna Veiler	23

Unsichtbar bleiben, um der Übermacht zu entkommen	
Dani Kranz	24

Über die Aufgaben des Militär-bundesrabbiners: Brückenbauer	
Zsolt Balla	24

In die Resonanzräume der Geschichte lauschen	
Liora Hilb im Gespräch	25

Bildung spielt eine Schlüsselrolle	
Deborah Schnabel	26

Zu den Bildern	26

Ein grundsätzliches Sicherheitsgefühl ist erodiert	
Gisela Dachs	27

Jüdische Musik: »Ein jeder unter seinem Feigenbaum«	
Jascha Nemtsov	28

Anthologie zum Poetry-Slam-Wettbewerb: Slammt Tacheles!	

Identitätensalat	
Liel Droste	29

Dazwischen	
Anna Syrkina	29

Über Georg Stefan Troller: Ein ganzes erlebtes Jahrhundert	
Gerhard Bökel	30

DOKUMENTATION

Positionspapier des Deutschen Kulturrates	31

DAS LETZTE

Kurz-Schluss	
Theo Geißler	32

Lawrows Träume	32

Karikatur	32

DER AUSBLICK

Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. Februar 2025.
Im Fokus steht das Thema »Kulturgut Spielzeug«.

Fortsetzung von Seite 1

so zu gestalten, dass sie auch ohne die direkten Berichte der Zeitzeugen gerade junge Menschen erreicht, die Interesse an Geschichte zeigen, jedoch oft auf der Suche nach neuen Wegen sind, um sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Traditionelle Vermittlungsformen sind wichtig, reichen aber oft nicht aus, um das Interesse nachhaltig zu wecken. Um die Erinnerungskultur lebendig zu halten, müssen digitale Medien stärker einbezogen werden.

In der Studie liegt die Zustimmungsrate bei israelbezogenen antisemitischen Einstellungen bei 14 Prozent – wobei diese bei einzelnen Fragen stark variieren. Insgesamt setzen demnach 38 Prozent der Befragten die israelische Politik tendenziell mit der nationalsozialistischen gleich und stimmen der Aussage »Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben« voll oder eher zu. Rund 40 Prozent der Befragten stimmen zu, dass ihnen »durch die

israelische Politik (...) die Juden immer unsympathischer« werden. Es wird also die israelische Politik den in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden zugerechnet.

Besonders besorgt muss es machen, dass nach der Studie die 16- bis 18-jährigen besonders israelfeindlich eingestellt sind. Das heißt nicht automatisch, dass sie auch israelbezogenen oder andere Formen des Antisemitismus vertreten – der Schritt dahin ist jedoch nicht groß.

Es ist davon auszugehen, dass insbesondere die Sozialen Medien, und hier namentlich TikTok, einen großen negativen Einfluss haben. Denn gerade bei Jugendlichen übernehmen Soziale Medien immer öfter die Funktion der primären Meinungsbildung. Hier können sich antisemitische Verschwörungsnarrative und Desinformation in rasender Geschwindigkeit verbreiten. Die Schnelligkeit und virale Natur der Plattform können dazu führen, dass antisemitische Äußerungen in einem Kontext präsentiert werden, der sie harmlos erscheinen lässt. Oftmals werden sie in Form von Memes, Witzen oder scheinbar unbedenklichen Videos verbreitet, was die Gefahr birgt, dass sie von einem breiten Publikum unkritisch konsumiert werden und zu einer Normalisierung antisemitischer Stereotypen und Verschwörungstheorien führen können. Richtigstellungen sind dabei deutlich weniger viral als »Fakes«, die oft den Boden für die Radikalisierung junger Menschen bereiten.

Das alles wird durch die Funktionsweise des komplexen Algorithmus auf TikTok befördert, der auf den Vorlieben der Nutzerinnen und Nutzer basiert, um Inhalte zu verbreiten. Auch im digitalen Raum wird um Deutungshoheit gekämpft. Nach dem 7. Oktober machte

die Bildungsstätte Anne Frank gar eine »TikTok Intifada« aus. Videos mit offenem israelbezogenem Antisemitismus wurden tausendfach geteilt. Der Algorithmus signalisiert dem Nutzer, dass antisemitische oder israelfeindliche Einstellungen von vielen anderen Nutzern geteilt werden, und es findet eine gegenseitige Bestätigung statt. Wenn Einstellungen nicht mehr als »tabuisiert« wahrgenommen werden, werden diese auch offener kommuniziert.

Weiter zeigt die Studie, dass der Migrationshintergrund – von diesem wird in der Studie gesprochen, wenn mindestens ein Elternteil im Ausland geboren wurde – keine signifikanten Auswirkungen auf antisemitische Haltungen hat. Die Religiosität ist hingegen ein Faktor: Je häufiger ein Gotteshaus besucht wird, desto größere Zustimmung ergeben sich beim modernen und religiösen Antisemitismus – und zwar konfessionsübergreifend. Da in der öffentlichen Diskussion die Migrationsgesellschaft immer mehr als alleiniges Problemfeld des (israelbezogenen) Antisemitismus ausgemacht wird, ist es wichtig, die Erkenntnisse aus der Studie dagegen zu setzen.

Die Studie zeigt somit deutlich, dass »der Antisemitismus als gesamtgesellschaftliches Problem« keine leere Phrase ist, sondern ein Weckruf sein muss. Ein Weckruf an die gesamte Gesellschaft: klar Haltung zu zeigen, wenn die Werte unserer Demokratie angegriffen werden.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger ist Bundesjustizministerin a. D. und stellvertretende Vorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Von 2018 bis 2024 war sie erste Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen

Kulturmensch Hans Joachim Schellnhuber



FOTO: IIASA/MATTHIAS SILVERI

Hans Joachim Schellnhuber gehört zu den renommiertesten Klimaforschern weltweit. Er war Gründungsdirektor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) und leitete das Institut von 1992 bis 2018. Unter seiner Leitung wurde es zu einem der weltweit angesehensten Institute im Bereich der Klimaforschung. Als Direktor Emeritus unterstützte er das Institut bis 2024. Seit Dezember 2023 ist er Generaldirektor des Internationalen Instituts für Angewandte Systemanalyse in Laxenburg, Österreich. Seit 2019 fokussiert Schellnhuber seine wissenschaftliche Arbeit und seine Kommunikationskompetenz auf die Transformation der gebauten Umwelt und speziell auf das Klimasanierungspotenzial regenerativer Architektur. Er ist Gründer und Geschäftsführer von »Bauhaus Earth« und Mitglied des »New European Bauhaus High-level roundtable«. Er war Klimaberater der Bundesregierung und von 2009 bis 2016

Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen. Er war außerdem langjähriges Mitglied des Weltklimarats, der im Jahr 2007 den Friedensnobelpreis erhielt. Unter anderem brachte er das Konzept der Kippelemente in die Klimaforschung ein. Am 11. Dezember 2024 wird Hans Joachim Schellnhuber mit dem Deutschen Kulturpolitikpreis des Deutschen Kulturrates ausgezeichnet und damit für sein langjähriges, umfassendes und vielseitiges Engagement für Nachhaltigkeit und Klimaschutz geehrt. Gewürdigt werden mit der Auszeichnung Schellnhubers allgemeinverständliche Kommunikation der Klimafolgen und die daraus erfolgreichen Wirkungen auf den Nachhaltigkeitsdiskurs. Als hoch anerkannter Wissenschaftler sucht Hans Joachim Schellnhuber den Kontakt zu und Schulterschluss mit anderen Gesellschaftsgruppen – insbesondere auch dem Kulturbereich. Wir gratulieren herzlich!



FOTO: LAND NRW/SONDERMANN

Kulturhaushalte unter Druck

Kulturpolitik muss jetzt kreative Lösungen finden

OLAF ZIMMERMANN & GABRIELE SCHULZ

An der Frage, wie die Haushaltslöcher zu stopfen sind, ist die Ampelkoalition am 6. November dieses Jahres zerbrochen. Wenn man sich zurück-erinnert, scheint es kaum ein Thema gegeben zu haben, das die Ampelkoalition so sehr aufgerieben und be-schäftigt hat wie die Aufstellung und Durchführung der Bundeshaushalte. Klar, der Bundeshaushalt 2022 kam aufgrund der Bundestagswahl 2021 ver-spätet. Eine solche vorläufige Haus-haltsführung ist eingeübte Praxis. Der

mussten Christian Lindner, Vizekanzler Robert Habeck und Bundeskanzler Olaf Scholz zu dritt tagen, um schließlich im Juli 2024 weißen Rauch aufsteigen zu lassen, Habemus Haushalt.

Doch weit gefehlt, die Auseinander-setzungen gingen weiter und kaum eine Woche verging ohne Wasserstands-meldungen zur Haushaltslage und man-gelnder Einigung für das Jahr 2025. Die Unsicherheit wuchs und wuchs. Nicht nur, aber auch im Kulturbereich. Alle, die vorausschauend ihre Projekte ge-plant hatten, mit einem Ende in diesem Jahr und in der Hoffnung auf eine Fort-führung Anfang 2025, die über die an-stehende vorläufige Haushaltsführung 2026 wegen der anstehenden regulären Bundestagswahl tragen sollte, schauen nun in die sprichwörtliche Röhre.

Das Jahr 2025 wird auf der Bundes-ebene mit einer vorläufigen Haushalts-führung beginnen, mit einer Bundes-tagswahl Ende Februar 2025 und an-schließender Regierungsbildung. Die neue Bundesregierung wird vermut-lich erst im Mai mit der Aufstellung des Bundeshaushalts 2025 beginnen, ein Zeitpunkt, an dem in einem »nor-malen« Jahr die ministeriumsinternen Haushaltsaufstellungen 2026 begon-nen hätten. Man kann nur hoffen, dass die neue Bundesregierung bei der Auf-stellung des Haushalts 2025 gleich den von 2026 mitbedenkt. Vor September/Okttober 2025 ist jedenfalls kaum mit einem Haushalt zu rechnen. D. h., dass aller Wahrscheinlichkeit nach über drei Quartale eine vorläufige Haushalts-führung gelten wird. Viele Projekte und Vorhaben stehen in den Startlöchern, können aber nicht begonnen werden. Es besteht eine erhebliche Unsicher-heit, mit welchen Mitteln überhaupt ge-rechnet werden kann. Eine lange Durst-strecke steht den bundesgeförderten Einrichtungen bevor.

In den Ländern und in Kommunen sieht es oftmals nicht viel besser aus – auch wenn dort Haushalte beschlossen werden. In Berlin steht eine Kürzung



Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz während des Aktionstags #BerlinIstKultur gegen die massiven Kulturkürzungen

FOTO: THOMAS AURIN

Man kann nur hoffen, dass die neue Bundesregierung bei der Aufstellung des Haushalts 2025 gleich den von 2026 mitbedenkt

Bundeshaushalt 2023 ging am Anfang noch geordnet über die parlamentari-schen Hürden, nicht zuletzt aufgrund des Wirtschaftsstabilisierungsfonds, der die notwendigen Haushaltsmittel im laufenden Haushaltsjahr 2023 bereit-stellte. Dieser Fonds wurde nach einer Klage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vor dem Bundesverfassungsgericht als nicht verfassungsgemäß bewertet und im Nachgang verboten. Das hatte zur Folge, dass die Beratungen zum Bun-deshaushalt 2024 im Jahr 2023 nicht ab-geschlossen werden konnten und 2024 erneut mit einer vorläufigen Haushalts-führung begann. Zwar konnte der Haus-halt im ersten Quartal 2024 auf den Weg gebracht werden, doch dräute bereits die Aufstellung des Bundeshaushalts 2025. Er verzögerte sich, eine Einigung zwischen den Fachministerien und Fi-nanzminister Christian Lindner schien in weite Ferne zu rücken. Immer häufiger

des Kulturhaushalts um sage und schreibe zwölf Prozent an. Das bedeu-tet teilweise Beendigung von Institutio-nen und Projekten. So steht die Wei-terfinanzierung der Stiftung für Kul-turelle Weiterbildung und Kulturbera-tung auf der Kippe. Die Sanierung der Komischen Oper soll gestoppt werden. Die Kürzungen bei Theatern führen dazu, dass kaum mehr Neuproduktio-nen möglich sein werden. Dies wird sich natürlich auf die Eigeneinnahmen aus-wirken, die fester Bestandteil des Wirt-schaftsplans sind. Der Chef der Schau-bühne, die eine GmbH ist, befürchtet die Insolvenz des Hauses. Die massiven Kürzungen bei den Institutionen wer-den sich auch in der Freien Szene und der Kultur- und Kreativwirtschaft aus-wirken. Fördermittel für die Freie Szene werden gekürzt, Aufträge an Unterneh-men werden rarer. In Köln oder in Dres-den zeigt sich ein ähnliches Bild. Massi-ve Einsparungen im Kulturretat drohen, die an die Substanz gehen.

In vielen kleinen und größeren Or-ten kämpfen die Kulturinstitutionen und die Künstlerinnen und Künstler um das Überleben. Dabei werden gerade jetzt die Kulturorte dringend gebraucht, um ak-tuelle Fragen zu verhandeln, um Orte des demokratischen Diskurses zu bieten, um zum Nachdenken anzuregen oder ein-fach nur um Zusammenhalt zu stiften. Viele aufgeregte Debatten finden statt. Gerade Kulturorte können dabei helfen,

diese historisch einzuordnen, ihre Ein-maligkeit zu hinterfragen und zu ermu-tigen, neue Wege zu gehen.

Vieles wurde in den letzten Jahren, nicht zuletzt in der Coronapandemie auf den Weg gebracht. Die Diskussion um Honoraruntergrenzen ist bundes-weit angekommen. Der Bund sieht de-ren Einhaltung in Zuwendungsbeschei-den vor, und auch in den Ländern wur-den die Bestrebungen vorangetrieben, zumindest eine untere Haltegrenze für Honorare von Künstlerinnen und Künstlern einzuziehen. Diese Ent-wicklung darf angesichts schrumpfen-der Kulturhaushalte jetzt nicht abge-schnitten werden. Auch wenn es viel-eicht verlockend erscheinen mag, jetzt auf die Umsetzung von Honorarunter-grenzen zu verzichten, um überhaupt Projekte zu ermöglichen, wäre dies genau die falsche Entscheidung. Auch in schwierigen Haushaltszeiten muss zumindest die Honoraruntergrenze gezahlt werden.

Ebenso wenig darf die Nachhaltig-keitsdiskussion erstickt werden. Vie-le Kulturorte haben hier in den letz-ten Jahren, auch dank des Bundes-programms NEUSTART KULTUR, inves-tieren können. Dieses muss fortgeführ-t werden. Kulturorte müssen energieeff-izienter, nachhaltiger und damit resili-enter werden. Ja, das kostet Geld. Doch was sind die Kosten im Vergleich zum möglichen unwiederbringlichen Verlust

von materiellem Kulturgut. Kultur wird vom KRITIS-Dachgesetz ausgenom-men, da sie keine mit Stromversor-gung oder Finanzdienstleistungen vergleichbare Infrastruktur ist. Gleich-zeitig wird angekündigt, dass Kultur Teil der Nationalen Resilienzstrategie sein wird. Hierfür wird es erforderlich sein, die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die genannten Anforderungen, Ho-noraruntergrenzen und Nachhaltigkeit, sind nur zwei von verschiedenen ande-ren Themen, die nicht zurückgestellt werden dürfen und trotz knapper Res-sourcen angegangen werden müssen. Andere sind z. B. die Digitalisierung des Kulturbereiches, die Weiterentwicklung von Personalstrategien, die Öffnung für neue Zielgruppen und andere mehr.

Priorisierungen werden vermutlich erforderlich sein, aber die Modernisie-rung des Kulturbetriebs darf bei der Sa-nierung von Haushalten nicht auf der Strecke bleiben. Gerade in Zeiten des knappen Geldes beweist sich die Qua-lität von Kulturpolitik. Jetzt ist die Zeit kreative Lösungen zu finden und nicht nur stur die Wünsche der Kämmerer, Finanzsenatoren und Finanzminister abzuarbeiten.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäfts-führerin des Deutschen Kulturrates

Kunstfreiheit Zehn Jahre Debatten in Politik & Kultur

Aus Politik & Kultur 19

Aus dem Inhalt:

- Streitfall Kunstfreiheit
- Kunstfreiheit und Recht
- Von Einschüchterung bis Zensur
- Ausgrenzung und Boykott
- Jugendschutz und Selbstkontrolle
- Umgang mit dem Erbe
- Sonderfall Religion?
- Bedrohungen von rechts und links
- Hass im Netz
- Grenzüberschreitungen in der Popkultur
- Kulturelle Aneignung
- Postkolonialismus versus Antisemitismus



Jetzt bestellen!



Ganz einfach per QR-Code oder unter www.kulturrat.de/publikationen

Hg. von Olaf Zimmermann und Theo Geißler
ISBN 978-3-947308-64-4
320 Seiten
20,80 Euro

Der Band versammelt Beiträge aus zehn Jahren und vermittelt dadurch einen Eindruck von den unterschiedlichen Debatten und Akzentsetzungen zur grundgesetzlich verbrieften Kunstfreiheit.

Ein Sender mit Tiefenschärfe

3sat feiert 40-jähriges Jubiläum

NATALIE MÜLLER-ELMAU

Es ist ein Experiment, und der Anfang klingt nach Star Trek: 1. Dezember 1984, Ostbeam des Kommunikationssatelliten ECS. Hier ist 3sat! Gestartet als erstes gemeinschaftliches Programm von ZDF, ORF und SRF, den Sendern des deutschen Sprachraums. Die neuen technischen Möglichkeiten geben dem Sender seinen Namen: Sat, Satellitenfernsehen. Das ist die große Herausforderung für die öffentlich-rechtlichen Sender in den 1980er Jahren. Das Privatfernsehen mit seinen schrillen Shows und den beliebten amerikanischen Serien revolutioniert den Fernsehmarkt. Die deutschsprachigen Sender stellen sich der Herausforderung – und setzen auf Kultur!

Die ZDF-Mitarbeiterzeitschrift »Kontakt« hält unter der Überschrift »3sat, das Experiment« damals fest: »Es entsteht ein Programm mit allen Farben, ein Programm für jedermann, nicht für Gruppen und Grüppchen, ein Programm, das nicht aufs Geldverdienen zielen muss, also ohne Werbung, ein Programm, das zeigt, wie reichhaltig das Repertoire jahrzehntelangen Fernseherschaffens in drei Ländern

Verstands auch Emotionales, starke Bilder, Tiefenschärfe bei persönlichen Portraits und das Glücksgefühl beim Verstehen der Welt. 3sat, das ist – wie es Gert Scobel einmal formuliert hat – Unterhaltung mit Erkenntnisgewinn!

Von Anfang an wurden auch die wichtigsten Nachrichtensendungen aus den drei Ländern ausgestrahlt. Den Blick über den nationalen Tellerrand hat 3sat möglich gemacht und ins Zentrum seines Programmverständnisses gestellt. Die Beschäftigung mit der eigenen Identität bekommt so ein Gegenüber, das hilft, Vertrautes im Fremden zu entdecken und vermeintlich Bekanntes nochmal neu wahrzunehmen. Wer wissen wollte, wie die US-Wahlen in Österreich bewertet werden, konnte am Wahlabend Armin Wolf in der ZIB2 in 3sat sehen. Kunst und Kultur dürfen sich nicht einengen lassen auf die schönen Künste und irgendeine bequeme Form von Kultiviertheit. Sie müssen mitreden und sich in gesellschaftliche Debatten einmischen: Wahlen in den USA, der Umgang mit Kultur und Medien in Ungarn, Kunstfreiheit in China – das hat alles mit uns zu tun. Die Perspektive des Senders war immer europäisch international, aber sein Kern liegt im deutschen Sprachraum. Und das ist auch wichtig, um Dinge nicht nur oberflächlich zu betrachten, sondern mit Tiefenschärfe.

Kulturmagazin im deutschen Sprachraum. Die Geschichte hat diejenigen Lügen gestraft, die bei der Gründung prophezeiten: »40 Sendeminuten, jeden Tag von Montag bis Freitag, nur mit Kultur? Das funktioniert nie!« Es funktioniert und 1999 kam mit »Nano« ein werktägliches Wissensmagazin dazu. »Nano« wird dieses Jahr also 25 Jahre alt. Beide Sendungen werden von Redaktionen aller Partnersender gemeinsam beim ZDF in Mainz produziert. Wenn man erleben will, wie öffentlich-rechtliche Zusammenarbeit funktioniert, erlebt man sie hier par excellence. Nicht nur die Moderatorinnen kommen aus Wien, Zürich, Frankfurt oder Berlin, in den täglichen Konferenzen schalten sich auch Redakteure zusammen und diskutieren, was bei ihnen gerade wichtig ist. Die Programmierung von »Nano« um 18:30 Uhr und der »Kulturzeit« um 19:20 Uhr, rund um »heute« und die »Tagesschau« zeigt den Stellenwert, den Wissenschaft und Kultur bei 3sat haben. Nachrichten und aktuelle Debatten sollen auch aus deren Perspektive beleuchtet werden. Nano und Kulturzeit helfen bei der Einordnung von Fakten – zusätzlich zum »Was, Wann, Wie, Wo, Warum?« der Nachrichten fragen sie »Was, Wann, Wie, Wo, Warum – eigentlich?«. Dafür lassen sie starke Stimmen aus diesen Bereichen zu Wort kommen und bieten auch originären Inhalten aus

Die Geschichte hat diejenigen Lügen gestraft, die bei der Gründung prophezeiten: »40 Sendeminuten, jeden Tag von Montag bis Freitag, nur mit Kultur? Das funktioniert nie!« Es funktioniert und 1999 kam mit »Nano« ein werktägliches Wissensmagazin dazu

gerade den Studenten-Oscar erhalten. Die 3sat Dokumentarfilmzeit ist seit über 30 Jahren der Programmplatz für Autoren-Dokumentarfilme im deutschsprachigen Fernsehen.

Kultur kann in einer auseinanderdriftenden Gesellschaft ein Schlüsselfaktor für Identitätsfindung und gesellschaftliche Selbstverständigung sein. Damit sie ihre volle Kraft entfalten kann, braucht sie Teilhabe und keine Elfenbeintürme. Menschen müssen niedrigschwellig mit Kulturangeboten in Kontakt kommen können. Das kann ein Sender wie 3sat bieten, und zwar von Wagner bis Wacken. Die Klassikfreunde kommen im 3sat-Festspielsommer auf ihre Kosten, die Pop- und Rockfans können unter dem Label »Pop Around The Clock« rund ums Jahr Konzerte genießen. Die Zukunft dieser kulturellen Teilhabe ist digital, denn die Medienwelt befindet sich im Umbruch. Sender müssen ihr Profil schärfen und im Kampf um die Aufmerksamkeit ein klares Erlebnisversprechen bieten: Gut kuratiert und fokussiert auf das Besondere sollen die 3sat-Ausspielwege TV und Mediathek sein, um für das kulturinteressierte Zielpublikum ein eindeutiges Angebot zu bieten. Insbesondere die 3sat-Mediathek kann innerhalb des öffentlich-rechtlichen Streaming-Netzwerks den Zugang zu kulturell-wissenschaftlichen Inhalten bieten, die zwischen Traumschiff



3sat: Was als Experiment begann, entwickelte sich zu einem bunten Kultursender mit Tiefenschärfe

ist, ein Programm aus eigener Produktion, nicht aus überseeischer Importware.«

Aus der Idee des Kulturbollwerks gegen die »McDonaldisierung« des öffentlichen Lebens entwickelt 3sat schnell eine eigene starke Identität mit einem breiten Kulturbegriff: Kultur, Wissenschaft, Dokumentarfilme und Kabarett und Comedy prägen das Programm. Seit fast vier Jahrzehnten ist zum Beispiel das 3sat-Festival ein fester Programmpunkt für Kabarettfreunde. Nach den altherwürdigen politischen Kabarettisten wie Hans-Dieter Hüsch, Richard Rogler, Volker Pispers traut sich 3sat inzwischen auch jüngere Formate zu. Sebastian Puffaff und Till Reiners luden bzw. laden regelmäßig zur Happy Hour, und Sarah Bosetti mixt in »Bosetti Late Night« schlauen Humor mit ernsthaftem Talk. Dafür hat sie 2024 den Grimme Preis und den Deutschen Fernsehpreis erhalten.

Der Sender sieht sich als Marke für Menschen mit besonderem Anspruch, sowohl was Ästhetik und Gestaltung, als auch was inhaltliche Tiefe anbetrifft. »3sat macht den Kopf an!« ist der Claim des Senders und ist bewusst doppeldeutig zu verstehen: 3sat macht den Kopf an, bietet neue Perspektiven, Hintergründiges und Wissenswertes – und: 3sat macht den Kopf an, bietet über die Ansprache des

Als 1989 die Mauer fiel, konnten die Zuschauerinnen und Zuschauer via 3sat in ein nahes, weit entferntes Land blicken: Bereits seit November 1989 konnten sie täglich zum Sendeschluss die Spätausgabe der »Aktuellen Kamera« die »AK Zwo« sehen. Eine Initiative, die der Forderung westdeutscher Politiker zuvorkam, ein Programm für alle aufzuschalten, das bis vor kurzem noch als langweilig und zensiert galt und das man im Westen nur in grenznahen Gegenden empfangen konnte: das Programm des DDR-Fernsehens. Mit der Aufnahme des Deutschen Fernsehfunks (DFF) in den 3sat-Verbund Anfang März 1990 begann eine kurze, aber sehr intensive Zusammenarbeit. Pink Floyds »The Wall« am Brandenburger Tor war das 3sat-Ereignis im Juli 1990.

Drei plus Eins bleibt 3. Diese Gleichung stimmt seit 1993 für 3sat, denn die ARD kam als vierter Partner zum Sender. Der behielt aber seinen Namen. Die ARD hatte 1987 unter dem Namen »1 Plus« einen eigenen Kulturkanal gestartet und im November 1993 wieder eingestellt. Auf »1 Plus« moderierte ein junger Mann namens Gert Scobel »Kultur Plus«. Auch Scobel wechselte zu 3sat. Aus »Kultur Plus« und der 3sat-Sendung »Kultra« wurde 1995 die »Kulturzeit«, das bis heute einzige werktägliche

Wissenschaft und Kultur eine breite Bühne. Die »Kulturzeit« wurde dafür 2022 mit dem Deutschen Fernsehpreis in der Kategorie »Beste Information« ausgezeichnet.

Beide Sendungen zeigen auch immer wieder Spezial- und Extraausgaben, sei es von der Berlinale oder dem Weltklimagipfel. Im August 2008 sendete die Kulturzeit eine komplette Sendung auf Latein. Die Sendung befasste sich aber nicht mit Römern, Legionären und Sandalen, sondern diskutierte das »Mare Nostrum« in der Gegenwart oder fragte den Schriftsteller Robert Harris, ob er im Rednertalent eines jungen aufstrebenden US-Politikers einen neuen Cicero entdecken könne. Das war noch, bevor dieser gewisse Barack Obama US-Präsident wurde.

3sat ist dort präsent, wo Kultur stattfindet, auf den Buchmessen, bei der Berlinale oder als Partner des Berliner Theatertreffens. Es wird getanzt, gesungen und gelesen – mehr als 1.000 Programmminuten jedes Jahr allein beim Bachmann-Preis. Der Sender fördert Nachwuchs im Bereich des Dokumentar- und Kurzfilms, verleiht zahlreiche Preise und erhält selbst welche. Eine der Nachwuchsproduktionen in Zusammenarbeit mit der Filmuniversität Babelsberg Konrad Wolf, der Film »Kruste« von Regisseur Jens Kevin Georg, hat

und Tatort oft nicht genügend Wahrnehmung erfahren.

Lange bevor die Begriffe Mediathek, Interaktivität und Online von Medienschaffenden als Möglichkeit ins Auge gefasst wurden, hat 3sat im Rahmen der Documenta IX 1992 mit »Piazza virtuale« das erste interaktive Live-Fernsehprogramm ausgestrahlt und damit Fernsehgeschichte geschrieben. Eine Gruppe von Künstlern und Hackern wollte die Lebensart der italienischen Piazza – einem Ort der zwanglosen Treffen und Gespräche – in die Medien übertragen und das Publikum aktiv einbeziehen. Per Telefon, Fax, Mailbox und Bildtelefon konnte man auf die Sendung Einfluss nehmen, mitdiskutieren, sich kennenlernen, gemeinsam Musik machen und malen oder eine Kamera im Studio bewegen. Programmlich war der Versuch eher ein Misserfolg. Paradoxerweise lag aber genau darin das Gelingen des Experiments, nämlich als Grenzerfahrung der Möglichkeiten des Mediums. 3sat will auch in den nächsten Jahrzehnten die Grenzen der neuen Medienwelt ausloten. Lassen Sie uns das Experiment neu wagen!

Natalie Müller-Elmau ist Senderchefin von 3sat

Chance für Kultur im Hauptprogramm

Zur Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

CONRAD CLEMENS

In Leipzig zur Jahreskonferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder ist eine große Reform gelungen. Am Ende eines längeren Prozesses mit wertvoller Arbeit eines Zukunftsrates mit Expertinnen und Experten herrscht große Einigkeit in wichtigen und zentralen Fragen. So sind wir nicht nur bei der Schärfung des Auftrages vorangekommen, sondern auch bei den Themen Digitalisierung und Einsparungen. Es ist auch gelungen, einer künftigen, »robusteren« Regelung zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks näherzukommen. Ich bin zuversichtlich, dass auf der Folgekonferenz in Berlin eine abschließende Einigung gelingt, die auch die Zustimmung der Landtage finden wird.

Die Berichterstattung über Kunst und Kultur ist von der Diskussion über die Festsetzung des Rundfunkbeitrages nicht betroffen. Denn die Anstalten verfügen aktuell auch ohne eine Beitrags-erhöhung zum 1. Januar 2025 über genügend Rücklagen. Ich sehe aber auch aus anderen Gründen vor allem Chancen für die Kulturberichterstattung. So haben die Länder im Rahmen der letzten Staatsverträge eine moderate Schärfung des öffentlich-rechtlichen Profils vorgenommen, was die Berichterstattung über Kunst und Kultur oder auch Übertragungen von Kulturveranstaltungen eher begünstigt. Auch die aktuelle Diskussion über eine mögliche Zusammenführung der Angebote von arte und 3sat bietet Potenzial

für die Kulturberichterstattung. Tatsächlich steht es ARD und ZDF jederzeit frei, bisher über 3sat verbreitete Inhalte verstärkt in ihren Hauptprogrammen sichtbar zu machen. Letztere haben einen gesellschaftlichen Integrationsauftrag. Sie sollen ein Schaufenster der Gesellschaft sein, um den für eine offene Demokratie so wichtigen gesellschaftlichen Dialog zu fördern. Die bei

Die Berichterstattung über Kunst und Kultur ist von der Diskussion über die Festsetzung des Rundfunkbeitrages nicht betroffen

ARD und ZDF zu beobachtende Tendenz, qualitativ hochwertige Inhalte in Spartenangebote zu verlagern und damit immer mehr Anspruchsvolles aus den Hauptprogrammen zu verbannen zugunsten von leicht konsumierbaren und austauschbaren Angeboten, sehe ich kritisch. Die Konsolidierung der Sparten- oder Schwerpunktangebote bedeutet deshalb auch eine Chance für mehr Kultur und Qualität in den Hauptprogrammen.

Conrad Clemens ist Chef der Staatskanzlei und Sächsischer Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Medien



Schwerpunkt der Ministerpräsidentenkonferenz in Leipzig war u. a. die Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

FOTO: PICTURE ALLIANCE/DPA | HENDRIK SCHMIDT

Kultur soll in die Hauptprogramme

Kulturberichterstattung nach dem Beschluss zum »Staatsvertrag zur Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Reformstaatsvertrag)« vom 25. Oktober 2024

RAINER ROBRA

Nach der Definition im Medienstaatsvertrag (§ 2 Abs. 2 Nr. 27 MStV) versteht man unter Kultur insbesondere: Bühnenstücke, Musik, Fernsehspiele, Fernsehfilme und Hörfilme, bildende Kunst, Architektur, Philosophie und Religion, Literatur und Kino.

Die in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und das ZDF veranstalten wie bisher die Vollprogramme »Erstes Deutsches Fernsehen (Das Erste)« bzw. »Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF)« nach Maßgabe des insofern unveränderten MStV einschließlich des öffentlich-rechtlichen Kulturauftrags. Die gemeinsamen bundesweiten Angebote der in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten sollen künftig auch im Bereich der Kulturberichterstattung stärker dem regionalen Profil der ARD entsprechen und die regionale Vielfalt Deutschlands wahrnehmbar machen, indem sie

- über das regionale Geschehen in allen wesentlichen Lebensbereichen einen Überblick geben,
- die Lebenswirklichkeit der Menschen in den Ländern und Regionen abbilden, und
- die Auswirkungen überregionaler Ereignisse auf die Länder und Regionen Deutschlands einordnen.

Darüber hinaus veranstalten ARD und ZDF künftig Fernsehprogramme unter dem neuen Oberbegriff »Schwerpunktangebote« (§ 28 a MStV). Der Staatsvertragsentwurf verknüpft damit vier Reformziele:

- Reduktion der Anzahl digitaler Spartenkanäle,
- Abbau von Mehrfachstrukturen,
- Nutzung der Möglichkeiten der Flexibilisierung und
- Stärkung der Angebote für junge Menschen.

Mit kulturellem Schwerpunkt realisieren ARD und ZDF weiterhin gemeinsam die Vollprogramme »3sat« unter Beteiligung von SRG und ORF sowie »arte – Der europäische Kulturkanal«, das auf einem völkerrechtlichen Vertrag der Gesamtheit der Länder mit Frankreich beruht. Die Inhalte von »3sat« sollen dabei in Abstimmung mit den beteiligten öffentlich-rechtlichen europäischen Partnern in das Vollprogramm »arte« und dessen Mediathek sowie (!) in die beiden Hauptprogramme von ARD und ZDF überführt werden. Für den öffentlich-rechtlichen Kulturauftrag wichtige Inhalte, die heute nur in Spartenkanälen stattfinden, sollen also zukünftig vom Ersten und Zweiten übernommen werden. Diese Maßgabe ist nicht als Rechtsverpflichtung ausgestaltet, allerdings erwarten die Länder eine konstruktive und konsequente Herangehensweise der

Anstalten an diesen Auftrag. Wegen der unterschiedlichen Vertragsgrundlagen werden sich Anstalten mit ihren Vertragspartnern in Verbindung setzen, die in die Fortentwicklung der Kooperationen sicherlich auch eigene Vorstellungen einbringen werden. Erst dann wird sich klären, ob und wie Inhalte und bewährte Formate in die neuen Umfelder integriert werden können. Berücksichtigt man, dass die kulturellen Spartenkanäle von vergleichsweise wenigen Zuschauern gesehen werden – die Sehbeteiligung bei »3sat« liegt im Schnitt nur bei 1,4 Prozent –, fragt man sich, ob alle Streiterinnen und Streiter dafür tatsächlich auch regelmäßig einschalten. In Anlehnung an Lessings Epigramm auf Klopstock: arte und 3sat wollen weniger erhoben und fleißiger gesehen sein.

Die Verpflichtung der Anstalten, auch in ihren Hauptprogrammen kulturelle Formate zu stärken, ist nicht neu. Sie ist bereits durch den am 1. Juli 2023 in Kraft getretenen Dritten Medienänderungsstaatsvertrag inhaltlich und konzeptionell vorbereitet worden. Bis dahin rangierte »Kultur« im Rundfunkauftrag eher unter »ferner liefern«. Mit der damaligen Auftragsreform ist die Verpflichtung zu kulturellen Angeboten in der Aufzählung für öffentlich-rechtliche Angebote bewusst an erste Stelle gesetzt worden, noch vor Bildung, Information und Beratung. Unterhaltung mit einem öffentlich-rechtlichen Profil ist seitdem nicht mehr an erster

Stelle, sondern nur »Teil des Auftrags«. Manche haben dies als unerheblich abgetan; es war aber ein erster Schritt zur Stärkung des öffentlich-rechtlichen Kernprofils, dem nun konsequent der zweite Schritt folgt. Statt weiter für den Status quo zu streiten, sollte das kulturelle Deutschland den Reformstaatsvertrag produktiv aufladen und die Stärkung des kulturellen Profils in den bundesweiten Hauptprogrammen einfordern: mehr kulturellen Content im Ersten und Zweiten – und das in den Kernzeiten, nicht mehr am Rande des Programms.

Darüber hinaus verantworten ARD und ZDF künftig gemeinsam zwei Angebote mit den Schwerpunkten Information, Bildung und Dokumentation. Das betrifft die bisherigen vier linearen Spartenkanäle Tagesschau 24, Phoenix, ARD-Alpha und ZDF Info. Auch diese Angebote ergänzen die beiden Hauptprogramme und absorbieren die Themenfelder nicht. Im Bereich der bundesweiten »jüngeren Angebote« werden die bisher vier Programme, nämlich KiKa, funk, ZDF neo und ARD One künftig in einem Angebot für Kinder, einem für junge Menschen und einem für jüngere Erwachsene zusammengefasst. Es steht den Anstalten vorerst frei, sie – wie bei funk – in entsprechende Telemedienangebote zu überführen, um ihre Zielgruppen besser zu erreichen.

Bedenkt man, dass die »Spartenkanäle« ursprünglich überwiegend als digitale Zusatzprogramme ausgestaltet waren, um den inzwischen vollzogenen Umstieg von linearen zu digitalen Angeboten

zu beschleunigen, war es überfällig, sie nach einer Revision in einer Weise auszurichten, die nicht mehr von technologischen, sondern von inhaltlichen Aspekten bestimmt ist.

In der Frage der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wurde bisher keine Entscheidung getroffen. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder sind sich jedoch einig, dass ein verändertes Finanzierungsmodell geprüft werden soll. Ferner unterstreichen sie die Notwendigkeit zur Stärkung der gesellschaftlichen Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, dass die Rundfunkanstalten die heute schon möglichen Einspar- und Struktur-optimierungsmöglichkeiten nutzen und bei ihrer nächsten Bedarfsanmeldung den Reformen Rechnung tragen.

In Verbindung mit weiteren wichtigen Reformschritten mag der Reformstaatsvertrag zwar kein »großer Wurf« sein, aber es handelt sich um einen weitreichenden Schritt zur Veränderung des Status quo, dem sicher weitere folgen werden. Insofern ist es wie im Sport: Nach der Reform ist vor der Reform.

Wenn sich alle Erwartungen erfüllen, werden kulturelle Angebote mit der Übernahme in die Hauptprogramme zu vernünftigen Sendezeiten wesentlich größere Reichweiten haben, als dies bisher in den Spartenkanälen der Fall gewesen ist. Es besteht daher kein Anlass zur Resignation.

Rainer Robra ist Staatsminister und Minister für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt

Stellungnahmen zur Rundfunkreform

Vertreterinnen und Vertreter betroffener Verbände zum Beschluss der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten



FOTO: MARGARETE FUCHS



FOTO: LIQUID-FRANKFURT.DE



FOTO: HEIKO PELLER



FOTO: MAYA CLAUSSEN

AG DOK

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist in Deutschland ein hohes Gut und deswegen gesetzlich verankert. Aber er stellt sich als Dauer-Großbaustelle dar, ohne erkennbare Vision für eine zeitgemäße Neustrukturierung in Verwaltung, technischer Umsetzung, im Programm. Statt einem ernstgemeinten Aufbruch ins digitale Zeitalter werden Beitragsdebatten geführt, in Gremien, in denen es vorrangig um regionale Pfründe und politische Interessen einzelner Bundesländer geht.

Das ist Wahnsinn, angesichts der politischen Herausforderungen.

Die Öffentlich-Rechtlichen sollen sich reformieren, und sie stehen unter Spardruck. Gleichzeitig wurde ihr Auftrag geschärft; in der letzten Änderung des Medienstaatsvertrages wurde die Kultur ausdrücklich als gleichrangiges Ziel hinzugefügt. Dennoch hatte die Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen, eine Überführung von 3sat in arte möglich zu machen. Nach erheblichem Protest sieht es nun nicht danach aus, als würde diese Option gezogen. Aber allein die Idee zeigt, wie realitätsfern Entscheidungen gefällt werden, die nicht nur das Programm, sondern auch die Produzierenden betreffen.

Arte als deutsch-französisches Gemeinschaftsprogramm hat eine völlig andere Struktur und ein anderes Programmprofil als 3sat. 3sat ist vor allem stark im Dokumentarischen; hier werden für einen Regel-Sendeplatz noch Kinokoproduktionen und eine vielbeachtete Reihe für Nachwuchsfilmemacherinnen und -macher produziert. Wenn diese Aufträge wegfallen, schadet das nicht nur dem Angebot, sondern vor allem auch der unabhängigen Produzentenlandschaft und den Kreativen. Dabei sind sie das Herzstück einer offenen, diversen und demokratisch organisierten Medienlandschaft.

Kultur ist elementar für unsere Gesellschaft, und sie wird auch gesehen: Im Oktober konnte arte bei den 14- bis 49-Jährigen die beste Quote seit vielen Jahren verzeichnen, auch 3sat hat einen Jahresbestwert beim jungen Publikum erzielt.

Wir appellieren an die Verantwortlichen in Sendern und Politik, endlich den Auftrag der Öffentlich-Rechtlichen ernst zu nehmen und Kultur im Programm zu stärken, in allen Facetten!

Susanne Binninger ist Ko-Vorsitzende AG DOK

Börsenverein des Deutschen Buchhandels

Es steht außer Frage, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk mit der Erfüllung seines Programmauftrags zum Erhalt einer verlässlich und pluralistisch informierten Gesellschaft beiträgt.

Die im Auftrag verankerte Zuschreibung eines besonderen Kulturbezugs des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wird jedoch fragwürdig, wenn gerade Formate und Sender mit Kulturbezug immer wieder auf der Kippe stehen oder gestrichen werden. Der Erhalt der beiden Sender 3sat und arte bedeutet zwar ein wichtiges Einstehen fürs Kulturprogramm – und ist auch hinsichtlich der europäischen Völkerverständigung zu befürworten – zugleich liegt auf der Hand, dass reines Bewahren der bisherigen Strukturen keine zukunftsfähige Lösung bietet.

Deshalb braucht es mutige Reformen, damit die Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks dem veränderten Konsumverhalten der Menschen Rechnung tragen.

Dabei darf es selbstverständlich nicht nur darum gehen, Ressourcen einzusparen und Inhalte zu streichen, sondern es braucht auch neue Formate, die abseits von Quotenfixierung und Mainstream kulturelle Inhalte an ein digitales Publikum vermitteln. Wir möchten mehr Ideen sehen, wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk gedenkt, seiner kulturbezogenen Verpflichtung nachzukommen – und bestenfalls auch deren zeitnahe Umsetzung erleben.

Was wir hingegen an der Reform eindeutig begrüßen, ist die angedachte Beschränkung des Online-Textangebots durch den Ausschluss presseähnlicher Inhalte ohne Sendungsbezug.

Andernfalls besteht nachweislich wettbewerbsverzerrende Konkurrenz zu den freien, privatwirtschaftlich organisierten Presseverlagen im ohnehin schwierigen Wirtschaftsumfeld. Die Gefährdung von Medienvielfalt bedeutet immer auch die Gefährdung von Meinungsvielfalt.

Peter Kraus vom Cleff ist Hauptgeschäftsführer des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels

Bundesverband Regie

Mit der Entscheidung der Ministerpräsidenten ändert sich für die Sender vieles und damit für die Branche. Gleichzeitig stehen zu viele Zeichen auf Stillstand. Viele veritable Missstände wurden nicht angegangen, viele bewährte Informations- und Kulturangebote dagegen abgeschafft. Im Ergebnis der Ministerpräsidentenrunde ist kein Bekenntnis zur grundgesetzlich garantierten Bestands- und Entwicklungsgarantie zu erkennen. Erschütternd ist die Vertagung der Erhöhung des Rundfunkbeitrags. Für alle in der Kulturbranche und beim Fernsehen und Film Beschäftigten ist aufgrund der bereits bestehenden Sparmaßnahmen der Druck der Politik auf die Sender seit Jahren spürbar. Was die Ministerpräsidenten offenbar nicht erkennen (wollen), ist, dass von ihren Entscheidungen einige 10.000 Arbeitsplätze abhängen. Der perpetuierte Sparzwang bedeutet für die Branche weniger Aufträge, weniger Firmen, weniger Menschen in Lohn und Brot, weniger Kultur und weniger Programm. Vor allem fehlt die Aufforderung der Ministerpräsidenten (und die Gewährung der Mittel und Spielräume) zur Erneuerung des Programms: Es reicht nicht, in allen Programmen allein auf Zielgruppen oder Mediatypen zu schauen, sondern die Maßstäbe des Programms sind offensiv neu zu gestalten: Alternative Formen der Erzählung in den Kanon des Bewährten aufzunehmen, Redaktionen und Kreativen eine Chance zu geben und Neues zu unternehmen. Das, was allein Akzeptanz schafft, ist das Programm – an diesem einfachen Grundsatz denken die Ministerpräsidenten mit ihren Kürzungen vorbei. Die Menschen, die Branche und die Kreativen, brauchen aber einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der die Herausforderung annimmt, als unabhängige, überparteiliche und seiner Verantwortung bewusste Einrichtung, sich seinen Platz als Leitmedium zurückzuerobern und unter Beweis zu stellen, dass sein Konzept – gerade in seiner Breite – nicht nur der wichtigste Auftraggeber der Branche ist, sondern auch das günstigste und umfangreichste Medium für alle Bevölkerungsschichten. Und das kostet Geld. Deswegen braucht es keinen Kahlschlag, sondern Bekenntnis.

Jobst Christian Oetzmann ist Geschäftsführer des Bundesverbands Regie

Deutsche Jazzunion

Die ARD war immer eine große Förderin der Jazzszene in Deutschland, national und international, durch Sendezeit, Beteiligungen an Produktionen und Mitschnitte. Was die neuen Pläne für uns im Jazz bedeuten, ist jetzt noch nicht absehbar. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll reformiert werden, aber die dafür nötige Finanzierung steht noch nicht. Im Mai 2024 wurden uns drastische Einschnitte angekündigt: Die Rede war von einer Reduzierung der monatlich 170 Stunden Jazz auf 16 Stunden. So ist es zum Glück nicht gekommen. Der vorliegende Plan besagt, dass die Sendeanstalten der ARD an zwei von fünf Tagen gemeinsame Jazzprogramme senden, es weiterhin drei Tage zur freien Verfügung für regionale Themensetzung gibt – ein Vorteil für kleinere Sender, die größeren Sender werden davon nicht profitieren. Der Sonntagabend ist gesetzt für Konzertübertragungen, Redaktionen müssen sich die Gestaltung dieser Abende aber ggf. mit bestehenden Orchestern teilen (wie beim WDR). Einmal im Monat soll es eine gemeinsame Jazznacht geben (ohne Bremen, MDR und SR). Im Aufbau befindet sich das digitale Angebot der ARD für Jazz, über das alle Produktionen im Bereich Jazz auffindbar sein sollen. Neben den Redaktionen im WDR und im BR, die intakt bleiben, wird der Jazz bei den Anstalten NDR und RBB sowie SWR und HR zusammengelegt. Der Hauptstadtssender RBB und Berlin mit seiner regen Jazzszene werden somit ohne eigene Jazzredaktion verbleiben. Der Etat für Jazz soll gleichbleiben – da die Reform aber auf Einsparungen ausgerichtet ist, kann man sich hier nicht sicher sein. Schon länger hat die ARD Knowhow im Bereich Jazz preisgegeben: Stellen in Jazzredaktionen wurden nicht nachbesetzt, Technik wurde veräußert. Wenn beim nächsten Treffen der Ministerpräsidentinnen und -präsidenten positiv über die Erhöhung der Rundfunkbeiträge entschieden wird, werden wir sehen, was die vorliegenden Pläne in der Realität bedeuten. Sollten die Rundfunkbeiträge nicht erhöht werden, ist wieder alles offen. Dann müssen wir die Reihen schließen und gemeinsam für den gesellschaftlichen Stellenwert unserer Arbeit einstehen!

Anette von Eichel ist Vorsitzende der Deutschen Jazzunion



FOTO: DDV

Deutscher Drehbuchverband

Medienpolitisch läuft es nicht gut für die Fiktion. Dabei ist sie mit ihrer Besonderheit, dass sie in sich Unterhaltung, Kultur, Information und Bildung vereinen kann, eine tragende Säule der Programme von ARD und ZDF. Stattdessen wird die Fiktion in aktuellen Reformdebatten aufgrund ihrer hohen Kosten für Erst-Sende-Minuten nur als denkbare »Sparschwein« wahrgenommen. Unterschlagen wird, dass die Fiktion repertoirefähig ist und auch noch Jahre nach ihrer Erstaussstrahlung wiederholt und ausgewertet wird. Der politische Reform-Diskurs folgt dem Irrtum, dass die Akzeptanz von ARD und ZDF beim Bürger nur durch die Absage an eine Beitragserhöhung erreicht werden kann. Doch diese Blockade führt zu Einsparungen oder dem kompletten Wegfall von Programm. Der wesentliche Bedarf an echten Strukturveränderungen bei ARD und ZDF (Abbau von Top-Down- und Doppelstrukturen, Auflösung intransparenter Koordinationen) wird dagegen im aktuellen Reformstaatsvertrag nicht ausreichend adressiert. Fünfzehn Film- und TV-Verbände haben deshalb im Oktober den Aufruf »50+ fürs Programm« gestartet. Er fordert, dass zukünftig im Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag festgelegt wird, dass die Anstalten mindestens 50 Prozent ihrer Beitragsmittel für den Programmaufwand verwenden müssen. Damit wird sichergestellt, dass sich die Anstalten nicht zulasten ihres Programms sanieren. Beitragsstabilität ist als politisches Ziel angesichts ungenutzter struktureller Sparpotenziale bei ARD und ZDF nachvollziehbar. Aber indem man damit lediglich Programm und Ausspielwege erreicht, den Apparat aber nicht, beraubt man den öffentlich-rechtlichen Rundfunk langfristig seiner Legitimation. Denn für was, wenn nicht für sein Programm, sollte man ihn sonst brauchen? »50+ fürs Programm« ist getragen von der Überzeugung, dass jeder Euro, der ins Programm fließt und sich nicht in der »Lehmschicht aus Bürokratie« (Julia Jäkel, Vorsitzende des Zukunftsrates) von ARD und ZDF verliert, die Stabilität der deutschen Mediendemokratie erhöht. Noch ist es nicht zu spät für eine Reform der Reform. Die Forderung »50+ fürs Programm« bleibt weiterhin bestehen.

Jan Herchenröder ist Geschäftsführer des Deutschen Drehbuchverbandes



FOTO: MERCAN FRÖHLICH

Deutscher Komponist:innenverband

Für sowohl das lineare wie auch das nichtlineare Programm wäre aus Sicht des DKV zu begrüßen: (1) Mehr Kontakt mit den Protagonisten der jeweiligen musikalischen Szenen sowie Einbindung dieser Szenen in das Kuratieren von Inhalten. (2) Mehr Produktionen und Chancen für den Nachwuchs, um eine lebendige Kulturlandschaft zu erhalten. Redakteure und Protagonisten haben zusammen das beste vorstellbare Knowhow; wenn das Programm aber ohne Austausch und Feedback mit diesen Szenen entsteht, läuft es Gefahr, diese nicht mehr genügend abzubilden. Dies gilt für alle Spartenprogramme. (3) Faire Bedingungen für alle, die für den ÖRR arbeiten, Honorare und Vergütungen, die den Standards entsprechen. (4) Priorisierung von Bildungs- und Aufklärungsinhalten als Bollwerk gegen den Populismus. Die heutigen Debatten finden nur deswegen vor allem auf den sozialen Netzwerken statt, weil der ÖRR genau das Feld vernachlässigt hat, in dem diese Debatten früher stattfanden: die Kultur. Es gab eine Zeit, in der Jazzkonzerte, Opernaufführungen und Rockfestivals auch eine Gelegenheit waren, politische Diskussionen zu führen. Dies war nur möglich, weil der ÖRR dies in einer ausführlichen und hervorragenden Kulturberichterstattung unterstützte. Da die Kultur im ÖRR aber zunehmend zur Randnotiz verkommt, verhindern wir, dass diese Debatten an genau den Orten stattfinden, wo sie am fruchtbarsten und offensten sind: in der Kulturszene. Der ÖRR wird stärker und wichtiger, wenn er sich auf diese kulturellen Debatten wieder zunehmend einlässt. Das wäre das beste Mittel gegen die in den sozialen Medien herrschende Desinformation, Hetze und Filterblasenpropaganda. Der ÖRR ist die einzige Möglichkeit, dieser zunehmenden Verrohung entschieden entgegenzutreten – mit Aufklärung, Bildung und leidenschaftlichem Kuratieren. Es würde uns nicht schaden, wenn die Debatten unserer Zeit wieder dort stattfinden, wo sie hingehören – nicht in einer digitalen Echo-kammer, sondern im wirklichen Leben. Und der ÖRR sollte selbstbewusst Teil davon sein, anstatt nur auf Quoten zu spielen.

Moritz Eggert ist Präsident des Deutschen Komponist:innenverbandes



FOTO: MAREN STREHLAU

unisono – Deutsche Musik- und Orchester-vereinigung

Die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) um den Reformstaatsvertrag zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland werfen kein gutes Licht auf die Zukunft der öffentlich-rechtlichen Medienlandschaft – und das in mehrfacher Hinsicht. Als Geschäftsführer von unisono, der Interessenvertretung von weit über 1.000 Mitgliedern der Rundfunk-klangkörper, sehe ich die Entwicklungen mit Sorge, da wichtige Fragen der Unabhängigkeit und Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Systems unbeantwortet bleiben. Kritikwürdig ist, dass nach einer äußerst knappen Anhörungsfrist von nur zwei Wochen, bei der dennoch mehr als 16.000 Einwendungen erhoben wurden, diese von der MPK in keinem Fall umfassend berücksichtigt werden konnten. Man kann das ganze Verfahren auch als Farce wahrnehmen, als Armutszeugnis der Medienpolitik der Länder, die Politikverdrossenheit geradezu befördert. Angesichts dieser Oberflächlichkeit ist zu befürchten, dass Bedenken von Künstlerinnen und Künstlern kein Gehör finden. Ein weiteres drängendes Problem ist die ungeklärte Finanzierung des Rundfunks (und damit auch seiner Klangkörper), obwohl die bisherigen Regeln zwingend eine Erhöhung zum 1. Januar 2025 vorsehen. Wenn sich die Ministerpräsidenten nun einfach darüber hinwegsetzen, ist das ein kalkulierter und ziemlich dreister Rechtsbruch. Kritisch bleibt auch die Zukunft von arte und 3sat. Zwar scheint eine Fusion vom Tisch zu sein, die über 160.000 Unterzeichner der Online-Petition #Rettet3sat massiv bekämpft haben. Diese Sender sind nicht nur Kulturgüter, sondern auch unverzichtbare Plattformen für europäische Zusammenarbeit und kulturelle Vielfalt. Die Frage, wie ihre Existenz auch nach der Reform gesichert werden soll, bleibt weiterhin offen. Wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk als europäisches und kulturförderndes Projekt weiterhin eine bedeutende Rolle spielen soll, müssen die Länder klare und langfristige Aussagen zur Finanzierung und Programmgestaltung treffen.

Gerald Mertens ist Geschäftsführer von unisono



FOTO: RONNY HARTMANN/PHOTOTHEK.DE

VAUNET – Verband Privater Medien

Die privaten Medien sind als eine Säule der Dualen Medienordnung gemeinsam mit den Rundfunkanstalten demokratisierend und ein wichtiges Korrektiv zu Desinformation und Deep Fakes. Gleichzeitig ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk aber auch ein finanzstarker Wettbewerber der Privaten. Anders als die markfinanzierten privaten Medien genießen die Anstalten dabei das Privileg einer garantierten und weitgehend konjunkturfesten Beitragsfinanzierung. Den Privaten geht es deshalb bei der Reform um die Sicherstellung eines faireren Wettbewerbes im dualen Mediensystem. Die Vorschläge zur Reduzierung von TV- und Radioprogrammen bei ARD und ZDF sowie die stärkere inhaltliche und technische Kooperation zwischen den Systemen sind grundsätzlich geeignet, mehr Fairness herzustellen. Dafür darf die Reduktion von Kanälen jedoch nicht an kommerziellen Kriterien ausgerichtet oder lediglich Budgets ins Internet oder eine kleinteilige Regionalisierung umgeschichtet werden. Der VAUNET hat sich in der Reformdebatte gegen eine weitere Verspartung des beitragsfinanzierten Angebots ausgesprochen. Wir plädieren stattdessen dafür, dass unter anderem der Kernauftrag Kultur, vergleichbar Sport und Unterhaltung, in den Hauptsendzeiten und -navigationsebenen präsent sein sollte. Zwar wurden die Sportrechte-Kosten gedeckelt, aber der Deckel lässt im Vergleich zum aktuellen Niveau sogar noch Luft nach oben. Hier wurde die Chance verpasst, in erheblichem Umfang beitragsenkende Effekte zu erzielen. Bei den kommerziellen Tätigkeiten der Anstalten hätten noch klarere Grenzen gezogen werden sollen: Ihre Tochterunternehmen dürfen nicht zu eigenständigen kommerziellen Publishern werden und so Werbeverbote umgehen, die für die Anstalten selbst bestehen. Auch eine allgemeine Werbereduzierung im Fernsehen und Radio bleibt als Baustelle bestehen. Sie würden neben der programmlichen Fokussierung auf den Kernauftrag die noch stärkere Unterscheidbarkeit der öffentlich-rechtlichen zu den privaten Angeboten gewährleisten.

Claus Grewenig ist Vorstandsvorsitzender des VAUNET – Verband Privater Medien

MEHR DAZU

In der Ausgabe 11/24 von Politik & Kultur (S. 3) finden Sie einen Artikel zum Reformstaatsvertrag. Der Deutsche Kulturrat hat am 10. Oktober eine Stellungnahme »Kulturelle Vielfalt im öffentlich-rechtlichen Rundfunk stärken statt einschränken« veröffentlicht ([kulturrat.de/positionen](https://www.kulturrat.de/positionen)).

Der Stellenwert der Kultur soll gestärkt werden

Gespräch mit Medienstaatssekretärin Heike Raab

Seit 2015 koordiniert Heike Raab in der Rundfunkkommission die Medienpolitik der Länder. Im Gespräch erläutert sie, welche Auswirkungen der Reformstaatsvertrag für die Kulturbichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks haben wird und welche Bedeutung die Konferenz der Ministerpräsidenten im Dezember für den Rundfunkbeitrag hat.

Helmut Hartung: Frau Raab, wie bewerten Sie den vorliegenden Medienstaatsvertrag im Hinblick auf den Kulturauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks?
Heike Raab: Mit dem Reformstaatsvertrag werden die Kernaufgaben des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf allen Verbreitungswegen qualitativ gestärkt. Dazu gehören Kultur, Information, Bildung und Dokumentation. Es geht also um Fernsehen, Hörfunk, Online und die neue gemeinsame digitale Plattform. Mit der qualitativen Schärfung des Auftrages sollen auch verschiedene Bevölkerungsgruppen, wie zum Beispiel die Jüngeren, besser als bisher erreicht werden.

Es gibt Kritik am novellierten Medienstaatsvertrag, dass sich durch die Zusammenlegung von Programmen, die Pflicht zur Zusammenarbeit und mögliche Einsparungen der Anteil der Kulturbichterstattung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk reduzieren könnte. Leisten die Änderungen im Medienstaatsvertrag dem Vorschub?
Nein. Im Gegenteil soll der Stellenwert der Kultur gestärkt werden. Wir finden in den öffentlich-rechtlichen Programmen gegenwärtig sehr viel Masse und Redundanz. Die Reformen sollen dazu beitragen, den Anteil hochklassiger Produktionen zu erhöhen und Doppelangebote zu reduzieren. Die ARD mit ihren Dritten Programm, regionalen Hörfunkangeboten, Spartenprogrammen und digitalen Kanälen,



Reform des ÖRR: Wie sieht die Zukunft von arte und 3sat aus?

verbreitet eine Unmenge von Inhalten, die aber nicht gleichermaßen intensiv genutzt werden. Auch bei der Kultur müssen wir den Blick auf alle Angebote in den verschiedenen Programmen sowie im Onlinebereich richten. Diese Sendungen werden teilweise zudem bestückt mit den Werken von 24 Klangkörpern, die der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch noch unterhält. Diese Klangkörper wurden beispielsweise bisher nie beauftragt, werden von der Beitragskommission KEF aber akzeptiert.

Wie sehen Sie die Zukunft von arte und 3sat?
Der deutsch-französische Kulturkanal arte soll zu einer europäischen

Kulturplattform ausgebaut werden. Dafür unternehmen das Vorsitzland der Rundfunkkommission Rheinland-Pfalz und die Rundfunkkommission große Anstrengungen, denn bisher wird arte von den französischen und deutschen Bürgern bezahlt, sendet seine Kulturangebote aber bereits in sechs weiteren Sprachen. Deshalb haben wir eine Bitte an die neue EU-Kommission gerichtet, arte mit Mitteln aus dem EU-Haushalt zu unterstützen. Die Verbreitung in weiteren Sprachen und neue europäische Inhalte kosten Millionen von Euro, die nicht allein von Frankreich und Deutschland aufgebracht werden können. Während arte auf einem Staatsvertrag zwischen beiden

Ländern fußt, geht 3sat auf eine Vereinbarung zwischen vier Sendern aus Deutschland, Österreich und der Schweiz zurück. Im novellierten Medienstaatsvertrag ist vorgesehen, dass geprüft werden soll, ob Inhalte dieses Angebotes künftig auch auf der europäischen Plattform arte verbreitet werden können. Die wichtigste Währung ist in der digitalen Welt nun mal die Auffindbarkeit.

Das heißt, wenn sich die vier Sender nicht auf Ihren Vorschlag verständigen können, bleibt 3sat in der bisherigen Form bestehen.
Ja. 3sat ist dann weiter beauftragt.

Im novellierten Medienstaatsvertrag heißt es: »Sie streben Partnerschaften insbesondere mit Bildungs- und Kultureinrichtungen an«. Welche Chancen ergeben sich daraus auch für Kultureinrichtungen?
Als das Jugendangebot funk beauftragt worden ist, wurden zwei Spartenkanäle, wozu auch ZDFkultur gehörte, eingestellt. Mit der Etablierung des Online-Angebotes ZDFkultur hat das ZDF die Gelegenheit zu Partnerschaften mit verschiedenen Kultureinrichtungen ergriffen. Man kann auf dieser Plattform nicht nur vielfältige mediale Inhalte nutzen, sondern beispielsweise auch einen virtuellen Rundgang durch ein Museum erleben. Die Zusammenarbeit mit Galerien, Musikhochschulen oder auch Theater bereichern die Angebote der Sender, aber erschließen auch den Kultureinrichtungen neue Interessenten.

Es wurde bisher kein Beschluss zur Umsetzung der KEF-Empfehlung gefasst. Damit wird der Rundfunkbeitrag definitiv nicht zum 1. Januar 2025 steigen. Inwieweit verstoßen die Länder gegen den verfassungsmäßigen Auftrag einer bedarfsgerechten Finanzierung?
Rheinland-Pfalz hätte sich gewünscht, dass bereits bei der Ministerpräsidentenkonferenz in Leipzig eine Entscheidung zur Umsetzung der KEF-Empfehlung getroffen worden wäre. Durch das Einstimmigkeitsprinzip müssen wir aber weiterhin nach einem Konsens suchen. Wir diskutieren aktuell einen Systemwechsel, also eine vereinfachte Umsetzung der KEF-Empfehlung. 2020

hatten 15 Bundesländer den Finanzierungsstaatsvertrag ratifiziert, ein Land hatte das unterlassen. Daraufhin wurde vom Bundesverfassungsgericht die Beitragserhöhung per Vollstreckungsurteil festgesetzt. Das erfolgte im August 2021. Aufgrund der Beitragsmehreinnahmen gibt es eine Rücklage, die als Puffer eingesetzt werden könnte.

Wie könnte eine Lösung am 12. Dezember aussehen?
Die Länder streben ein vereinfachtes Festsetzungsverfahren an, das die Parlamente einbezieht und das bewährte KEF-Verfahren beibehält. Die letzte Stufe dieses dreistufigen Verfahrens, wenn es um die Umsetzung geht, die bisher durch einen Staatsvertrag erfolgte, wollen wir verändern. Dafür werden gegenwärtig in der Rundfunkkommission verschiedene Lösungen diskutiert und geprüft. Das aus unserer Sicht beste Modell wollen wir dann den Ministerpräsidenten vorschlagen.

Es gab 16.000 Stellungnahmen zum Entwurf des Vertrags. Inwieweit konnten diese für die Konferenz der Ministerpräsidentinnen und -präsidenten ausgewertet und teilweise berücksichtigt werden?
Die Zeit der Anhörung war sehr knapp, aber Zeitdruck macht auch fleißig. Wir haben bei einem Teil der Stellungnahmen maschinelle Tools genutzt, um bestimmte Schlagworte zu identifizieren. So zum Beispiel Veränderung bei Spartenkanälen, Presseähnlichkeit oder Spitzensport. Viele Vorschläge befassten sich mit arte und 3sat, aber auch mit den Programmvorlieben oder dem Mediennutzungsverhalten von Bürgern. Die Eingaben der Anstalten, Verbände und Organisationen wurden von den Juristinnen und Juristen jedoch »klassisch« ausgewertet und teilweise auch berücksichtigt.

Vielen Dank.

Heike Raab (SPD) ist Staatssekretärin in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz und Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa und Medien sowie Koordinatorin der Rundfunkkommission der Länder. Helmut Hartung ist Chefredakteur von medienpolitik.net

Künstliche Intelligenz und Urheberrecht müssen nicht im Widerspruch stehen

Die GEMA klagt als erste Verwertungsgesellschaft gegen einen Anbieter generativer KI

TOBIAS HOLZMÜLLER

Das Aufkommen der neuen Technologie der generativen künstlichen Intelligenz hat fundamentale Auswirkungen auf die Musikwirtschaft wie auch auf viele andere Branchen. KI-Tools sind zweifellos nützliche Hilfsmittel im Schöpfungsprozess. Allerdings birgt die Technologie auch das Potenzial, Teile des kreativen Schaffens, insbesondere im Bereich der Hintergrundmusik, zu substituieren. Eine Studie, die von der GEMA in Zusammenarbeit mit ihrer französischen Schwestergesellschaft SACEM in Auftrag gegeben wurde, kommt zu dem Ergebnis, dass die entsprechenden Systeme bis zum Jahr 2028 etwa 27 Prozent der Erträge von den Urheberinnen und Urhebern zu den Tech-Konzernen umleiten werden. Ironischerweise bedient sich die Industrie dabei gerade der Arbeiten der Kreativen, um konkurrierende Produkte auf den Markt zu

bringen, die wiederum die Kreativen ihrer Lebensgrundlage berauben können. Wie reagiert eine Verwertungsgesellschaft, die mehr als 95.000 Mitglieder vertritt, auf eine solch grundlegende Veränderung? Da die wirtschaftlichen Erfolge der KI-Industrie maßgeblich auf den von den Kreativen geschaffenen Inhalten beruhen – die im Jahr 2015 gegründete Firma Open AI erwirtschaftet mittlerweile einen Jahresumsatz von mehr als 2 Milliarden Dollar – ist es nur folgerichtig, für die Nutzung der vertretenen Rechte eine Vergütung zu verlangen, die geeignet ist, entstehende Schäden zu kompensieren. Die GEMA hat ein Lizenzmodell entwickelt, das eine Vergütung für das Training der KI-Modelle und Systeme, aber auch für die Generierung von Output und für die weitere Monetarisierung der generierten Inhalte vorsieht. Die Industrie reagiert zögerlich, da zahlreiche Rechtsfragen im Bereich der generativen künstlichen Intelligenz ungeklärt sind. Dazu zählen die Erklärung des Rechtevorraths für das Text und Data Mining, der Umfang der Transparenzpflichten der Anbieter, die territoriale Anwendbarkeit des Urheberrechts und die Schutzfähigkeit der generierten Inhalte. Diese rechtliche

Situation, die zugegebenermaßen äußerst undurchsichtig ist, verstellt offenbar den Blick für das Wesentliche: In den USA wird derzeit noch darüber diskutiert, ob durch das Training der Modelle und Systeme eine Vergütungspflicht entsteht bzw. dieses erlaubnis- und vergütungsfrei unter der sogenannten im US-amerikanischen Recht bestehenden Fair-Use-Doktrin möglich ist. Die Rechtslage in Kontinentaleuropa ist aber zumindest insofern eindeutig, als dass das Training von KI-Modellen und Systemen mit geschützten Werken und die daran anschließende weitere Verwertung zumindest dann zu vergüten sind, wenn sich die Rechteinhaber dies vorbehalten haben. Alle wesentlichen Rechteinhaber haben einen solchen Vorbehalt erklärt. Dennoch wird keine Vergütung gezahlt. Es ist unbestritten, dass das bestehende Recht zunächst strapaziert werden muss, um für Klarheit zwischen allen Beteiligten, seien es die Rechteinhaber, die Urheberinnen und Urheber oder die nationale und internationale Politik, zu sorgen. Die GEMA hat als erste Verwertungsgesellschaft weltweit den bekanntesten Anbieter, Open AI, wegen der Nutzung ihrer Rechte vor

dem Landgericht München verklagt. Damit ist sie einen ersten Schritt gegangen, um ihre Interessen und vor allem die ihrer Mitglieder zu wahren. Konkret konnte der Chatbot ChatGPT die Originaltexte von zahlreichen Songs wiedergeben. Neben dem Umstand, dass es sich bei der Wiedergabe um lizenzpflichtige Vorgänge handelt, beweist dies eindeutig, dass das System beziehungsweise das zugrundeliegende Modell mit diesen Werken trainiert wurde und Vervielfältigungen in den trainierten Systemen vorgehalten werden. Diese Erkenntnis ist von großer Bedeutung, denn sie zeigt, dass die fehlende Transparenz beim Training die Rechteinhaberinnen und Rechteinhaber daran hindert, die ihnen zustehenden Rechte durchzusetzen. Nicht von ungefähr bilden die Transparenzpflichten der Anbieter den Schwerpunkt der aktuellen Debatte in Brüssel. Das neu gebildete AI-Office steht dort in der Pflicht, ein Template für die Angaben der Anbieter zu entwerfen, die diese mit dem AI Act auferlegt bekommen haben. Sie müssen gegenüber der Behörde einen »sufficiently detailed summary« über ihren Trainingsprozess abgeben. Die Tech Lobby versucht mit Nachdruck eine größere

Transparenz zu verhindern, wobei sie in erster Linie auf den mit Berichtspflichten verbundenen Aufwand verweist. Es bleibt zu hoffen, dass diese vorgeschobene Position nicht politisch verfängt. Denn es ist offensichtlich, dass die Anbieter die genutzten Daten minutiös dokumentieren müssen. Hängt doch der Erfolg eines Systems unmittelbar mit der Qualität der genutzten Daten zusammen. Die Weigerung für Transparenz zu sorgen, dient dabei lediglich der Deckung von begangenen Urheberrechtsverletzungen. Das Urheberrecht musste in der Vergangenheit stets vor den neuen technischen Herausforderungen bestehen. Oft war es ein langer und schmerzhafter Weg, der am Ende eine Balance zwischen den Rechteinhabern und den Verwertern geschaffen hat. Dies ist auch erforderlich, da beide Seiten voneinander abhängig sind. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass der Anreiz, Neues zu tun, nicht verloren geht. Die Klage der GEMA stellt einen wesentlichen Schritt dar, um diesen Prozess zu beschleunigen. Tobias Holzmüller ist Vorstandsvorsitzender der GEMA

Friedlicher Widerstand

In Österreich verhindern jüdische Studierende den Missbrauch des Gedenkens

MONTY OTT

Es ist kalt, ein grauer Herbsttag. Es nieselt. Ein Tag wie viele andere. Historische Ereignisse kündigen sich nicht mit großem Paukenschlag an. Kein Blitz und Donner. Kein Deus ex machina. Das Historische spiegelt sich im Gewöhnlichen. Worte, die sonst kaum auffallen, können im richtigen Moment Macht entwickeln. Ich sitze in einem Café in Berlin. Ein Freund schickt mir ein Video auf Instagram und kommentiert es mehr als knapp: »Es ist so krass«, schreibt er. Das Vorschaubild spiegelt die Atmosphäre besser wider als der aktuelle Wetterbericht. Die gezeigten Menschen tragen Winterjacken und auch bei ihnen scheint der Himmel grau zu sein. Der graue Stein des »Mahnmals für die österreichischen jüdischen Opfer der Schoah« am Wiener Judenplatz hebt sich ab. Der Kaffee und die Neugier machen wach. Ich drücke Play, und meine Augen erblicken etwas, das seit Jahren in der Popkultur als jüdischer Widerstand bezeichnet wird. Seit einigen Jahren habe ich mit meinem Co-Autor Ruben Gerczikow historische Ereignisse dokumentiert, die auch Ausdruck

eines solchen Widerstands waren. Im Jahr 1985 besetzten Mitglieder der Jüdischen Gemeinde Frankfurt die Bühne des Schauspiels Frankfurt und verhinderten damit die Uraufführung von Rainer Werner Fassbinders Stück »Der Müll, die Stadt und der Tod«, das als antisemitisch kritisiert wurde. Im Oktober 1992 protestierten französisch-jüdische Aktivisten, unter ihnen Serge und Beate Klarsfeld, vor dem Hintergrund der rassistischen Pogrome in Rostock-Lichtenhagen und der deutsch-rumänischen »Rücknahmevereinbarung« gegen die Abschiebung von Roma. Das, was ich auf dem Video sehe, erinnert mich an den Mut dieser Ereignisse: Zu sehen ist der Präsident des Nationalrates, Walter Rosenkranz. Dieser versucht, mit Hilfe von Polizisten eine friedliche Blockade zu durchbrechen, die sich um das Mahnmal aufgebaut hat. Es sind die Jüdischen österreichischen Hochschüler:innen (JöH). Unter ihnen ist auch der Jurist und ehemalige JöH-Präsident Bini Guttman. Zuvor hatte bereits eine Gedenkveranstaltung der Israelitischen Kultusgemeinde Wien anlässlich der Novemberpogrome stattgefunden. Zu dieser war der Nationalratspräsident

allerdings nicht eingeladen. Der Grund dafür? Der ist auf einem Banner zu lesen, mit dem die Demonstrierenden das Mahnmal abschirmen: »Wer Nazis ehrt, dessen Wort ist nichts wert. Kein Gedenken mit Rosenkranz & FPÖ.« Als bekannt wurde, dass nach dem Wahlsieg der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) der FPÖ-Politiker Walter Rosenkranz neuer Präsident des Nationalrates werden soll, formierte sich Widerstand. Kritisiert wurde nicht nur, dass die Partei als Sammelbecken für Alt-Nazis gegründet worden war, sondern auch die Person Rosenkranz selbst. So hatte ihn zum Beispiel der Vizepräsident des Jüdischen Weltkongresses Ariel Muzicant als »Kellernazi« bezeichnet. Begründet hatte er das damit, dass Rosenkranz Mitglied der schlagenden Wiener akademischen Burschenschaft Libertas ist, über die Der Standard 2018 berichtet hatte, dass sie 1878 als erste Burschenschaft eine Art »Arierparagraph« eingeführt hatte. Bei einem Rundgang im Haus der Libertas konnte der Standard-Reporter Gerald John das Porträt eines bärtigen Verbindungsveteranen erspähen. Dabei handelte es sich um Georg Ritter von Schönerer, den Hannah Arendt als den »geistigen Vater Adolf

Hitlers« bezeichnet hatte. Doch es geht nicht nur um Rosenkranz' Kontakte, sondern auch um seine eigenen Handlungen: 2009 verfasste er einen Beitrag für den Sammelband »150 Jahre Burschenschaften in Österreich«. In diesem hatte Rosenkranz nationalsozialistische Täter als »Leistungsträger« bezeichnet. Darunter war ein Generalstaatsanwalt, der noch im April 1945 über 40 politische Häftlinge erschießen ließ. Es war nicht das erste Mal, und es wird auch nicht das letzte Mal sein, dass ein Politiker von Rechtsaußen das Gedenken an die Millionen Opfer des industriellen Massenmords missbrauchen will. Man könnte nun vom Protest der Jüdischen Studierenden überrascht sein. Ist es nicht genau das, was man von den extremen Rechten fordert? Dass sie sich mit der Geschichte auseinandersetzen? Allerdings geht es hier nicht um eine tatsächliche Auseinandersetzung mit der NS-Täterschaft. Es geht um den Versuch, das Gedenken für die eigene Inszenierung zu nutzen. Man stellt sich vermeintlich in einen »erinnerungskulturellen Konsens«, um die eigene Bürgerlichkeit zu mimen. Doch wie wir angesichts vieler Aussagen von FPÖ-Chef Herbert Kickl über die von AfD-Politikern wie Björn Höcke, Alexander Gauland, Alice Weidel und Maximilian Krah bis hin zur selbsterklärten »Neofaschistin« und italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni wissen, denkt man in Wirklichkeit ganz anders.

Deshalb ist dieser Widerstandsakt historisch. Mitglieder einer jungen jüdischen Organisation haben sich der Exekutive widersetzt. Diese Exekutive sollte das Recht eines Politikers durchsetzen, der das dritthöchste Staatsamt für seine persönliche Inszenierung nutzen wollte. Rosenkranz belehrte die Nachkommen von Shoah-Überlebenden und Angehörigen ermordeter Jüdinnen und Juden, »Respekt vor der österreichischen Demokratie zu haben«. Guttman antwortete, dass man nicht mit Rosenkranz gedenken wolle. Wörter haben Macht. Mutige Jüdinnen und Juden haben in Wien Wörter genutzt und einem extremen Rechten friedlich Grenzen aufgezeigt. Die Ereignisse dieses Tages sind historisch, weil sie erneut veranschaulicht haben, dass Jüdinnen und Juden keine Objekte sind, sondern sich wieder und wieder zur Wehr setzen. Und wenn ein extrem rechter Politiker in das dritthöchste oder gar höchste Amt des Staates kommt, wird dies nichts daran ändern, dass Widerstand zur Pflicht wird. Das ist die logische Konsequenz einer Erinnerungskultur, die sich aus ihrer Starrheit befreit. Das ist die logische Konsequenz historischer Verantwortung. Und das ist das richtige Mittel gegen den globalen Rechtsruck.

Monty Ott ist Politik- und Religionswissenschaftler sowie politischer Schriftsteller

Zugang zu Wissen im digitalen Zeitalter

Chancen und Herausforderungen

YVONNE DE ANDRÉS

Das digitale Zeitalter hat das Verlagswesen grundlegend transformiert. Verlage stehen heute zwischen den Polen von Innovation und Tradition – vor der Herausforderung, den Zugang zu Wissen zu demokratisieren und gleichzeitig ihre wirtschaftliche Tragfähigkeit zu sichern. Das zeigt sich auch im Gespräch mit zwei Verlegerinnen über diese Entwicklung, Barbara Budrich, Verlegerin des Budrich Verlags, und Sonja Bröderdörp, CFO (Chief Financial Officer) bei ArchiTangle Publishers. Barbara Budrich gründete 2004 ihren eigenen Verlag und baute ihn in den letzten 20 Jahren zu einem etablierten Wissenschaftsverlag aus. Sonja Bröderdörp beschäftigt sich als CFO bei ArchiTangle Publishers mit der Digitalisierung von Produktionsprozessen. Sie bringt umfangreiche Erfahrungen

aus der Medienbranche in die Diskussion um die Zukunft des Publizierens ein, zuletzt auf dem #websummit24 in Lissabon.

Wissenszugang im Wandel

Die Digitalisierung hat den Zugang zu Wissen radikal vereinfacht. »Der Zugang zu Wissen ist durch die neuen Technologien definitiv einfacher geworden. Aber es kostet mehr Energie, die Spreu vom Weizen zu trennen und die richtigen Informationen herauszufiltern. Man muss sich bewusst werden, dass man nicht nur Konsument von Informationen ist, sondern auch selbst denken muss«, so Sonja Bröderdörp. E-Books, digitale Bibliotheken und Plattformen wie Amazon Kindle oder Google Books bieten weltweit Millionen von Titeln an. Das stellt Verlage vor eine zentrale Frage: Wie bleiben sie relevant, wenn Wissen auch außerhalb des klassischen Buchmarktes zugänglich ist? »Ich habe den Finger am Puls der nächsten Generation von Wissenschaftlerinnen«, erklärt Barbara Budrich. »Die

Digitalisierung hat eine enorme Öffnung von Wissen und Information ermöglicht. Heute gilt: Was du hast, habe ich auch. Der ehemals limitierende Faktor der Verfügbarkeit von Büchern in Bibliotheken hat sich verschoben hin zu den Herausforderungen des digitalen Zugangs – wie stabile Internetverbindungen, Stromversorgung und digitale Kompetenzen der Nutzerinnen. Insgesamt ist der Zugang zu Wissen heute viel einfacher als früher. Dennoch bleibt bei Open Access, also dem freien und kostenlosen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen, die Herausforderung, die Qualitätssicherung im Blick zu behalten. Diese gerät manchmal etwas in den Hintergrund.«

Wissen für alle!? Zwischen Zugänglichkeit und Chancengleichheit

Ein zentrales Thema unseres Gesprächs ist die Demokratisierung von Wissen. »Theoretisch hat heute jeder Zugang zu Wissen«, erklärt Barbara Budrich, »aber nicht jeder hat die Kompetenz,

es zu verstehen oder zu nutzen«. Wissenschaftliche Texte sind oft in einer Fachsprache verfasst, die nicht jedem zugänglich ist. »Während die Barrieren für den Zugang zu wissenschaftlichen Veröffentlichungen sinken, entstehen neue Hürden bei der aktiven Partizipation. Die Kosten, in renommierten wissenschaftlichen Zeitschriften zu publizieren, können sehr hoch sein. Globale Unterschiede bei den Ressourcen führen zusätzlich zu einer ungleichen Teilhabe, sowohl zwischen Ländern als auch innerhalb einzelner Institutionen. Diese Dynamik zeigt, dass wir Demokratisierung nicht nur als Zugang, sondern auch als Möglichkeit zur Mitgestaltung verstehen müssen.« Sonja Bröderdörp ergänzt: »Früher war es schwierig, viele Bildungseinrichtungen zu besuchen, aufgrund von zeitlichen und finanziellen Hürden. Heute ermöglicht die digitale Transformation einen wesentlich leichteren Zugang.« Und fährt fort: »Bildung ist also zugänglicher geworden, aber die Frage

bleibt, ob die Qualität dieser Angebote den klassischen Modellen gerecht wird.« Sie berücksichtigt die Gamification als Lernansatz: »Die Gaming-Industrie hat uns gezeigt, dass Lernen auf spielerische Weise enorm effektiv sein kann. Wenn wir auf solche Formate setzen, anstatt auf den didaktischen Zeigefinger, könnten wir das Lernen viel attraktiver gestalten. Dies ist ein spannender Ansatz, der es auch den jüngeren Generationen leichter macht, komplexe Themen zu verstehen.«

Wege in die Zukunft

Die Verlagsbranche steht im digitalen Zeitalter vor zahlreichen Herausforderungen. Die Demokratisierung von Wissen, die Sicherung der Qualität und die Förderung von Inklusion sind dabei zentrale Aufgaben. Barbara Budrich bringt es auf den Punkt: »Zugang zu Wissen ist ein Menschenrecht. Verlage müssen dieses Recht stärken, ohne ihre wirtschaftliche Basis zu gefährden. Es geht darum, Brücken zwischen Vergangenheit und Zukunft zu bauen.«

Yvonne de Andrés ist Kulturmanagerin und Bücherfrau des Jahres 2024



KÜNSTLER
SOZIALKASSE

Zeit für Kreativität statt Papierkram.

Online-Formulare der Künstlersozialkasse
www.kuenstlersozialkasse.de/service-und-medien/formulare





GOLUBOVY - stock.adobe.com

Das verborgene Kapital

Studie zum Vertrauen in Museen

PATRICIA RAHEMPOUR

In einer Zeit, in der das Vertrauen in Politik und Medien schwindet, bleiben Museen ein Leuchtturm der Zuverlässigkeit. Dies zeigt die aktuelle Studie »Das verborgene Kapital – Vertrauen in Museen in Deutschland« des Instituts für Museumsforschung, die erstmals umfassend untersucht, wie es um das Vertrauen der Bevölkerung in die Institution Museum steht. In dieser bevölkerungsrepräsentativen Studie wurden etwas mehr als 1.000 Personen aller Altersstufen nach ihrer Perzeption der Institution Museum im Vergleich zu anderen gefragt. Die Ergebnisse sind klar: Museen gehören zu den vertrauenswürdigsten Institutionen. Die Befragten haben ihnen nach Freunden und Familie das höchste Vertrauen ausgesprochen. Dieser Befund mag überraschen, doch ähnliche Studien in anderen Ländern fielen identisch aus. Bisher fehlten für Deutschland entsprechende Daten. Eine Vorgängerstudie aus den USA von 2017 gab für das Institut für Museumsforschung den Ausschlag, analog dazu eine ähnliche Untersuchung für Deutschland durchzuführen.

Vertrauen auf hohem Niveau

Die Studie zeigt, dass Museen in der deutschen Bevölkerung einen besonderen Stellenwert genießen. Sie landen beim Vertrauensranking direkt hinter Familie und Freunden – und noch vor Wissenschaftlern, nationalen Medien und politischen Parteien. Mit einem Vertrauenswert von 7,4 von 10 Punkten bieten Museen einen verlässlichen Anker in einer zunehmend fragmentierten

Gesellschaft. Doch warum vertrauen die Menschen Museen so sehr? Die Annahme liegt nahe, dass dies vor allem daran liegt, dass mehr als 80 Prozent Museen als neutrale Informationsquelle wahrnehmen. Während andere Institutionen mit politischen oder wirtschaftlichen Interessen assoziiert werden, sehen die Deutschen Museen als unvoreingenommene Orte, deren Wissen fakten- und forschungsbasiert ist. Gerade in Zeiten politischer Spannungen ist dies von unschätzbarem Wert. Dieser Befund bedeutet jedoch nicht, dass Museen als meinungs- oder gleichsam gesichtslos wahrgenommen werden. Im Gegenteil: Museen nehmen Haltung ein und positionieren sich aufgrund der aus den Sammlungen heraus erarbeiteten Faktenlage. Nicht jedoch, weil sie im Auftrag von »XY« handeln.

Museen als demokratische Brückenbauer

Damit erhalten die Museen in Deutschland einen Vertrauensvorschluss, der mit einer großen Verantwortung einhergeht und Möglichkeiten eröffnet, wirksam zu werden. Museen sind nicht nur Orte der Kunst und Kultur, sondern wichtige Stützen der Demokratie. Sie bieten Räume für Dialog und Reflexion, in denen Menschen unterschiedlicher Hintergründe zusammenkommen können. Diese Funktion ist heute wichtiger denn je. In einer Zeit, in der die Gesellschaft zunehmend gespalten ist, schaffen Museen einen neutralen Raum, der es ermöglicht, verschiedene Perspektiven zu diskutieren – und dabei das Gemeinsame in den Vordergrund zu rücken.

Besonders spannend ist, dass Museen in dieser Rolle als »gesellschaftliche Lagerfeuer« nicht nur Bildung fördern, sondern auch demokratische Werte wie Toleranz und Meinungsvielfalt stärken.

Sie schaffen Begegnungen und regen an, die Welt aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu betrachten. Das ist das Kapital, das sie zum Erhalt unserer Demokratie beitragen.

Warum diese Studie für Museen so wichtig ist

Die Studie liefert für Museen in Deutschland nicht nur Bestätigung, sondern auch wertvolle Erkenntnisse für ihre zukünftige Arbeit. Erstmals liegt eine umfassende Datengrundlage vor, die zeigt, wie tief das Vertrauen in Museen verankert ist. Doch die Ergebnisse gehen weit über bloße Zahlen hinaus. Sie bieten konkrete Hinweise darauf, wie Museen ihr Potenzial weiter ausschöpfen können. Denn auch wenn Museen insgesamt gut abschneiden, gibt es Unterschiede. Besonders naturwissenschaftliche und technische Museen sowie botanische Gärten genießen hohes Vertrauen. Kunstmuseen erzielen im Vergleich zu anderen Institutionen ebenfalls überdurchschnittliche Vertrauenswerte, liegen aber im Ranking der unterschiedlichen Museumsarten auf den hinteren Plätzen. Das könnte daran liegen, dass naturwissenschaftlich-technische Museen ihre Forschungsarbeit stärker sichtbar machen. Hier liegt eine Chance: Museen, die stärker ihre Rolle als wissenschaftliche Institutionen kommunizieren, könnten ihr Vertrauen weiter steigern.

Kulturelle Teilhabe für alle

Interessant ist auch, dass soziale Faktoren wie Einkommen oder Bildungsgrad das Vertrauen in Museen beeinflussen. Menschen mit höherem Bildungsabschluss oder höherem Einkommen vertrauen Museen stärker als Menschen



FOTO: ADOBE STOCK/EMOTIONPICTURE

Museen übernehmen eine wichtige Brückenbauerfunktion

mit weniger privilegiertem Hintergrund. Dies zeigt, dass Museen weiterhin daran arbeiten müssen, ihre Angebote für alle gesellschaftlichen Gruppen zugänglich zu machen. Denn obwohl Museen als Institutionen der Bildung und Kultur geschätzt werden, gibt es noch viel Potenzial, um Menschen, die bisher seltener in Museen gehen, besser zu erreichen.

Besonders bemerkenswert ist aus unserer Sicht: Menschen mit Migrationshintergrund bringen den Museen genauso viel Vertrauen entgegen wie Menschen ohne Migrationshintergrund – und sie besuchen Museen etwas häufiger. Hier zeigt sich, dass Museen eine Brücke zwischen verschiedenen kulturellen Gruppen schlagen können und somit einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration leisten.

Museen als ein Anker der Demokratie?

In einer Zeit, in der viele Institutionen um das Vertrauen der Bevölkerung kämpfen, stehen Museen auf festem Boden. Sie bieten viel mehr als kulturelle Bildung, sie tragen auch maßgeblich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt

und zur Förderung demokratischer Werte bei. Doch um dieses Vertrauen langfristig zu sichern und auszubauen, müssen Museen weiter in ihre Rolle als neutrale und vertrauenswürdige Orte investieren. Dazu sind weitere Forschungsanstrengungen nötig. Eine Folgestudie, die hier qualitativ in die Tiefe geht, ist für das kommende Jahr am Institut für Museumsforschung geplant. Dabei soll erfragt werden, was genau unter den Begriff Vertrauen gefasst wird und wie dieses Vertrauen begründet ist.

Die vorliegende Studie zeigt aber deutlich, dass Museen in Deutschland ein enormes Potenzial haben – als Bildungsstätten, als Orte des kulturellen Austauschs und als Anker der Demokratie. Sie bestätigt nicht nur den hohen Stellenwert von Museen, sondern liefert auch wertvolle Impulse dafür, wie Museen ihre Rolle in einer zunehmend gespaltenen Gesellschaft noch besser ausfüllen können. Das Vertrauen der Bevölkerung ist ein großes Kapital – und es liegt in der Hand der Museen, dieses Vertrauen weiter zu stärken.

Patricia Rahempour ist Direktorin des Instituts für Museumsforschung

Nie wieder Täter, nie wieder Opfer sein

Gedanken zu den Ursachen eines neuen Antisemitismus in Deutschland

JOHANN MICHAEL MÖLLER

Jeder feiert Weihnachten heute auf seine Weise. Zumindest verbindet sich dieses Fest, das eigentlich die ganze Christenheit bedeutet, mit bestimmten Erinnerungen, Orten oder



MÖLLER MEINT

Ereignissen. Für mich beginnt Weihnachten jedes Jahr mit dem Louis Lewandowski Festival in Berlin, das immer in den späten Dezembertagen zu Ehren dieses großen jüdischen Komponisten und Reformators der Synagogalmusik stattfindet. Es ist vor vielen Jahren aus einer noblen bürgergesellschaftlichen Idee heraus entstanden und wird jedes Mal – wenn auch nur für wenige Tage – zu einem außergewöhnlichen Ort der Eintracht und des Friedens.

Die Wirklichkeit auf den Berliner Straßen sieht freilich anders aus. Fast jeden Tag wird an irgendeiner Stelle gegen Israel demonstriert, und natürlich schwingt der Resonanzraum unserer furchtbaren Vergangenheit dabei mit. Es ist ein tückisches Amalgam entstanden

zwischen der Anteilnahme am Schicksal der Kriegsoffer im Gaza-Streifen und jenem Globalvorwurf, der nur so tut, als ob er zwischen der aktuellen Politik Israels und der Anklage gegen das jüdische Volk unterscheiden wolle.

Vielleicht haben wir uns all die Jahrzehnte getäuscht, in denen wir glaubten, dass solche Parolen kein Echo mehr finden werden in unserem Land. Noch vor Jahren wäre mir unvorstellbar gewesen, welche Ideologien sich wieder an den Universitäten verbreiten können. Wenigstens dort schien mir der Geist der Aufklärung noch resistent. Was für ein Irrtum.

Ich stehe im einst so weltoffenen Berliner Stadtteil Kreuzberg inmitten einer der vielen propalästinentischen Demonstrationen, die keinen Zweifel daran lassen, um wessen Existenzrecht es ihnen geht. Am Rand sehe ich eine kleine Gruppe von Gegen-demonstranten, die kaum vernehmbar ihre Stimme für Israel erheben. Die Gegenseite ist sehr viel lauter und mich erschreckt, wie offensichtlich sich die politischen Räume bereits wieder verschoben haben. Durch unser Land schwappt eine neue Welle von Antisemitismus. Er begnügt sich nicht mehr mit den verstoßenen Ressentiments früherer Jahre; es wird inzwischen lauthals skandiert. Und die deutsche Öffentlichkeit schaut mehr oder minder hilflos dabei zu. Obwohl es ihr nicht an Instrumenten fehlte, diesem Treiben ein Ende zu setzen. Was sie so ohnmächtig wirken lässt, ist ihre Weigerung zu benennen,

worum es in Wirklichkeit geht. Auch herrscht eine große Sprachverwirrung in unserem Land, und sie zeigt ihre postkolonialen Züge. Die alten Ordnungen sind brüchig geworden, die gewohnten Kennzeichnungen gelten nicht mehr. und die vormaligen Konsequenzen aus unserer Vergangenheit werden mitunter zu falschen. Der Historiker und Publizist Michael Wolffsohn hat von historischer Ironie gesprochen, dass Juden wie Deutsche zwar ihre eigenen Lehren aus ihrer Geschichte gezogen hätten, sie aber sich gerade deshalb nicht mehr verstünden. Die einen wollen nie wieder Täter sein, die anderen nie wieder Opfer.

Vielleicht haben wir uns getäuscht, als wir glaubten, dass solche Parolen kein Echo mehr finden werden in unserem Land

Aber das hat womöglich zu einem großen Missverständnis geführt, mit welchem alten, aber eben auch neuen Antisemitismus wir es in unserem Land inzwischen zu tun bekommen. Denn natürlich wurde dieser neue Antisemitismus in beträchtlichen Teilen aus der islamischen Welt importiert. Auch wenn einige Historiker gerade

versuchen, selbst diese islamische Judenfeindlichkeit in die deutsche Geschichte einzugemeinden. Die Migration zeigt vielmehr hier ihr Janusgesicht. Die Globalisierung unserer Lebensverhältnisse ist leider nicht ohne solche Schattenseiten zu haben. Wir importieren eben nicht nur Arbeitskräfte und Funktionsträger, sondern Menschen, mit ihrer jeweils eigenen Prägung und Herkunft. Die streifen sie an den Grenzen nicht einfach ab wie ein altes, nicht mehr gebrauchtes Kostüm. Doch solche Eingeständnisse passen uns nicht. Genauso wie die Kriminalstatistiken die Herkunft der Täter und ihre Lebensgeschichten lange nicht ausweisen wollten, will man über das mitunter hochheikle Erbe derer, die zu uns kommen, nicht offen reden. Viele der neuen Israel-feinde in unserem Land hatten den Judenhass in ihrem Reisegepäck, sie mussten ihn bei uns nicht erst lernen.

Wie aber will eine in solchen Fragen blind gewordene Gesellschaft mit diesem Thema umgehen? Man konnte die ganze Hilflosigkeit erst jüngst wieder an einer der Berliner Problemschulen erleben, in denen eine ratlose Lehrerschaft vor ihren randalierenden Schülern kapituliert. Aus einem halben Hundert verschiedener Herkunftsländer sind deren Familien gekommen. Eine Grundverständigung über die Werte und Normen unserer Gesellschaft gibt es dort offenbar nicht. Der frühere, zweifelloso tüchtige Leiter dieser Schule spricht von Regeln, die man den Schülern wieder beibringen müsse.

Er übersieht, dass sie ihre eigenen Regeln längst mitgebracht haben.

Die unvermeidlichen politischen und kulturellen Klärungsprozesse aber, die ein Einwanderungsland braucht, werden noch durch ein Meinungsklima erschwert, in dem man sich nicht mehr zu differenzieren traut. Und in dem man nicht klar und offen benennt. Es gibt diese islamisch geprägte Feindschaft gegen Israel und die jüdische Welt mittlerweile in unserem Land, und wir leisten uns einen Bärenienst, diese Gefahr im pauschalen Vorwurf des Antisemitismus zu verwischen. Hinter dem postkolonialen Jargon intersektionaler Diskriminierung, wie einer dieser neuen Termini heißt, wird eine kollektive Opfer- und Täterideologie aufgebaut, in der alle gebotenen Unterscheidungen verschwimmen. Wir entlasten unser Gewissen freilich keineswegs, indem wir Schuld und Verantwortung in die islamische Welt exportieren. Aber Zuwanderung in unsere Gesellschaft kann auch nicht bedeuten, unser – weiß Gott – mühsam erworbenes heutiges Selbstverständnis an eine x-beliebige Welt zu verlieren. Louis Lewandowski wurde als Jude in der ehemals preußischen Provinz Posen geboren. Seine Lebensgeschichte gehörte zu unserem Land. Wir dürfen nicht im Mindesten dulden, dass eine postmigrantische Gesellschaft jüdisches Leben in Deutschland wieder infrage zu stellen beginnt.

Johann Michael Möller ist Publizist und Ethnologe

Innenperspektive und Brückenbau

Die Alte Synagoge Essen, ein Haus jüdischer Kultur

DIANA MATUT

Die Alte Synagoge Essen ist ein kulturelles Kleinod. Als größte freistehende Synagoge nördlich der Alpen ist sie eines der bedeutsamsten Zeugnisse jüdischer materieller Kulturen in Europa. Würde man eine Biografie der Synagoge schreiben, so müsste man ihr wohl mindestens »vier Leben« zusprechen. Eingeweiht im Jahr 1913 diente sie bis zu ihrer Zerstörung einer großen, kaiserzeitlichen Gemeinde als Ort des Gebets, des Lernens und der Musik. Sie beherbergte die imposanteste Orgel Essens, für

Gestaltung erhalten geblieben war. Die 1980er Jahre schließlich brachten, wie überall in Deutschland, ein neues Verständnis für Aufarbeitung, Erinnerung und Verantwortung mit sich. Damit einher ging eine Debatte, die in der Umwidmung und -gestaltung des Hauses zur Gedenkstätte mündete sowie einer teilweisen Rekonstruktion des Hauptraumes. Nach einem erneuten inhaltlichen Richtungswechsel und einer Überarbeitung der Ausstellung ist die Alte Synagoge seit 2010 ein »Haus jüdischer Kultur«. Nicht länger allein auf den Aspekt der Vernichtung und Zerstörung fokussiert, präsentiert sie

Von 2024 bis 2026 erwarten Besucherinnen und Besucher zwei kleinere temporäre sowie eine große Jahresausstellung. Mit der Ausstellung »Freiheitskoffer«, die am 17. November 2024 eröffnete, steht die jüdische Migration von Menschen ins Ruhrgebiet nach 1990 aus den ehemaligen Ländern der Sowjetunion im Fokus. Mit Era Freidzon kuratiert eine Künstlerin, die sich aus der Innenperspektive der eigenen Migrationserfahrung – von Chisinau (Moldawien) über St. Petersburg in das Ruhrgebiet – dem Thema nähert und den Stimmen jüdischer Menschen und ihren Erfahrungen viel Raum gibt.

Würde man eine Biografie der Synagoge schreiben, so müsste man ihr wohl mindestens »vier Leben« zusprechen

Allen diesen Ausstellungsprojekten ist gemein, dass sie eine spezifisch jüdische Erfahrung umfassend durch Innenperspektiven und einen wissenschaftlichen Ansatz ausloten. Gleichzeitig aber stehen Brückenphänomene wie Migration, Umwelt oder Körpererfahrung im Vordergrund, die für alle Besucherinnen und Besucher anschlussfähig sind. Formate, die 2024 bereits eingeführt wurden, wie die Jüdischen Literaturtage Essen (2025 zur jüdischen Graphic Novel) oder die Queer Jewish Days werden neu aufgelegt, und 2025 bis 2026 erwartet die Zuhörerinnen eine spektakuläre Spielzeit



Linkes Bild: Die zerstörte Innenstadt Essens nach Kriegsende mit Blick auf die Synagoge. Undatiert, vermutlich 1945–47. Rechts: Außenansicht der Alten Synagoge, 2014

die durch den Kantor der Gemeinde eigens Werke komponiert wurden. 1.500 Menschen fanden im Hauptraum Platz, doch feierten darüber hinaus auch jüdische Migrantinnen und Migranten aus Osteuropa ihren Gottesdienst nach orthodoxem Ritus – in der kleinen, im Erdgeschoss gelegenen Wochentags-Synagoge. Die äußere Hülle der Essener Synagoge überstand die Pogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 zum größten Teil – dank ihrer Stahlbetonkonstruktion. Während wenige Jahre später, von 1943 bis 1945, durch Bombardierungen beinahe die gesamte Innenstadt zerstört wurde, blieb sie als eines der wenigen Gebäude erhalten. Eindrücklich zeigt ein Foto der Nachkriegszeit ein verwüstetes Essen, aus dessen Schutt sich die Synagoge vollständig abhebt. Eine zweite einschneidende Phase begann im Jahr 1959, als die Stadt das Haus erwarb. Die Essener Nachkriegspolitik, für jüdische Belange nicht sensibilisiert, baute den Innenraum für eine Industrieschau aus – und zerstörte dabei alles, was noch von der synagogalen

gegenwärtiges jüdisches Leben und jüdische Kulturen. Daneben beherbergt sie ein umfangreiches Archiv, das wertvolle Dokumente, Fotografien und Interviews zur Geschichte jüdischen Lebens in Essen birgt. Mit ca. 25.000 Besucherinnen und Besuchern im Jahr und 9.000 Schülerinnen und Schülern im Rahmen des Bildungsprogramms ist die Alte Synagoge ein zentraler Aspekt der städtischen und weiteren Ruhrgebietsidentität geworden. Als Museum, Veranstaltungs-, Bildungs-, Begegnungs- und Erinnerungsort bietet sie Raum und Forum für ein breites Spektrum an Themen und Aufgaben. Zu den hohen Feiertagen ist die jüdische Gemeinde zu Gast, aber auch jenseits des organisierten religiösen Lebens hat die Alte Synagoge eine Bedeutung für jüdische Menschen, gerade auch für jüngere Jüdinnen und Juden des Ruhrgebietes. Sie ist ein Ort, der durch den Raum an sich und durch seine kulturellen Angebote Identifikationsmomente schafft und Verbindung mit dem eigenen, wie auch immer definierten und gestalteten »Jüdisch-Sein« ermöglicht.

Am 30. März 2025 schließlich eröffnet die Alte Synagoge ihre Jahresausstellung »Green Jews. Umweltschutz und Judentum«. Kuratiert wird sie von der jüdischen Künstlerin Anna Adam, die eine der Leiterinnen der »green shul« (Umweltsynagoge) Ohel Hachidusch ist. Die Ausstellung in neun Stationen bringt dieses Thema zum ersten Mal in ein jüdisches Museum in Deutschland. Über innerjüdische Quellen von der Antike bis ins 21. Jahrhundert, aber auch auf sehr sinnlich erfahrbare Art und Weise werden jüdische Konzepte, Ideen und Antworten auf die große Frage des Verhältnisses von Mensch und Umwelt verhandelt. Der Herbst 2025 steht dann im Zeichen einer großen Essener Jüdin – Dore Jacobs. Als bedeutende Bewegungslehrerin und Reformerin stand sie für eine neue Kultur der Körper und kehrte als eine der wenigen überlebenden Essener Jüdinnen nach dem Krieg zurück, um ihre Tätigkeit fortzusetzen. Im Rahmen des NRW-weiten Programms wird die Alte Synagoge in Verbindung mit ihrem Namen zum »Frauenort«.

zu jüdischer Musik – dem Themenschwerpunkt in Zusammenarbeit mit Theater und Philharmonie Essen. Beginnend im kommenden Jahr wird die Alte Synagoge schließlich im wahren Sinne des Wortes neue Wege gehen, in dem sie die aufsuchende Arbeit aufnimmt. Als Reaktion auf die zunehmende Weigerung von rund 24 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner NRWs, eine Synagoge zu betreten, braucht es neue Formen der Ansprache und des Angebots. Wir hoffen, damit ein Modellprojekt aufbauen zu können, das die Vermittlung jüdischer Themen zugänglicher und nahbarer macht.

Diana Matut ist Direktorin der Alten Synagoge Essen

JÜDISCHE MUSEEN

Seit der Ausgabe 9/24 stellen wir in jeder Ausgabe von Politik & Kultur Jüdische Museen in Deutschland vor.

Bauplan für eine populistische Kulturpolitik

Massive staatliche Einflussnahme in der Slowakei

MARKUS HUBER

In zahlreichen Ländern Europas erleben wir derzeit, wie populistische Regierungen ihre Vorstellung von Kulturpolitik realisieren. Und überall gleichen sich die Vorgehensweisen, als gäbe es eine »To Do Liste«, die abgearbeitet und dann weitergereicht würde: Einflussnahme auf die unabhängige Medienlandschaft durch den Umbau von Steuerungsgremien, die Besetzung wichtiger Kulturinstitutionen mit fachfremden, aber loyalen Platzhaltern, die

Die Neuausrichtung geht mit einer größeren politischen Einflussnahme auf die Fachgremien einher

Einschüchterung des zivilgesellschaftlichen Protests durch Strafanzeigen gegen einzelne Kulturschaffende, usw. Der Bauplan für eine populistische Kulturpolitik scheint so simpel wie folgenreich für das Kulturleben eines ganzen Landes. Museen, Bibliotheken, Theater, Literaturhäuser und Festivals sind zentrale Orte, an denen wir unser gesellschaftliches Selbstverständnis verhandeln und unser Geschichtsbewusstsein lebendig halten. Es sind Orte, an denen wir uns darüber verständigen können, welche Art von Gesellschaft wir sein wollen – offen, inklusiv, viestimmig und solidarisch oder nationalistisch, identitär und völkisch. Wir täten deshalb gut daran, diese Entwicklungen nicht nur genau im Blick zu behalten, sondern mehr noch von den Formen des Widerstands und des zivilen Ungehorsams zu lernen, mit denen die Kulturschaffenden dieser Länder sich gegen die politischen Übergriffe zur Wehr setzen und ihre Kulturlandschaft zu schützen suchen.

Das jüngste Beispiel für eine kulturpolitische Neuaufstellung vollzieht sich derzeit in der Slowakei. Dort wurde im Oktober 2023 die ultrarechte Nationalpartei SNS Teil der Regierungskoalition und verantwortlich seitdem das Umwelt- und das Kulturministerium. Von Anfang an gibt es Widerstand aus der Kulturszene gegen die neue Kulturministerin und ehemalige Fernsehmoderatorin Martina Šimkovičová, die bereits in der Vergangenheit durch rassistische und homophobe Äußerungen auffiel. Schauen wir auf die Eingriffe in die Kultur, dann ist schwer einzuschätzen, welche Strategie das Kulturministerium bzw. Šimkovičová verfolgen. Die vorläufige Bilanz nach einem Jahr im Amt macht aber deutlich, was sie nicht möchte.

Im Januar wird die Kunsthalle Bratislava, ein bis dahin wichtiger Ort der zeitgenössischen Kunstszene, aufgelöst. Im Juli wird per Gesetzesänderung das öffentlich-rechtliche Radio & Fernsehen Slowakei (RTVS) aufgelöst. Das entspräche bei uns der Auflösung von ARD und ZDF. Deren Berichterstattung sei zu einseitig, zu regierungskritisch. Man wolle die Meinungsperspektiven erweitern und so dem öffentlich-rechtlichen Sendeauftrag nachkommen. Aus RTVS wird STVR – Slowakisches Fernsehen & Rundfunk. Die Neuausrichtung geht mit einer größeren politischen Einflussnahme auf die Fachgremien einher. Eine der ersten Neuerungen: Alle Sendungen, die zwischen 23.30 Uhr und 0.30 Uhr laufen, müssen künftig die slowakische Nationalhymne einbinden.

Anfang August tritt dann eine weitere vom Kulturministerium initiierte Gesetzesänderung in Kraft, die den Fonds zur Förderung der Kunst (FPU) reformieren soll. Der Fonds fördert landesweit Projekte in allen Kunstsparten sowie Bildungs- und pädagogische Projekte. Die grundlegende Veränderung, die mit dem neuen Gesetz einhergeht: Die Expertengremien, die bisher über die Anträge entschieden, haben nur noch einen empfehlenden Charakter und der FPU-Rat wird nun mehrheitlich durch das Kulturministerium berufen, das acht der insgesamt 13 Mitglieder benennt. Damit ist künftig einer direkten politischen Einflussnahme in die Förderung von Kulturprojekten der Weg geebnet. Schon jetzt äußern sich Festivalmacherinnen und Künstler, dass sie keine Fördermittel beantragen, weil sie ohnehin damit rechnen, nicht mehr gefördert zu werden – zu progressiv, zu queer, zu kritisch seien ihre Projekte.

Nach der Sommerpause werden dann in kurzer Folge der Generaldirektor des slowakischen Nationaltheaters, Matej Drlička, die Direktorin der Nationalgalerie, Alexandra Kusá, und der Direktor des Nationalmuseums, Branislav Panis, entlassen. Ersetzt werden sie durch Platzhalter ohne einschlägige Erfahrungen in der Leitung dieser wichtigen Kulturinstitutionen.

Die brachiale Kulturpolitik bleibt dabei nicht unbeantwortet und treibt Tausende Bürgerinnen und Bürger der Slowakei auf die Straßen. In dem kleinen Land mit knapp fünf Millionen Einwohnern finden seit mehreren Monaten landesweite Proteste statt. Eine Petition, die den Rücktritt der Ministerin fordert, wird binnen einer Woche von mehr als 180.000 Menschen unterschrieben. Das ist schon jetzt der größte Beteiligungsprozess, den das Land bisher gesehen hat. Inzwischen haben sich mehr

Die brachiale Kulturpolitik bleibt nicht unbeantwortet und treibt Tausende Bürgerinnen und Bürger der Slowakei auf die Straßen

als 260 Kulturorte in der ganzen Slowakei zur Plattform Otvorená kultúra (Offene Kultur) zusammengeschlossen. Die Plattform organisiert die Proteste und dokumentiert die politische Einflussnahme in die Kultur und ruft nun zum »Kulturstreik« auf: »In den letzten zehn Monaten haben sich die Arbeitsbedingungen der Arbeiter im Kulturbereich radikal verschlechtert. Wir sind mit Entlassungen, Einschüchterungen, Drohungen und Mobbing am Arbeitsplatz konfrontiert.«

Hinter der ideologischen Dimension einer populistischen Kulturpolitik stehen am Ende immer die Menschen, die in den Kulturinstitutionen arbeiten – in den Gewerken, Garderoben, Verwaltungen, in den Kassenhäuschen usw. Für sie sind die Eingriffe eine existenzielle Bedrohung.

Ein Ende der Proteste ist ebenso wenig abzusehen wie ein Einlenken des Kulturministeriums. Es bleibt zu hoffen, dass der zivilgesellschaftliche Widerstand gegen die Eingriffe in die Kunst- und Meinungsfreiheit mehr Ausdauer hat.

Markus Huber ist Leiter des Goethe-Instituts in Bratislava



Das Goethe-Institut Slowakei in Bratislava

FOTO: COPYRIGHT: GOETHE-INSTITUT/BERNHARD LUDEWIG

Biermann goes Hip-hop

Junge Musiker interpretieren seine Lieder

LUDWIG GREVEN

Wolf Biermann kann sich zu gutehalten, wesentlich zum Ende der SED-Diktatur vor 35 Jahren beigetragen zu haben. Als widerständiger Geist bis heute war der in Hamburg geborene Liedermacher und Dichter für die DDR-Oberen quälender Stachel im Fleisch und für Oppositionelle trotz jahrzehntelangem Auftritts- und Publikationsverbots Inspirationskraft für ihre Auflehnung. Biermanns Ausbürgerung 1976 nach seinem legendären Konzert in Köln wurde zum Fanal und zu einem Anfang vom Ende der Unterdrückung. Welche Relevanz Biermann und sein künstlerisches Werk immer noch haben, zeigt nicht nur die große Retrospektive des Deutschen Historischen Museums. Junge Musiker und Musikerinnen und Bands haben sich in zweijähriger Arbeit daran gemacht, etliche seiner Lieder neu und modern zu interpretieren.

Unter dem Motto »Zeiten verbinden« ist das Album »Wolf Biermann Re:Imagined: Lieder für jetzt!« zu seinem 88. Geburtstag am 15. November

erschienen. Als Ziel nennt Produzent Johann Scheerer, Biermanns musikalisches Werk der nachwachsenden Generation zugänglich zu machen und so eine Brücke zu schlagen zur heutigen Zeit, in der seine poetischen Lieder wie »Wann ist denn endlich Frieden in dieser irren Zeit« oder »Du lass' Dich nicht verhärten« angesichts von

Nicht nur seine Texte, sondern auch seine Musik inspirieren junge Künstler, die mit der DDR-Geschichte nichts zu tun haben

Krisen und Kriegen unverändert Bedeutung haben. Mit dabei auf dem ersten Album, dem weitere folgen sollen, sind 22 Künstlerinnen und Künstler wie Torch, Albrecht Schrader, Charlotte Brandi, Moritz Krämer, Bonaparte,

Das Bierbeben, Mola, Jan Plewka, Katharina Franck und Peter Licht, aber auch das unvergessene DDR-Jazz-Duo Ulrich Gumpert und Günter Baby Sommer. Und natürlich Biermann selbst.

Nicht alles auf der Platte wirkt gelungen, jedenfalls für diejenigen, die Biermanns Originalsound lieben und schätzen. Aber die neuen Fassungen, teils im Hip-hop-Stil, zeigen, dass nicht nur seine Texte, sondern auch seine Musik selbst junge Künstler, die mit der DDR-Geschichte nichts zu tun haben, inspirieren. Bei einem Konzert zur Veröffentlichung des Albums im Hamburger Thalia-Theater kokettierte Biermann: »Ich habe nichts damit zu tun.« Dabei hat seine jetzige Frau, die Sängerin Pamela Biermann, die Neuinterpretationen angeregt. Und so variierte er am Ende ein Gedicht von Heinrich Heine: »Andere Zeiten. Andere Vögel singen meine alten Lieder. Mir gefällt es. Denn mir wachsen andere Ohren.«

Ludwig Greven ist Publizist

Wolf Biermann Re:Imagined: Lieder für jetzt! Label Clouds Hill

Unser Land besser erklären

Deutsche Mittler- und Partnerorganisationen im Ausland

RALF BESTE

Atlanta, Ende September. Hurricane Helene nähert sich der Hauptstadt von Georgia. Die Straßen sind leer, aus Angst vor der Naturgewalt bleiben alle zu Hause. Alle? Nein, eine gar nicht mal kleine Schar von Leuten tut weiter, was sie für richtig hält. Mit tiefenden Regenschirmen kommen die Besucher zur Eröffnung der Modeausstellung des Deutsch-Französischen Kulturinstituts. Am nächsten Abend, Helenes Ausläufer überfluten langsam die Autobahn, geht es zur Einweihung des Begegnungshauses, das die private Joachim Herz Stiftung vor den Toren der Stadt renoviert hat. Und anderntags versammeln sich über 1.000 Mitglieder der German Studies Association (GSA) in einem Konferenzhotel in Downtown. Hurricane Helene hat inzwischen die Richtung gewechselt, und die Entschlossenheit der Professorinnen und Professoren aus den ganzen USA wird belohnt. Drei Tage lang debattieren sie – dabei sind auch Vertreter der großen Mittler DAAD und Goethe-Institut – über neue Trends in der deutschen Regionalforschung und Sprachlehre.

Das Großtreffen der Mittler und Multiplikatoren aus den gesamten USA zeigt, wie sturmerprobt die Beteiligten und ihre Organisationen sind. Die Wahlergebnisse dokumentieren aber auch, wie dringlich deren Arbeit ist. Wir müssen auch jenseits der Küstenmetropolen bis

in die Tiefe des Landes mit allen gesellschaftlichen Gruppen ins Gespräch kommen, um den Anschluss an die aktuellen Veränderungen zu halten.

Die Präsenz und Arbeit der deutschen Mittler und ihrer Partner können sich durchaus sehen lassen – nicht nur in Amerika. Eine Studie der Hertie School von diesem Jahr stellt fest, dass Deutschland nach China weltweit die zweitgrößte Summe Geldes für Kunst, Wissenschaft, Sprache, Bildung und Medien im Interesse seiner Soft Power aufwendet – vor allen westlichen Partnern, aber auch vor Russland, der Türkei und anderen. Im Etat des Auswärtigen Amts sind davon – auch nach den jüngsten Kürzungen – knapp eine Milliarde Euro vorgesehen, der größte Einzelposten darunter für die Deutschen Auslands- und Partnerschulen, gefolgt von Goethe-Institut, Deutschem Akademischen Auslandsdienst (DAAD), Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH), dem Deutsch-Amerikanischen Institut (DAI), dem Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) und anderen.

Welchem Zweck dient es, ein so globales Netzwerk zu unterhalten? Gemeinhin wird diese Arbeit mit der unhandlichen Chiffre »Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik« versehen. Um Sinn, Breite und Zielrichtung unserer Arbeit besser zu beschreiben, empfiehlt sich eher der Begriff der Gesellschaftsaußenpolitik.

Erstens, weil dieser Begriff deutlich macht, dass es sich um Außenpolitik handelt und nicht um Kulturpolitik, wie wir sie aus dem Inland kennen. Das Auswärtige Amt und seine Mittler betreiben keine Förderung von Kultur im Ausland, sondern Außenpolitik mit

Mitteln aus Kultur, Wissenschaft, Bildung usw.

Zweitens versucht die Gesellschaftsaußenpolitik breiter auszugreifen und tiefer zu bohren, als es die herkömmliche Chiffre »Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik« nahelegt. Es geht darum, eine Kommunikation mit möglichst vielen Akteuren und Multiplikatoren anderer Gesellschaften zu erzeugen, um verbindliche Beziehungen zu etablieren. Ziel ist es, über die gewohnten Milieus hinaus auch solche Teile anderer Gesellschaften zu erreichen, die uns bisher nicht zugewandt waren – das Beispiel USA zeigt, dass Veränderungen sonst nicht zu verstehen sind. Gesellschaftsaußenpolitik setzt dafür ihre spezifischen Mittel ein: unter anderem den Unterricht der deutschen Sprache, die Zusammenarbeit bei der künstlerischen Schöpfung, den Austausch von Studentinnen und Wissenschaftlern oder den Erwerb von deutschen Abschlüssen, die zur Arbeit in Deutschland befähigen. Auch die Botschaften fügen sich mit ihrer Public Diplomacy in diesen Ansatz ein, der versucht, Deutschland auf glaubwürdige Weise erfahrbar zu machen.

Als integraler Bestandteil von Außenpolitik richtet Gesellschaftsaußenpolitik ihre Instrumente weniger auf Regierungen und Diplomatie, sondern auf Menschen, auf Gruppen und Gesellschaften. Austausch zu organisieren nützt nicht nur unserem Interesse, internationale Wissenschaftlerinnen und Studenten an unsere Universitäten zu holen, Fachkräfte anzuziehen oder unser Verständnis von Kunstfreiheit zu illustrieren, sondern leistet mehr: Gesellschaftsaußenpolitik

dient der Glaubwürdigkeit und Anziehungskraft unseres Landes. Nach dem Fall der Mauer schien dies keine besonders dringende Aufgabe mehr zu sein. Deutschland war in vielen Indizes eines der beliebtesten Länder der Welt, seine Kraft und Kompetenz wurden geschätzt und respektiert. Auch Demokratie, Marktwirtschaft und der Anspruch universeller Menschenrechte schienen sich durchzusetzen. Manche träumten, die Welt nähere sich unserem (westlichen) Bild von ihr.

Aus diesem Traum sind auch die Letzten aufgewacht, als in der Nacht des 24. Februar russische Truppen die Ukraine überfielen. Was der Bundeskanzler kurz darauf die »Zeitenwende« nannte, markiert eine neue, schwierige Phase der Anpassung an grimmige Realitäten: Die Infragestellung völkerrechtlicher Normen, das Entstehen einer multipolaren Ordnung, der Zulauf zu populistischen Parteien, der weltweite Schwund an Demokratien und eine durch Fake News geprägte Informationslandschaft. In diesem Wettbewerb um Deutungshoheit müssen wir unser Land, unsere Werte und unser Handeln besser erklären. Das Unverständnis vieler über unsere Solidarität mit Israel seit dem Terrorangriff der Hamas hat diese Erklärungsnot vergrößert.

Wie die deutsche Gesellschaftsaußenpolitik mit der Zeitenwende umgeht, zeigt beispielhaft der Reformprozess des Goethe-Instituts, den das Auswärtige Amt und der Bundestag seit 2023 unterstützen. Unser gemeinsames Ziel war dabei, die Handlungsfähigkeit des Instituts in Zeiten rückläufiger Mittel zu sichern. Durch die Stärkung der Spracharbeit werden

Menschen unterstützt, die als Fachkräfte in Deutschland hochwillkommen sind. Dank der Schließung und Zusammenlegung von Liegenschaften in Ländern, in denen das Goethe-Institut bereits stark vertreten war, werden neue Präsenzen an Standorten ermöglicht, die uns besonders wichtig sind: etwa im Südkaukasus, Polen, der Republik Moldau, der Ukraine, im Herzen der USA und der Pazifikregion.

Klar ist, dass trotz aller Veränderungen einige Prinzipien unverrückbar sind: Zwar sind die Mittler abhängig von öffentlichen Mitteln, aber sie arbeiten im Auftrag des Bundes eigenständig und eigenverantwortlich. Dies ist Ausdruck dessen, wie wir unser Land auf der Welt verstanden wissen wollen: als freiheitliche Gesellschaft, deren Akteure eigenverantwortlich im Interesse einer gemeinsamen Sache arbeiten.

In diesem Verständnis von Gesellschaftsaußenpolitik kommt es darauf an, ein umfassendes Verständnis von Kommunikation zu entwickeln. Nicht nur das Reden zählt dazu, auch das Handeln. Nicht nur das Erklären, sondern auch das Fragen und Zuhören. Denn nur wer versteht, kann sich auch verständlich machen. Nur ein glaubwürdiges und zeitgemäßes Deutschlandbild weckt Interesse: an der deutschen Sprache, an Ausbildung und Arbeit hierzulande. Unsere Mittler und Partner sind in diesem Sinne ein Netzwerk von Seismografen, die Deutschland (und das Auswärtige Amt) mit Informationen darüber versorgen, wie wir gesehen und verstanden werden.

Ralf Beste leitet die Abteilung Kultur und Gesellschaft im Auswärtigen Amt



RADIO DIGITAL HÖREN:

Mit DAB+ für jeden das Beste!

Ob News oder Oldies – mit dem digitalen Nachfolger von UKW das Lieblingsprogramm in bester Qualität erleben.



DAB+
Der Standard für Radio im Auto und Zuhause

Mehr Information unter 

»Let’s Remember!«

Erinnerungskultur und Computerspiele

BENJAMIN HILLMANN

Das Projekt »Let’s Remember!« hat sich in den Jahren 2023 und 2024 mit der Frage beschäftigt, welche Rolle Games zur Vermittlung der NS-Vergangenheit an Lern- und Gedenkortspielen können. Mit vier Lehren aus der Projektpraxis zieht es jetzt Resümee.

Computer- und Videospiele sind digitale Räume, in denen Millionen von Menschen mit Inszenierungen von Vergangenheit interagieren – unabhängig davon, ob ein Spiel nun der reinen Unterhaltung dient oder auch bildend wirken will. Aufbauend darauf stellte sich die Stiftung Digitale Spielekultur gemeinsam mit dem Deutschen Kulturrat die Frage, ob und wie sich diese digitalen Räume mit physischen Erinnerungsorten verbinden lassen und letztere vielleicht sogar in der Gedenkarbeit unterstützen können. Um Antworten zu finden, haben beide Partner das Projekt »Let’s Remember! Erinnerungskultur mit Games vor Ort« ins Leben gerufen. Das Projekt hat sich zum Ziel gesetzt, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Lern- und Gedenkort für digitale Spielekultur zu sensibilisieren, Möglichkeiten des Einsatzes von Games in der erinnerungskulturellen Arbeit zu diskutieren und Veranstaltungsmomente zur Vermittlung von NS-Unrecht mit Games zu erproben. Gefördert wurde das Projekt durch die Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) sowie das Bundesministerium der Finanzen im Rahmen der Bildungsagenda NS-Unrecht.

Zentraler Bestandteil von »Let’s Remember!« waren Fortbildungen für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Max Mannheimer Studienzentrum Dachau, dem Anne Frank Zentrum Berlin, der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, der Akademie für politische Bildung Tutzing, der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, der Gedenkstätte Roter Ochse in Halle (Saale), dem Gedenkort Vogelsang Internationaler Platz im Nationalpark Eifel und der Gedenkstätte Hadamar. Darüber hinaus fanden an mehreren der genannten Orte auch Vermittlungsformate wie Workshops mit Schülerinnen und Schülern oder Spielungen statt. Bei einer Spielung handelt es sich in Analogie zur Lesung um das Spielen ausgewählter Computerspiele vor Publikum, inhaltlich begleitet von einer Runde aus Gaming-Experten und weiteren Fachleuten. Weitere Projektformate waren

Livestreams auf der Online-Plattform Twitch, die die erinnerungskulturelle Relevanz von Games im direkten Austausch mit verschiedenen Online-Communitys beleuchteten. In den Streams mit den Content-Kreatorinnen FiNessi, Maurice Weber und Nils Bomhoff wurden unterschiedliche Games sowie Erinnerungsorte in Berlin und Hamburg vorgestellt und besprochen.

Spiele haben schon immer eine kulturelle Praxis zum Verständnis von Gegenwart und Geschichte gebildet – selbst in extremen Lebensrealitäten wie der Shoah. So lebte etwa der jüdische Künstler Oswald Poeck zum Entstehungszeitpunkt seines Brettspiels »Ghetto« (1943) selbst im Ghetto Theresienstadt. Das Spiel basiert auf dem Brettspiel-Klassiker »Monopoly« (1935) bzw. »The Landlord’s Game« (1904), diente allerdings nicht zur Zerstreuung und Ausblendung der unmenschlichen Lebensbedingungen im Ghetto, sondern wurde von Poeck bewusst als Vermittlungsinstrument entwickelt, um Kindern vor Ort spielerisch die geltenden Lebensumstände und »Spielregeln« zu vermitteln. Im Kontext heutiger Video- und Computerspiele würde man vielleicht von einem »Serious Game« sprechen. Der Sprung in die Gegenwart zeigt, dass Lern- und Gedenkort zunehmend auch digitale Spiele als solche Vermittlungsinstrumente nutzen und sogar eigene Produktionen in Auftrag geben. Darunter z. B. die Gedenkstätte Wehnen (»Spuren auf Papier«, Playing History, 2023), das NS-Dokumentationszentrum München (»Forced Abroad – Tage eines Zwangsarbeiters«, Paintbucket Games, 2022) oder die Gedenkstätte Bullenhuser Damm (»Erinnern – Die Kinder vom Bullenhuser Damm«, Paintbucket Games, tba). Über 80 Prozent der teilnehmenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den vom »Let’s Remember!«-Team besuchten Lern- und Gedenkort können sich zudem grundsätzlich vorstellen, Games in ihrer Arbeit einzusetzen, wie die Evaluation der Fortbildungen ergeben hat. Die eingangs erwähnten Twitch-Streams wurden live von insgesamt über 36.000 Zuschauern verfolgt, Zehntausende weitere riefen die Videos im Nachhinein ab. Das Feedback aus den jeweiligen Communitys fiel dabei überwiegend sehr positiv aus: In den Live-Chats kam es zu angeregten und konstruktiven Diskussionen. Der Wunsch nach weiteren Streams dieser Art wurde in allen Chats betont. »Let’s Remember!«-Learning Nummer Eins lautet deshalb:

(Digitale) Spielekultur und Erinnerungskultur gehören zusammen, sowohl historisch betrachtet als auch in Bezug auf die heutige Gameskultur.

Direkt daran knüpft das zweite Learning an: Entscheidend ist weniger, welches Spiel am besten für die Vermittlung von Erinnerungskultur geeignet ist, sondern in welchem Kontext ein Spiel eingesetzt wird. Gerade in der Schule können Serious Games wertvolle Lehrmittel sein, die den Unterricht ergänzen und auflockern können. Auch Ausschnitte aus Unterhaltungsspielen lassen sich dazu einsetzen, man spricht dann von der Methode des »Serious Gaming«. Denn ein Spiel wie »Assassin’s Creed III: Liberation« (Ubisoft, 2012) wird zwar in erster Linie als unterhaltsames Action-Abenteuer vor historisch anmutender Kulisse entwickelt. Anhand der fiktiven Hauptfigur Aveline de Grandpré lassen sich aber auch eine ganze Reihe gesellschaftspolitischer Themen diskutieren – von den historisch-politischen Rollen von Frauen bis hin zu Avelines spezifischer Darstellung als »Free Woman of Colour« im kolonialen Amerika. Ausschlaggebend für den Lernprozess ist hier vor allem eine passende pädagogische Rahmung. Aus diesem Potenzial schöpft auch die »Assassin’s Creed Discovery Tour«, mit der Spieleanbieter Ubisoft nachfolgenden Ablegern der Reihe ein eigenes Bildungsangebot beifügte. Nicht zu unterschätzen sind zudem spielinterne Gestaltungsmöglichkeiten als Basis aktiver inhaltlicher Auseinandersetzung. Viel Medienaufmerksamkeit erhielt z. B. das »Voices of the Forgotten Holocaust Museum«, das der jüdische Spieleentwickler Luc Bernard als virtuellen Ort im populären Online-Spiel »Fortnite« (Epic, 2017) erschaffen hat.

Learning Nummer Drei: Insbesondere beim Entwickeln eigener Spielideen entfalten Games ihr volles Vermittlungspotenzial. Bei den Game-Design-Workshops von »Let’s Remember!« haben Schulklassen während des Besuchs von Gedenkort in Kleingruppen eigene Spielideen und -prototypen erarbeitet. Dafür mussten sie sich mit den Möglichkeiten und Grenzen der Interaktivität auseinandersetzen, historische Inhalte (z. B. Biografien von Opfern und Tätern) diskutieren sowie involvierende und gleichzeitig sensible Probleme definieren, die im Rahmen eines Spiels gelöst werden müssen. Pädagogisch begleitet bietet dieser

Spiele haben schon immer eine kulturelle Praxis zum Verständnis von Gegenwart und Geschichte gebildet – selbst in extremen Lebensrealitäten wie der Shoah

Prozess viele Gesprächsanlässe in Bezug auf historische Handlungsspielräume, Verantwortung, Geschichtlichkeit sowie eine Ethik des Erinnerns.

Gerne wird auf das Standardwerk »Homo Ludens« des niederländischen Kulturanthropologen Johan Huizinga (1872-1945) verwiesen, wenn es zu beweisen gilt, dass das Spiel von allen »ernsten« Aspekten unseres Alltags (Politik, Recht etc.) grundsätzlich getrennt sei. Das ist jedoch ein Missverständnis. Alles – unsere gesamte Kultur – ist Produkt des Spielens. Nicht der »Ernst« des Spielthemas ist entscheidend, sondern die Abwesenheit »ernster« Konsequenzen. Spiele sind ein geschützter Raum, in dem sich Gemeinschaften finden können und ohne zwingende Folgen für ihren Alltag alle möglichen Positionen, Handlungen und Ideen spielerisch erproben können. Aus diesem Grund sind auch Gaming-Communitys Orte der Erinnerungskultur und sollten in dieser Funktion gestärkt werden, was Learning Nummer Vier darstellt. Unterhaltung und ernste Auseinandersetzung sind nicht immer ohne Reibung, aber auch kein Widerspruch. Das haben die eingangs erwähnten Twitch-Streams veranschaulicht, die im Idealfall als Blaupause für mehr bildungspolitisches und zivilgesellschaftliches Engagement im Bereich der Gaming-Communitys dienen. Denn auch diese Räume sind durch Einflussnahme geschichtsrevisionistischer »Falschspieler« bedroht, denen eine freie Gesellschaft entgegentreten muss. Als Startpunkt dafür können bereits Diskussionen über erinnerungskulturelle Lücken in populären Computerspielen dienen, die verhindern, dass eben diese Lücken von Demokratiefeinden instrumentalisiert werden.

Erinnerung gilt es lebendig zu halten – auch mit Unterstützung der Gameskultur. »Let’s Remember! Erinnerungskultur mit Games vor Ort« trägt dazu nachhaltig mit einem Online-Themenportal bei, das sämtliche Angebote und Workshop-Materialien des Projekts versammelt und kostenfrei nutzbar macht. Für das Erinnern mit Games heißt es an dieser Stelle deshalb »Let’s Continue Remembering«!

Benjamin Hillmann ist Senior-Kommunikationsmanager der Stiftung Digitale Spielekultur

Weitere Informationen online unter: stiftung-digitale-spielekultur.de/themenportal



Musik im Film – unsere Dokus und Mitschnitte für Sie kostenlos auf nmz.de

aktuell: Der 6. Bundeskongress Musikunterricht in Kassel



Das Prinzip Frühling

Sharon Adler im Porträt

ANDREAS KOLB

Es gibt nicht sehr viele Webseiten aus den Anfangszeiten des World Wide Web, die seit einem Vierteljahrhundert online sind. AVIVA-Berlin.de ist ein solches »Brett« im Netz, um das die Suchmaschinen nicht herumkommen. Stichworte, mit denen man ganz sicher auf AVIVA stößt, sind Feminismus, jüdisches Leben in Deutschland, Antisemitismus, Gewalt gegen Frauen, aber auch Informationen zu Literatur, Kultur und Politik.

»Geschlechter-Ungerechtigkeiten, Equal Pay, all das wollte ich mit jüdischen Themen verbinden«, sagt die Journalistin und Fotografin Sharon Adler, Gründerin und Chefredakteurin des feministischen Online-Magazins. Das Netz war ihr nicht weiblich genug, die herkömmlichen Frauenmagazine und deren »Beauty und Fashion«-Ausrichtung zu schmalspurig, und so hatte sie 1999 ihr eigenes Magazin entwickelt. Adlers Zielgruppe waren und sind »politisch, wirtschaftlich und (multi-)kulturell interessierte Frauen«. Das Magazin hat Rubriken wie »Women + Work«, »Veranstaltungen in Berlin«, »Kunst + Kultur«, »Public Affairs« und »Jüdisches Leben«. Zur Bedeutung des Titels AVIVA sagt Adler: »Aviva ist ein Palindrom, das sich von hinten nach vorne gleich lesen lässt. Es ist Hebräisch und heißt Frühling. Tel Aviv heißt übersetzt »der Frühlingshügel.«

Sharon Adler zählt zur Zweiten Generation von Überlebenden nach der Shoah. Sie kam 1962 in Berlin zur Welt, wohin ihre Mutter nach Flucht- und Überlebensstationen in den Niederlanden, in einem Lager für displaced persons in Berlin Schlachtensee, in Haifa und später, nach ihrer Rückkehr aus Israel zurückgekehrt war. Sie verbrachte ihre Kindheit und Jugend in Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden. In den Sommerferien besuchte sie regelmäßig ihre Großmutter in Haifa. Seit 1983 lebt Sharon Adler wieder in Berlin, der ursprünglichen Heimatstadt ihrer Familie.

Ende der 1990er Jahre war Sharon Adler als Gründerin von AVIVA-Berlin.de Pionierin, heute würde man sie vielleicht Aktivistin nennen: eine, die sich für die Sichtbarmachung von Frauenbiografien, für interkulturelle Verständigung und gegen Antisemitismus

einsetzt. »Was mir wichtig war und wichtig ist: diesen beschränkten Blick auf die Zeit zwischen 1933 und 1945 zu weiten. Egal ob im Geschichtsunterricht, im Kunstunterricht, im Musikunterricht und überhaupt im öffentlichen Leben, man begegnet nur selten Geschichten, die auch von heute lebenden Jüdinnen und Juden erzählen. Das wollte ich ändern.«

Spätestens nach dem Jubiläumsjahr »1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland« 2021 ist es ins öffentliche Bewusstsein gedrungen, dass Judentum und jüdische Menschen in Deutschland gewirkt haben und mit großen Anteilen zur Entwicklung des Landes in verschiedensten Bereichen wie Medizin, Forschung, Kultur, Politik und Gesellschaft beigetragen haben. »Nirgends kam die Lebensgeschichte von Bertha Pappenheim vor«, das nimmt Adler als ein Beispiel für viele, »die Gründerin des Jüdischen Frauenbundes. Oder die liberale Sozialreformerin Alice Salomon, die maßgeblich an der Entwicklung der allgemeinen Frauenrechte in Deutschland beteiligt war und nach Flucht und Vertreibung vergessen in Brooklyn/New York starb. Das wissen bis heute die wenigsten. Das hat mich einfach genervt.«

Ende der 1990er Jahre war Sharon Adler Pionierin, heute würde man sie vielleicht Aktivistin nennen

Gleich zu Beginn hatte das Online-Magazin viel Presse und bis heute gibt der Erfolg Adler recht. »Es ist ein Herzensprojekt, wie alles, was ich tue.« In den Anfangszeiten der AVIVA-Berlin.de, ihre Tochter war damals noch ganz klein, musste dazugearbeitet werden, bei einer Presseauschnitt-Agentur etwa oder auch als Fotografin. Später erweiterten sich ihre Tätigkeitsfelder, heute ist sie außerdem als Moderatorin tätig, wie jetzt am 11. Dezember bei einer ganztägigen Fachtagung in Berlin zum Thema »Lehrkräfte gegen Antisemitismus stärken« oder vor Kurzem bei dem Symposium »Macht und Ohnmacht – Von Machtlosigkeit, Resilienz und Selbstermächtigung« des Leo Baeck Institutes – New York | Berlin.

Sharon Adler schreibt nicht nur fürs eigene Magazin, sondern auch für andere Medien, unter anderem Kommentare fürs Politische Feuilleton im Deutschlandfunk Kultur. Immer geht es ihr dabei um eine Sichtbarmachung jüdischer Themen. »Ich habe einfach den Drang das auszusprechen, wenn es heute zum Beispiel um die Entsolidarisierung von sogenannten queer-feministischen Gruppen mit den Jüdinnen in Deutschland und den Menschen in Israel geht, die am 7. Oktober 2023 Opfer wurden von sexualisierten Gewaltverbrechen. All das versuche ich über alle möglichen Kanäle in meiner Arbeit sichtbar zu machen.«

Im Jahr 2012 startete Adler ein Projekt, das jüdische Frauen aus aller Welt dazu einlud, Biografien jüdischer Frauen in Berlin zu schreiben: »Jüdische Frauengeschichte(n) in Berlin – Writing Girls«. Es ging darum, die Vielfältigkeit jüdischen Lebens und des Judentums in Berlin zu zeigen und Frauen zu porträtieren, die zu Unrecht vergessen waren. Die Autorinnen des Projekts kamen aus der ehemaligen Sowjetunion, Israel, Frankreich, Chile und den USA. Die entstandenen Artikel wurden auf AVIVA-Berlin.de veröffentlicht.

Acht Jahre später wurde die freie Journalistin und Fotografin Mit herausgeberin der Reihe »Jüdinnen in Deutschland nach 1945. Erinnerungen, Brüche, Perspektiven«, die seit 2020 im Deutschland Archiv Online der Bundeszentrale für politische Bildung erscheint. Sharon Adler: »Ich führe das Projekt gemeinsam mit Anja Linnekugel, Referentin Fachbereich Print/Redaktion Deutschland Archiv, durch. Sie ist die Initiatorin des Projekts und hat mich als Jüdin Ende 2019, nach dem Anschlag in Halle an Yom Kippur und mit Blick auf das Jubiläumsjahr »100 Jahre Frauenwahlrecht« dazu eingeladen, dieses Projekt mit ihr zu gestalten und herauszugeben. Und weiter: »Im Rahmen der Reihe sind Aufsätze von Historikerinnen und weiteren Wissenschaftlerinnen sowie Interviews mit Zeitzeuginnen verschiedener Epochen/Generationen/Herkunftsländer veröffentlicht bzw. geplant. Unser Ziel ist es auch, Situation, Herausforderungen der Jüdinnen in Deutschland nach 1945 nach ihrer Rückkehr aus der Emigration, den Lagern oder dem Versteck und das Engagement und die Situation dieser Generation und ihrer Nachkommen mit Blick auf die Töchter und



Sharon Adler

FOTO: SHLOMIT LEHAVI

Enkelinnen bis heute sichtbar zu machen. Außerdem ist geplant, diese Texte später als Buch innerhalb der Schriftenreihe der bpb zu publizieren.«

Sharon Adler ist seit 2013 ehrenamtliche Vorsitzende der »Stiftung Zurückgeben«, einer Stiftung zur Förderung jüdischer Frauen in Kunst und Wissenschaft, die sich seit 1994 einerseits für die Rückgabe in der NS-Zeit enteigneter Wertgegenstände von Jüdinnen und Juden engagiert und andererseits jüdische Frauen mit Stipendien fördert, um Projekte wie Filme, Literatur oder Forschungsarbeiten zu realisieren. Die »Stiftung Zurückgeben« wird zu Adlers Bedauern bis heute nicht institutionell gefördert und ist ausschließlich auf Spenden angewiesen.

Woher nimmt Sharon Adler die Energie und den Mut für ihre unbequeme und fordernde Arbeit? Vielleicht daher, dass sie auch anderen Themen gegenüber nicht abgeneigt ist, dass sie neben der serious side auch ihre easy side lebt. Im Bildband »Damenwahl. Frauen und ihre Autos« beleuchtet Sharon Adler etwa das spannende Verhältnis von 40 Fahrerinnen zu ihren mobilen Gefährten: »Ich habe Frauen kennengelernt, die hatten zwei Autos oder sogar mehr. Wie die Unternehmerin und Rallyefahrerin Heidi Hetzer natürlich. Aber ich habe zum Beispiel auch eine

Jette Joop getroffen, von der ich vorher gar nicht wusste, dass sie mal in Los Angeles Car Design studiert hat. Sie steuerte einen super-feministischen Text über die fehlenden Frauen in der Formel 1 bei.«

Aktuell arbeitet Sharon Adler gemeinsam mit der Künstlerin Shlomit Lehavi und der Provenienzforscherin Ulrike Saß in dem Projekt »Sichtbar machen – Spuren jüdischen Engagements im MdbK« daran, die Namen und Geschichten von wegweisenden Leipziger jüdischen Akteurinnen und Akteuren und ihr zivilgesellschaftliches Engagement in das Museum der bildenden Künste Leipzig und das öffentliche Bewusstsein zurückzubringen. Dazu recherchiert sie zu jüdischen Sammlerinnen und Sammlern, zu Mäzeninnen und Mäzenen sowie zu Künstlerinnen und Künstlern im Umfeld des MdbK. 2025 ist Ausstellungseröffnung.

Für das Jahr 2025 konzipiert Sharon Adler aktuell einen Podcast. Mehr wird an dieser Stelle noch nicht verraten. Informationen über die Aktivitäten und die Projekte von Sharon Adler unter: aviva-berlin.de, stiftung-zurueckgeben.de, bpb.de/318092 sowie mdbk.de/provenienzforschung.

Andreas Kolb ist Redakteur von Politik & Kultur

Dichten gegen ein unmenschliches System

Eine traurige und doch Mut machende Weihnachtsbotschaft

JOHANN HINRICH CLAUSSEN

Wenn ich auf dieses Jahr zurückblicke und mich frage, welcher Moment mir vor allem in Erinnerung bleiben wird, fällt mir sofort Hoheneck ein. Im Sommer war ich dort, stand im düsteren Hof des Schlosses, in dem kurz darauf vom Bundespräsidenten eine im Aufbau befindliche Gedenkstätte eingeweiht wurde. Lieber spät als nie. Hoheneck im Erzgebirge war von 1945 bis 1990 ein Schreckensort für Frauen. Politisch unangepasste, widerständige, ausreisewillige Frauen oder schlicht Zufallsoffer wurden hier unter unmenschlichen Bedingungen inhaftiert.

Eine von ihnen war Edeltraut Eckert. 1950 hatte die Zwanzigjährige mit Freunden regimekritische Flugblätter transportiert. Sie war katholisch geprägt und von einem großen Freiheitswunsch erfüllt. Wegen ihrer Flugblattaktion wurde sie zu 25 Jahren

Arbeitslager verurteilt. Bevor sie 1958 hätte vorzeitig entlassen werden können, fiel sie 1955 einem Arbeitsunfall zum Opfer und damit dem System: Der Arbeitsdruck war zu hoch, die Arbeitssicherheit zu niedrig, die medizinische Behandlung wurde verzögert und blieb mangelhaft. Sie starb einen überaus schmerzzerfüllten und einsamen Tod. Ihr Leichnam wurde eingäschert und heimlich beigesetzt, die Familie nachträglich und mit größtmöglicher Kälte informiert.

Immer schon hatte Edeltraut Eckert geschrieben, gedichtet und komponiert. Damit behauptete sie sich selbst, die eigene Stimme, ihre Seele. Ihre Gedichte sind liedhaft und romantisch, widmen sich traditionellen Motiven wie den Jahreszeiten, der Nacht, Träumen, Liebe und der Suche nach Glück, dem Sinn des Lebens und dem Tod. Man spürt beim Lesen einen feinen Sinn für Rhythmus und

Reim, Melodie und Metapher, auch wenn vieles wenig originell oder modern erscheinen mag. Man fragt sich, was für eine Autorin aus Eckert hätte



werden können, wenn sie in Freiheit gelebt, die Literatur ihrer Zeit gelesen und sich mit anderen Autorinnen ausgetauscht hätte. Doch wichtiger als ein literaturgeschichtliches Urteil ist die Menschlichkeit, die sich in diesen Versen ausspricht und gegen das unmenschliche System behauptet. Deshalb waren ihre Gedichte nicht nur für sie selbst überlebenswichtig, sondern auch für ihre Mitgefangenen, die einige von ihnen aufschrieben,

auswendig lernten, gemeinsam aufsagten oder sangen. Auffällig ist, dass in Eckerts Versen die unmittelbare Gegenwart nicht vorkommt: »Der harschen, puren Knast-Existenz, der sie täglich real ausgesetzt ist, verwehrt sie den Eingang ins Gedicht«, schreibt Ines Geipel im Nachwort eines Auswahlbandes. Denn dieses soll – ähnlich einem Gebet – höchstpersönlicher Schutz- und Imaginationsraum sein, in dem das Böse keinen Platz und keine Macht hat. Doch lässt sich nicht übersehen, wie die Verse mit der Zeit dunkler werden.

Jetzt, mit Blick auf Weihnachten, habe ich mir den schmalen Band mit ihren Gedichten wieder vorgenommen. Denn von 1950 bis 1953 hat Eckert jeweils ein Gedicht für Heiligabend geschrieben. Dunkle Verse sind dies, denen man Einsamkeit, Schmerz und Angst abspürt, aber auch die Liebe zu ihren Nächsten leuchtet aus

ihnen und manchmal auch eine ganz leise Hoffnung. Ein unbedingter Ernst begegnet mir hier. Eckerts intensive Weihnachtssehnsucht macht mir die Bedeutung des höchsten Festes der Christenheit wieder neu bewusst.

Ein paar Verse für den 24. Dezember 1950: »Ihr zündet daheim jetzt die Kerzen an, / ein flackernder Tanz kleiner Sonnen, / ein leises Duften von Raureif und Tann / hält euch so innig umspinnen // Mit heißen Augen schau ich ins Licht, / eh ich zum Gehen mich rüste, / denn mit euch gehen kann ich jetzt nicht, / weil ich sonst weinen müsste.« Oder für Heiligabend 1953: »Da alles Leid und alle Klagen / sich stillen und zur Ruhe gehen, / wenn Weihnachtsglocken Frieden sagen / und deine Augen Frieden sehen. // Du sollst nicht zweifeln, dass es werde, / siehst du zur Nacht auch keinen Schein, / denn neues Licht kommt auf die Erde / und du musst stark und gläubig sein.«

Johann Hinrich Claussen ist Kulturbbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland

ZUR PERSON ...

Florian Roth zum neuen Kulturreferenten der Stadt München gewählt
Der bisherige ehrenamtliche Stadtrat Florian Roth wurde zum neuen Kulturreferenten von München gewählt. Mit 40 von 79 gültigen Stimmen der Vollversammlung des Stadtrats konnte er die Stichwahl für sich entscheiden. Er tritt am 1. Juli 2025 die Nachfolge von Anton Biebl an, der das Referat seit Juli 2019 leitete. Florian Roth war von 2012 bis 2022 Vorsitzender der Fraktion Die Grünen – Rosa Liste. Aktuell ist er Leiter der städtischen Bildungsberatung und Dozent für Philosophie an der Volkshochschule.

Nele Hertling erhält Deutschen Theaterpreis DER FAUST 2024 für das Lebenswerk
Die Theaterdirektorin Nele Hertling wurde mit dem diesjährigen Preis für das Lebenswerk des Deutschen Theaterpreises DER FAUST ausgezeichnet. In der Begründung der Jury heißt es, sie gelte als Erfinderin der Freien Szene und habe maßgeblich zur Förderung des Tanztheaters in Deutschland beigetragen. Nele Hertling wurde 1934 in Berlin geboren und studierte Germanistik und Theaterwissenschaft an der Humboldt-Universität. Von 1989 bis 2003 leitete sie als erste Intendantin eines Theaters in Berlin das Hebbel-Theater, welches außerdem das erste Theater für internationale Performance-Kunst der Stadt war. Bis heute ist sie Direktorin der Sektion Darstellende Kunst der Akademie der Künste Berlin und engagiert sich für kulturpolitische Initiativen.

Nicolas Stemann wird neuer Intendant des Bochumer Schauspielhauses
Nicolas Stemann wird zum Beginn der Spielzeit 2027/2028 neuer Intendant des Schauspielhauses Bochum. Er war zuletzt von 2019 bis 2024 Co-Intendant des Zürcher Schauspielhauses. 1968 in Hamburg geboren, wurde Nicolas Stemann unter anderem am Max-Reinhardt-Seminar in Wien ausgebildet. Vor seiner Zeit als Intendant in Zürich war er als freier Regisseur an Häusern wie dem Thalia Theater Hamburg, am Deutschen Theater Berlin oder bei den Salzburger Festspielen tätig. In Bochum folgt er auf Johan Simons, der das Haus seit 2018 leitet und seinen Vertrag um ein Jahr bis 2027 verlängert, bis Stemann übernehmen kann.

Andreas Karlaganis künftiger Generalintendant des Düsseldorfer Schauspielhauses
Der Aufsichtsrat des Düsseldorfer Schauspielhauses und die Gesellschafter, das Land Nordrhein-Westfalen und die Landeshauptstadt Düsseldorf, haben Andreas Karlaganis als neuen Generalintendanten des Düsseldorfer Schauspielhauses berufen. Damit wird er ab der Spielzeit 2026/2027 für fünf Jahre die Nachfolge von Wilfried Schulz antreten. Zuletzt war Andreas Karlaganis leitender Dramaturg und stellvertretender künstlerischer Direktor am Wiener Burgtheater.

Christian Höppner als Präsident des Deutschen Tonkünstlerverbandes wiedergewählt
Auf der turnusmäßigen Jahrestagung des Deutschen Tonkünstlerverbandes hat die Bundesdelegiertenversammlung mit 97 Prozent Christian Höppner als Präsidenten wiedergewählt. Die gewonnene Einigkeit des größten Dachverbandes der Musikberufe nach dem Abschluss der Reformprozesse sei für die Verbesserung der Rahmenbedingungen freiberuflicher Tätigkeit dringend notwendig, erklärte Christian Höppner.

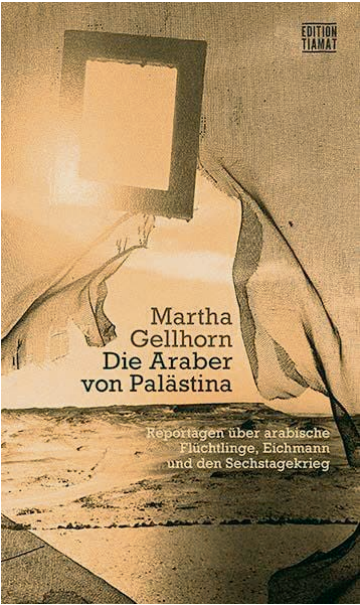
Nach wie vor aktuell

Reportagen von Martha Gellhorn

Die amerikanische Kriegsreporterin Martha Gellhorn reiste u. a. 1961, 1963 und 1967 nach Israel. Das von Klaus Bittermann herausgegebene Buch »Die Araber von Palästina« versammelt Reportagen von Gellhorn aus palästinensischen Flüchtlingslagern, dem Eichmann-Prozess in Jerusalem und vom Sechstagekrieg. Den größten Raum nehmen die Reportagen aus den Flüchtlingslagern ein. Gellhorn besuchte Lager im Libanon, in Syrien, im Westjordanland, seinerzeit zu Jordanien zählend, und dem Gaza-Streifen, der von 1948 bis 1967 unter ägyptischer Kontrolle war. Sie reiste mit Mitarbeitern der UNRWA in die Lager und interviewte Menschen, die dort lebten. Immer wieder wirft sie die Frage auf, warum die Menschen sich noch in Flüchtlingslagern befinden, warum sie nicht längst Teil der libanesischen, der syrischen, der ägyptischen oder der jordanischen Gesellschaft sind. Wird doch die gleiche Sprache gesprochen, wird doch zum gleichen Gott gebetet. Wiederholt fragt sie, warum die Zahl der Flüchtlinge wächst, obwohl niemand mehr flieht, sondern vielmehr der Flüchtlingsstatus vererbt wird. Die Rolle des UNRWA hinterfragt sie. Ganz besonders treibt sie die Frage um, welche Rolle das UNRWA spielt, damit der Flüchtlingsstatus der Palästinenser aufrechterhalten bleibt. Als Vergleich zieht Gellhorn die Millionen an Flüchtlingen in Europa heran, die sich Anfang der 1960er Jahre mehr oder weniger freiwillig mit dem Verlust ihrer Heimat abfinden mussten.

Bitter konstatiert Gellhorn Mitte der 1980er Jahre, als sie ihre Aufzeichnungen von 1961 sichtet, dass es trotz massiver Hilfszahlungen aus den westlichen Ländern den Palästinensern schlechter geht als vor 20 Jahren und kein arabisches Land sie aufnehmen will. Der zweite Teil des Buches befasst sich mit dem Eichmann-Prozess in Jerusalem. Gellhorn wohnte dem Prozess über einen langen Zeitraum bei. Die Schilderungen der Shoah-Opfer, Gespräche, die sie mit ihnen führt, und vor allem das Verhalten und die Ausführungen von Adolf Eichmann schildert sie eindrücklich. Das Buch ist hochaktuell und sehr lesenswert. Gabriele Schulz

Martha Gellhorn. Die Araber von Palästina. Reportagen über arabische Flüchtlinge, Eichmann und den Sechstagekrieg. Berlin 2024



Archive, Bibliotheken, Museen, Gedenkstätten

Geschichte und Gegenwart: Orte jüdischen Lebens

Die beiden Autoren, eine Diplombibliothekarin und ein Historiker, dokumentieren auf lebendige Weise Institutionen, die sich der Geschichte und dem Erhalt jüdischen Lebens sowie ihrem kulturellen Vermächtnis verpflichtet haben. Wer immer sich auf die Suche nach jüdischen Spuren in Geschichte und Gegenwart begeben möchte, der dürfte in diesem praktischen Nachschlagewerk und in den vorgestellten 188 deutschen, österreichischen und Schweizer Initiativen und Institutionen mit umfangreichen Archiv- und Sammlungsbeständen fündig werden. Teilweise blicken sie auf eine lange Tradition zurück; die meisten aber entstanden seit den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts und vermehrt in den letzten Jahren. Diese aktuelle Bestandsaufnahme (bis 2023) berücksichtigt auch Projekte zur Erforschung jüdischer Friedhöfe sowie kleinere Institutionen, die oft lokal von großer Bedeutung sind. Alle Institutionen werden alphabetisch nach Orten und Ländern (169 in Deutschland, 12 in Österreich und 7 in der Schweiz) vorgestellt und in der Regel von dort tätigen Mitarbeitenden vorgestellt (mit persönlichen Kontaktangaben, darunter E-Mail-Adressen). Zur Einführung widmen sich Überblicksartikel Jüdischen Museen, Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus,

Dokumentationen jüdischer Friedhöfe und der Arbeitsgemeinschaft Jüdische Sammlungen in Deutschland. Empfehlenswert für alle, die Kontakt suchen und Netzwerke bilden wollen zu ausgewiesenen Institutionen, die sich mit wissenschaftlichem Anspruch jüdischer Geschichte und Kultur widmen. Thomas Schulte im Walde

Karin Bürger und Ortwin Pelc (Hg.). Jüdisches Leben in Erinnerung und Gegenwart. Archive, Bibliotheken, Museen, Gedenk- und Forschungsstätten im deutschsprachigen Raum. Göttingen 2023



Eindrucksvoll

Momentaufnahmen aus Israel vor der Staatsgründung

Gabriele Tergit war eine bekannte Gerichtsreporterin im Berlin der 1920er Jahre. Als Jüdin musste sie 1933 aus Deutschland fliehen. Sie floh zuerst in die Tschechoslowakei und von dort aus in das britische Mandatsgebiet Palästina. Von November 1933 bis 1938 lebte sie in Tel Aviv, danach weiter im Exil in London. Größere Bekanntheit erhielt sie in den letzten Jahren durch ihre Romane »Effingers«, erstmals erschienen 1951, 2019 bei Schöffling neu aufgelegt, und »Käsebier erobert den Kurfürstendamm«, erstmals 1931 erschienen, 2016 neu ebenfalls bei Schöffling aufgelegt. In diesem Jahr erschien »Im Schnellzug nach Haifa«. Es sind Reportagen, Momentaufnahmen und kleine Miniaturen über Menschen, die wie sie neu in Palästina sind, von Exilierten und von Menschen, die bereits lange in jenem Gebiet leben, das über Jahrhunderte Teil des Osmanischen Reichs war und seit 1917 zum britischen Mandatsgebiet zählte. Tergit schreibt über die junge Stadt Tel Aviv, über das religiös aufgeladene Jerusalem, über die Wirtschaftsstadt Haifa. Sie schreibt auf Deutsch, die Sehnsucht nach Berlin, ihrer Heimatstadt, Deutsch als ihrer Heimatsprache schimmert ebenso durch wie Faszination für die neue Welt, der sie sich zugehörig und von der sie sich zugleich abgestoßen fühlt. Ihre Geschichten sind zum Teil kurze Sätze mit einem oder zwei Absätzen oder auch längere Texte. Stets fein

beobachtet, mit einer gewissen Ironie und Feinsinn, aber nie zuspitzend oder verletzend. Der Stil der Neuen Sachlichkeit ist prägend. Tergit selbst konnte in Palästina nicht Fuß fassen, zu sehr war sie Europa und dem deutschen Sprachraum verhaftet. Nach Deutschland kehrte sie als verfolgte Jüdin allerdings nicht wieder zurück, sondern lebte in London, wo sie unter anderem für den Deutschen P.E.N. im Exil tätig war. Wer mehr wissen möchte über Israel vor der Staatsgründung, von der diversen Gesellschaft, von dem Ringen um eine Heimstatt für die verfolgten Juden, dem sei dieses Buch wärmstens ans Herz gelegt. Gabriele Schulz

Gabriele Tergit. Im Schnellzug nach Haifa. Frankfurt/Main 2024



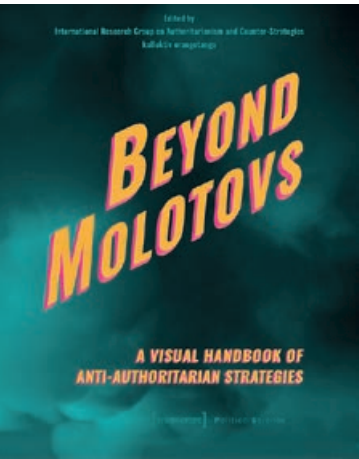
Kreativer Widerstand

Antiautoritäre Strategien heute

Beyond Molotovs« ist ein interdisziplinäres und visuelles Werk, das sich mit der Frage auseinandersetzt, wie man sich gegen autoritäre Strukturen zur Wehr setzen kann. Das von der International Research Group on Authoritarianism and Counter-Strategies und dem Kollektiv orangotango herausgegebene Buch versammelt über 50 Beiträge aus den Bereichen Aktivismus, Kunst und Wissenschaft, die die affektiven und künstlerischen Dimensionen des Widerstands beleuchten. Ein zentrales Thema des Buches ist, dass autoritäre Regime nicht nur durch Zwang, sondern auch durch die Manipulation von Gefühlen agieren. In einer Zeit, in der politische Debatten emotional aufgeladen sind, zeigt das Buch, wie Widerstand zunehmend durch Kunst, Graffiti und subversive Internetkultur stattfindet. Diese Formen des Widerstands sind nicht nur politischer Protest, sondern auch kreative Akte der Rebellion. Gerade in einer Zeit, in der autoritäre Tendenzen weltweit zunehmen, ist dieses Buch von besonderer Relevanz. Dabei geht es nicht nur um direkten Widerstand, sondern auch um die Schaffung alternativer, emanzipatorischer Räume. Beispiele wie feministische Graffiti in Indien oder Kunstprojekte in Hongkong zeigen, dass Widerstand zunehmend auch kulturelle und symbolische Dimensionen annimmt. Besonders hervorzuheben ist die Betonung der räumlichen Dimension von Widerstand. In einer Welt, in der öffentliche und digitale Räume immer

wichtiger werden, zeigt »Beyond Molotovs«, wie diese Räume politische Kämpfe prägen. Yvonne de Andrés

International Research Group on Authoritarianism and Counter-Strategies/kollektiv orangotango (eds.). Beyond Molotovs – A Visual Handbook of Anti-Authoritarian Strategies. Bielefeld 2024



PERSONEN & REZENSIONEN

Politik & Kultur informiert über aktuelle Personal- und Stellenwechsel in Kultur, Kunst, Medien und Politik. Zudem stellen wir in den Rezensionen alte und neue Klassiker der kulturpolitischen Literatur vor. Bleiben Sie gespannt – und liefern Sie gern Vorschläge an redaktion@politikkultur.de.

Politik & Kultur



Chanukka-Leuchter vor dem Brandenburger Tor in Berlin (2020)

THEMA

Nichts ist mehr, wie es war

Jüdisches Lebens in Deutschland zwischen Autonomie, Partikularismus, Anpassung und Widerständigkeit

OLAF ZIMMERMANN

Das jüdische Leben in Deutschland ist in der jüngsten Vergangenheit von tiefen Einschnitten geprägt. Ein solcher Einschnitt war der Anschlag auf die Synagoge in Halle (Saale) am 9.10.2019. Am höchsten jüdischen Feiertag, Jom Kippur, versuchte ein rechtsradikaler Attentäter in die Synagoge einzudringen mit dem Plan, die Synagogenbesucherinnen und -besucher zu töten. Die schwere Eichentüre hielt – zum Glück. Vor der Synagoge tötete der Attentäter dennoch zwei Menschen. Dieser Anschlag machte einmal mehr deutlich, wie gefährdet jüdisches Leben in Deutschland heute ist.

Kulturstaatsministerin Monika Grütters kam nach dem Anschlag auf die Initiative kulturelle Integration zu und regte an, gemeinsam gegen die Gefährdung jüdischen Lebens in Deutschland die Stimme zu erheben. Die Initiative kulturelle Integration war 2016 mit dem Ziel gegründet worden, Zusammenhalt in Vielfalt zu zeigen und zu unterstützen. Initiatoren der Initiative kulturelle Integration sind neben dem Deutschen Kulturrat die Kulturstaatsministerin, das Bundesministerium des Innern und für Heimat, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung. Mitglieder sind neben den genannten Initiatoren die Kulturministerkonferenz, die kommunalen Spitzenverbände, die Sozialpartner, die Religionsgemeinschaften, die Medien und zivilgesellschaftliche Organisationen.

Der Zentralrat der Juden, der der Initiative kulturelle Integration ebenfalls angehört, konnte als Kooperationspartner für einen »Aktionstag« zum Gedenken an den Anschlag in Halle gewonnen

werden und ebenso der Beauftragte der Bundesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen den Antisemitismus, Felix Klein. Gemeinsam kamen wir überein, dass es kein Gedenktag werden sollte, der am 9. Oktober in Halle (Saale) begangen wird, sondern im Gegenteil die Chance ergriffen werden sollte, das jüdische Leben in seiner Vielfalt zu zeigen: orthodox, liberal, migrantisch, israelisch, queer, säkular, alt, jung, familiär, an Gemeinden gebunden oder nicht, so vielfältig und unterschiedlich, wie das jüdische Leben in Deutschland ist.

Als Erstes wurde, noch unter den erschwerten Bedingungen der Coronapandemie, ein Fotowettbewerb gestartet. Jede und jeder konnte sich daran beteiligen, jede und jeder war aufgerufen mitzumachen – egal, ob jüdisch oder nicht. Über 600 Fotos wurden eingereicht, und es wurde genau das eingelöst, was intendiert war: Die Vielfalt jüdischen Lebens wurde sichtbar. Der Jury fiel es schwer, die zehn Siegerbilder auszuwählen. Besonders schön war es, dass die zehn ausgezeichneten Bilder im Nachgang in einer Wanderausstellung an 30 verschiedenen Orten in Deutschland zu sehen waren. In einer Polizeiakademie, in Volkshochschulen, in Schulen, in Kirchen usw. Überall dort und in der Online-Ausstellung konnte ein Eindruck von der Vielfalt jüdischen Lebens gewonnen werden.

Gleiches galt für den Schreibwettbewerb, der 2022 ausgelobt wurde. Auch hier hatte die hochkarätig besetzte Jury die Qual der Wahl, aus den zahlreichen sehr unterschiedlichen Einreichungen die zehn Gewinnertexte auszuwählen. Den ersten Preis erhielt im Übrigen Dana Vowinkel, die im Jahr 2023 mit ihrem Roman »Gewässer im Ziplock« reüssierte. Lesungen aus den

Texten fanden beim Deutschen Evangelischen Kirchentag in Nürnberg sowie bei verschiedenen anderen Veranstaltungen statt.

Im Jahr 2023 wurde ein Poetry-Slam-Wettbewerb ausgeschrieben. Und erneut wurden sehr unterschiedliche Arbeiten eingereicht, die vom innerjüdischen Diskurs, von Fragen, wo und was Heimat ist, von Freundschaften und anderem mehr handelten. Zehn Siegertexte wurden ausgewählt und der 9. Oktober wurde als Tag der feierlichen Prämierung ausgewählt. Alle freuten sich auf eine fröhliche und zugleich feierliche Prämierung.

Im Kulturbereich wird seither darum gerungen, wie mit latentem oder auch offensichtlichem Antisemitismus umgegangen werden kann

Dann der Einschnitt: Am 7. Oktober 2023 überfiel die Terrororganisation Hamas den Süden Israels mit der Absicht, bis nach Tel Aviv vorzudringen. Über tausend Menschen wurden, teils bestialisch, getötet. Über 250 Menschen wurden als Geiseln in den Gaza-Streifen verschleppt. In Deutschland, speziell in Berlin-Neukölln, tanzten Menschen auf der Straße und feierten die Hamas. Unfassbar!

In Absprache mit dem Zentralrat der Juden fand die Prämierung dennoch am 9. Oktober statt. Gleichwohl: Die Leichtigkeit war dahin und jeder spürte, das

ist ein Einschnitt, der für das jüdische Leben in Deutschland tiefgreifend ist.

Seither ist vieles passiert: Wohnungen von Jüdinnen und Juden wurden markiert, jüdische Studierende wurden zusammengeschlagen, Boykotte gegenüber israelischen Künstlerinnen und Künstlern haben stark zugenommen, die Sicherheitsmaßnahmen für jüdische Einrichtungen und Persönlichkeiten des jüdischen Lebens mussten nochmals deutlich verstärkt werden. Nichts ist mehr, wie es war.

Und ich will es hier ganz deutlich schreiben: Ich schäme mich für die Boykotte gegen israelische Künstlerinnen und Künstler und gegen israelische Kultureinrichtungen von deutschen Kulturverantwortlichen. Haben wir denn überhaupt nichts aus unserer Geschichte gelernt?

Die Feierlichkeiten zu 1700 Jahre jüdischen Lebens in Deutschland, die im Jahr 2021 begangen wurden, scheinen Äonen entfernt zu sein, obwohl gerade sie die Chance boten, die Vergangenheit, aber vor allem die Gegenwart des vielfältigen jüdischen Lebens kennenzulernen und zu erleben.

Im Kulturbereich wird seither darum gerungen, wie mit latentem oder auch offensichtlichem Antisemitismus umgegangen werden kann. Ob es staatlicher Regularien bedarf oder ob Selbstverpflichtungen der bessere Weg sind? Ob Künstlerinnen und Künstlern, die mit der BDS-Bewegung (Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen gegen Israel) sympathisieren, ein Podium geboten werden sollte? Wie mit Protesten bei Ausstellungseröffnungen oder anderen Veranstaltungen umgegangen werden soll? Wie ein Dialog möglich sein kann? Die Fronten sind vielfach verhärtet.

Vor diesem Hintergrund wurde gemeinsam die bewusste Entscheidung getroffen, zum 5. Jahrestag des Anschlags auf die Synagoge in Halle keinen Wettbewerb durchzuführen. Es wurde vielmehr eine gemeinsame Tagung am 18. November im Jüdischen Museum Frankfurt veranstaltet, die Raum für Reflexionen und Diskussion bot: Gedanken zu Autonomie, Partikularismus, Anpassung und Widerständigkeit jüdischen Lebens in Deutschland. Der 7. Oktober 2023 und alles, was danach geschah, stand greifbar im Raum. Es wurde sich intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, wie jüdisches Leben in Deutschland aktuell gelingen kann. Hanna Veiler, Präsidentin der Jüdischen Studierendenunion, brachte auf den Punkt, was die Debatte so schwer macht. Sie sagte, dass es nicht mehr gelinge, die Vielfalt jüdischen Lebens sichtbar zu machen. Jüdinnen und Juden würden homogenisiert, sie würden zu einer Gruppe, Unterschiede würden nicht wahrgenommen. Allenfalls werden einzelne jüdische Persönlichkeiten dazu genutzt, so Veiler, sie der vermeintlich homogenen Gruppe an Juden und Jüdinnen gegenüberzustellen.

Homogenisierung von Gruppen ist ein Einfallstor für Diskriminierung und Ausgrenzung. Einer solchen Diskriminierung tritt die Initiative kulturelle Integration entschieden entgegen. Sie steht für den Einsatz gegen Antisemitismus, Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Gemeinsam ist viel zu tun, um den Zusammenhalt in Vielfalt zu stärken.

Der Schwerpunkt in dieser Ausgabe von Politik & Kultur nimmt einzelne Aspekte unserer Tagung im Jüdischen Museum Frankfurt auf und führt sie weiter.

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Sprecher der Initiative kulturelle Integration

FOTO: PICTURE ALLIANCE/DPA-ZENTRALBILD | BRITTA PEDERSEN

Würde und Bürde der jüdischen Differenz

Gekürzte Form eines Vortrags in Frankfurt am 18.11.2024 im Rahmen der Konferenz »Jüdisches Leben in Deutschland im Spannungsfeld zwischen Anpassung und Autonomie«

NATAN SZNAIDER

»Judesein gehört für mich zu den unbezweifelbaren Gegebenheiten meines Lebens und ich habe an solchen Faktizitäten niemals etwas ändern wollen. Eine solche Gesinnung grundsätzlicher Dankbarkeit für das, was ist, wie es ist, gegeben und nicht gemacht, physei und nicht nomoi ist präpolitisch...«

Hannah Arendt

Ich spreche hier von Israel aus nach Deutschland. Mein Vortrag geht aus diesen Bruchlinien hervor. Es sind auch die Bruchlinien des Bürgers eines Staates, der die Moderne aus einer anderen Perspektive betrachtet als diejenigen, die hier in Deutschland leben. Dieses Denken zeigt die Bruchlinien zwischen Israel und Deutschland, aber auch die Bruchlinien zwischen dem Jüdischen und Nichtjüdischen. Mein Blick ist ein jüdischer Blick aus Israel. Israel hat sich nie als universales Projekt verstanden. Israel ist die partikuläre jüdische Lösung für ein partikulares jüdisches Problem. Diese Spannung der Moderne, die Spannung zwischen dem Allgemeinen und dem Spezifischen, macht sich an der Gegenwart der Juden fest. Antisemitismus, ob ein Gefühl, ein Ressentiment, eine Haltung, ein Gerücht oder gar nur ein Stereotyp oder Vorurteil über eine bestimmte soziale und kulturelle Gruppe, die Juden genannt wird, ist Teil der globalen Moderne. Antisemitismus ist keine Unstimmigkeit der Moderne, die durch Aufklärung behoben werden kann. Antisemitismus ist Teil der Aufklärung. Und ich will des Weiteren erörtern, warum das so ist. Wer sind diese Juden und Jüdinnen, denen so vieles übel genommen wird? Sind es konkrete Menschen, die als Juden oder Jüdinnen geboren wurden? Oder sind Juden und Jüdinnen Metaphern und stehen für etwas anderes?

Ich möchte das durch ein Bild erläutern. »Die unbekannte Welt nebenan.« So titelt der Spiegel im April 2019 sein Sonderheft über jüdisches Leben in Deutschland. Zwei Herren im besten Alter, in ein Gespräch vertieft, schauen sich an und reden, die Welt um sie herum scheint sie nicht zu interessieren. Eine gewöhnliche Alltagsszene? Ganz im Gegenteil. Die beiden sind nicht Teil der Welt. Sie scheinen die Wirklichkeit zu ignorieren und sind ganz auf sich selbst bezogen. Sie tragen abgewetzte Kleidung und Schuhe, Äußerlichkeiten interessieren sie offenbar nicht. Im Hintergrund ist der Hauseingang vermutlich einer Berliner Straße zu erkennen, darüber geblendet ein großer Da-



Das Cover von SPIEGEL Geschichte, Ausgabe 4/2019

vidstern. Das Foto macht sie sichtbar. Darum geht es. Die beiden sind unverkennbar Juden, sogenannte »Ostjuden«, Juden also, die aus Osteuropa nach Deutschland eingewandert sind, um dort zu bleiben, was dann auch ein Problem für andere, weniger sichtbare Juden wird. Denn diese Juden waren in der Tat erkennbar anders. Mit dem Begriff »Ostjude« im Gegensatz zu den unsichtbaren »Westjuden«, die geglaubt hatten, in eine neue Welt aufgebrochen zu sein, verbindet sich Sichtbarkeit, Tradition, Rückschritt, Partikularismus. Das mag auch der Blick des Fotografen gewesen sein. Sie sind deutlich anders als diejenigen Juden und Jüdinnen, die Teil werden wollen, die bekannt werden wollen. Damals wie heute müssen sie sich von Nichtjuden und Juden anhören, dass sie in Sprache, Kleidung sowie Riten und Gebräuchen partikular bleiben wollen, dass sie rückständig sind, anders als vielleicht der weise Nathan oder sein bekanntes Vorbild Moses Mendelssohn. Sie sind in einem Stammesdenken gefangen, aus dem man sich eigentlich befreien sollte. Und nach Maßstäben

der aufgeklärten Moderne sind sie tatsächlich rückständig. In den Augen derer, die sie als Fremde sehen, sind sie keine Europäer, sondern orientalische Fremdlinge, Semiten, die man nicht nur ablehnen kann, sondern zurückweisen muss. Ihre Sichtbarkeit macht sie verletzlich. Ihre offen praktizierte Religiosität, ihre traditionelle Kleidung, ihre Wohnverhältnisse verweisen auf weitere Unterscheidungen des Fort- und Rückschrittlichen. Die Sichtbarkeit dieser Merkmale löst bei anderen, unsichtbaren Juden, den Nachfolgern des weisen Moses Mendelssohn, der selbst noch ein sichtbarer Jude war, fast Panik aus. Diese glauben, im öffentlichen Raum ihren Partikularismus beherrschen und kontrollieren zu können. Diese Juden und Jüdinnen sind stolz auf ihre Assimilation, sie fühlen sich angekommen, sprechen ein klares Deutsch, führen Geschäfte, gehen auf Universitäten, schreiben Bücher und Zeitungsartikel, haben Liebschaften mit nichtjüdischen Menschen, feiern Weihnachten und fallen für das deutsche Vaterland. Manche konvertieren zum Christentum,

um auch religiös universell zu sein. Sie glauben fest an ihre Unsichtbarkeit als Juden und Jüdinnen. Sie können sich auf der Straße bewegen, ohne als Juden oder Jüdinnen erkannt zu werden. Sie wollen mit den Juden auf dem Bild möglichst wenig zu tun haben, denn sie verstehen sich als fortschrittlich und aufgeklärt. Diese Unsichtbarkeit aber erweist sich als Illusion, die auf dem Irrglauben beruht, unsichtbare Juden seien sicher vor den Angriffen der Nichtjuden. Sie glauben, dass man, geschützt von einer Tarnkappe, weniger angreifbar sei.

Viele der Reaktionen auf das Foto sind typisch für den Anti-Antisemitismus, vor allen die entrüstete Zurückweisung vieler Juden und Jüdinnen selbst. Juden sähen nicht so aus, heißt das mehr als verständliche Argument. Aber es ist auch ein Punkt, bei dem es sich lohnt, etwas zu verweilen. Juden und Jüdinnen sollen so aussehen, wie alle anderen Menschen. Und es stellt sich damit die Frage, warum es so viel Entrüstung von jüdischer Seite über dieses Foto gab. Warum sind sichtbar erkennbare Juden Klischeevorstellungen? Heißt das, dass »unsichtbare« Juden demnach das Gegenteil von Klischee oder Vorurteil bedienen, also »wahre« und »authentische« Juden sind? Diese Frage geht ins Herz der Aufklärung und der Rolle, die die Juden darin spielten. Natürlich verstehe ich die Versuchung, universell, europäisch, progressiv, inkludierend zu denken und zu fühlen. Sie ist auch mir nicht fremd. Sie ist aber auch eine Verlockung, die in ihrem eigenen Fortschrittsgedanken gefangen bleibt.

Und trotzdem: In dieser Falle der Aufklärung, der Gleichheit, verlangt man von Juden die Unsichtbarkeit. Sie sollen sein wie alle anderen Menschen auch. Das ist sehr deutlich, wenn es um

Ich glaube, dass Juden eine ganz klare jüdische Position entwickeln müssen, die autonom ist

unser jüdisches Aussehen geht. Wir sollen keine Käppchen tragen. Wir sollen die Schläfenlocken und den Bart rasieren. Wir sollen so reden wie die Gojim, aussehen wie die Gojim, uns bewegen wie die Gojim. Das heißt, unsichtbar werden als Juden, mit der Hoffnung, dass damit auch der Antisemitismus

unsichtbar wird. Aber das ist ja nicht geschehen. Der Antisemitismus ist nicht unsichtbar geworden, aber die Juden. Und deswegen, glaube ich, muss man als ein Gegengift wieder als Jude sichtbar werden. Wie Arendt sagte, »wenn man als Jude angegriffen wird, muss man sich als Jude wehren«. Darum geht es. Wir müssen da etwas tun und mit dem Finger draufzeigen und sagen: Schaut euch das alle an! Man kann Antisemitismus als Einstellung nicht einfach verbieten. Da helfen auch keine Resolutionen. Dass man anders ist, aber gleich ist, dass man sichtbar ist und unsichtbar ist, ist bedrohend. Und damit muss man leben, glaube ich. Es ist Würde und Bürde zugleich. Man kann als Jude nicht in irgendeiner illusorischen Welt leben, in der es keinen Antisemitismus mehr gibt.

Ich glaube, dass Juden in Deutschland und nicht nur dort eine ganz klare jüdische Position entwickeln müssen, die autonom ist. Autonom vom politischen Diskurs um sie herum und auch autonom von den pro-palästinensischen Demonstrationen, autonom von progressiven Kreisen, aber auch autonom von rechten Nationalisten. Als man Juden vorwarf, eine Nation innerhalb einer Nation zu sein, waren sie nicht imstande, sich diesem Dilemma zu entziehen. Je mehr sich Juden assimilierten, desto »weniger« waren sie Juden. Aber wenn man sich weiterhin als Jude fühlt und das trotz assimilierter Lebensweise, dann ist es ein Zeichen dafür, dass man doch nicht völlig assimiliert ist. So verhält es sich dann auch mit dem Staat Israel. In Israel ist das Judentum nicht mehr eine »raumlose« Religion, sondern ein Volk mit einem Land und Raum, das politisch handeln muss. Juden in Israel besitzen politische Freiheit, die das Diasporajudentum für sich nicht beanspruchen kann, das daher oft auf internationale Schutzmaßnahmen setzte. Das ist widersprüchlich, denn gleichzeitig kann Israel nicht aufhören, ein Staat der Juden zu sein. Das Rückkehrrecht erlaubt jedem Juden auf der Welt zu wählen, ob er oder sie zu dem israelischen politischen Kollektiv gehören will. Das heißt dann auch, dass der souveräne Staat Israel seinen ethnischen Charakter nicht aufgeben kann und sollte, der doch die Grundlage des Landes ist. Ich verstehe diese Widersprüche hier sehr gut, denn es sind die meinen. Aber die israelische Wunde ist eine andere Bürde und auch eine andere Würde.

Natan Sznaider war Professor für Soziologie an der Akademischen Hochschule in Tel Aviv-Yafo

TAKE
PART

KULTURBERATUNG

2025
Neues Team

Strategie | Führungcoaching | Konfliktmanagement in Kunst und Kultur

Claus Harten | Marion Tiedtke | Peter Landmann | Thomas Rietschel | Achim Könneke | Lukas Onken | Barbara Kramer

www.takepart-kulturberatung.de

Jüdische Akademie

Zwischen Vergewisserung und Positionierung

DORON KIESEL

Die Jüdische Akademie in Frankfurt am Main, deren Eröffnung für das kommende Jahr geplant ist, steht erst recht nach dem 7. Oktober 2023 vor gewaltigen Aufgaben. Sie versteht sich zum einen als ein Ort innerjüdischer Diskurse, Kontroversen und Suche nach Orientierung und zum anderen als eine Quelle der Inspiration und Vermittlung jüdischen Denkens und Wissens in die nicht-jüdische Welt. Die Bedrohungslage hat sich für Juden und Jüdinnen im vergangenen Jahr drastisch verschärft, sodass die Jüdische Akademie den Mitgliedern jüdischer Gemeinden als Rückzugsort dienen möchte, an dem existenzielle Fragen erörtert und wechselseitige Unterstützung gewährt werden können.

Die meisten der in Deutschland lebenden Juden und Jüdinnen gingen davon aus, dass jüdisches Leben in Deutschland nach 1945 nicht mehr in Frage gestellt werden kann, da die politische Kultur liberal, demokratisch und plural verankert und die rechtsstaatliche Ordnung verbürgt ist. Die umfassende Auseinandersetzung mit der Shoah schien darüber hinaus gleichsam einem Schutzversprechen zu entsprechen.

Die öffentlichen und privaten Reaktionen auf das Massaker der Terrororganisation der Hamas auf den Süden Israels haben jedoch ein anderes Bild zutage gebracht. Die weitgehend unbekannte komplexe Geschichte des Nahostkonflikts, verknüpft mit einem wiederauflebenden Ressentiment gegen Juden und den jüdischen Staat, haben die jüdische Gemeinschaft in Deutschland nachhaltig erschüttert und Zweifel aufkommen lassen, ob die Melange aus rechtem, links-aktivistischem und islamistischem Antisemitismus die Grundlage und die Voraussetzung jüdischen Lebens in Deutschland nicht grundsätzlich beeinträchtigt.

Die Jüdische Akademie wird sich mit diesen Entwicklungen auseinandersetzen und jüdische Stimmen, jüdische Erfahrungen und Positionen in unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche hineintragen. Exemplarisch an dieser Stelle sei der unlängst mit der Goethe-Universität Frankfurt am Main abgeschlossene Kooperationsvertrag erwähnt und vorgestellt, der verdeutlicht, wie sich im akademischen Feld eine enge Verzahnung niederschlagen kann, deren Ziel es ist, besonders Studierende pädagogischer Studiengänge darauf vorzubereiten, sich mit ihren zukünftigen Herausforderungen im Kontext der Bildung – wie Antisemitismus in Geschichte und Gegenwart, israelbezogener Antisemitismus, Zionismus, Nahost-Konflikt – auseinanderzusetzen.

Aufgaben der Jüdischen Akademie

Mit ihrem Sitz in der Mainmetropole Frankfurt am Main steht die Jüdische Akademie in der Tradition des Freien Jüdischen Lehrhauses und wirkt als intellektueller Mittel- und Anziehungspunkt sowohl für Juden aus Deutschland und Europa als auch für Mitglieder anderer Religionsgemeinschaften, die an jüdischen, interkulturellen, interreligiösen oder universellen Fragestellungen interessiert sind. Sie wird als eigenständige Institution im Rahmen des Zentralrats der Juden in Deutschland öffentliche Diskurse aufgreifen, initiieren oder problematisieren und somit der jüdischen Stimme in Deutschland ein erkennbares Profil verleihen.

Das Judentum ist eine der geistigen Säulen Europas: Als wesentlicher

Gegenpart des Christentums prägte es die kulturelle, politische und ökonomische Geschichte vom Mittelalter bis in die frühe Neuzeit. Für die Aufklärung war die Beteiligung von Juden und die Auseinandersetzung mit dem Judentum von herausragender Bedeutung. Das jüdische Bildungsverständnis sieht sich besonders dem Postulat einer aktiven Toleranz und eines gleichberechtigten Miteinanders von Kulturen verpflichtet. Die Jüdische Akademie will gerade im Zeitalter der Globalisierung ihren Beitrag dazu leisten, dass die deutsche Gesellschaft, in der sie wirkt, kulturelle und religiöse Pluralität akzeptiert. Weiterhin sieht die Jüdische Akademie ihre

begründeten Platz haben und zugleich darum ringen, Juden unterschiedlicher Altersgruppen überzeugende Orientierungsangebote zu unterbreiten, fällt in den Aufgabenbereich der Jüdischen Akademie. Sie ist bestrebt, im Rahmen ihrer pädagogischen Praxis die Herausbildung jüdischer Identitäten in der Moderne zu vertiefen.

Kooperation und Innovation

Die Goethe-Universität Frankfurt und die Jüdische Akademie haben sich entschieden, einen Kooperationsvertrag zu unterzeichnen, der ihr Interesse an gemeinsamen thematischen

universellen Fragestellungen interessiert sind. Die Akademie will der jüdischen Stimme in Deutschland ein erkennbares Profil geben.

Wissenschaftliche Impulse

Der in Frankfurt unterzeichnete Vertrag nennt als »strategische Ziele und Handlungsfelder« die Fortsetzung bestehender sowie die Anbahnung weiterer Kooperationen, um neue Forschungsfragen und -perspektiven auch aus transdisziplinärer Sicht bearbeiten und Diskurse bereichern zu können. Zudem sollen durch Verbundforschung und Kooperationen mit Orientierung an der internationalen Spitzenforschung das gemeinsame Einwerben von Fördermitteln und die gegenseitige Unterstützung bei der Gewinnung von

der Stadt die jüdische Geschichte erforschen und erinnern bzw. ihren Beitrag zur jüdischen Gegenwart leisten. Die Zusammenarbeit soll darüber hinaus ein Meilenstein für ein interdisziplinäres Forschungsnetzwerk sein, das Wissen für die gesellschaftliche Entwicklung, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert generiert und damit Zukunftsfähigkeit schafft.

Bedarf nach politischer, kultureller oder religiöser Orientierung

Mit der Einwanderung von über 200.000 Juden aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland seit Ende der 1980er Jahre des vergangenen Jahrhunderts gehört die jüdische Gemeinschaft in Deutschland zu den zahlenmäßig größten in Europa. Mit der gewaltigen Herausforderung für die jüdischen Zuwanderer, sich in die Gesellschaft und in den jüdischen Gemeinden zu integrieren, wächst auch deren Bedarf nach politischer, kultureller oder religiöser Orientierung.

Akademien dienen grundsätzlich dem Ziel der öffentlichen Auseinandersetzung mit unterschiedlichen weltanschaulichen oder religiösen Perspektiven, mit Vertretern und Vertreterinnen der Wissenschaft, Politik, Kunst und der Kultur. Dabei haben Akademien zugleich die Aufgabe, Fragen und Probleme, die in Verbänden, Institutionen oder Parteien aufgrund ihrer Brisanz noch nicht entscheidungsreif sind, im Vorfeld zu diskutieren bzw. einen Raum für kontroverse Debatten zur Verfügung zu stellen.

Die Goethe-Universität Frankfurt und der Zentralrat der Juden in Deutschland haben vor diesem Hintergrund bereits am 17. Mai 2022 ein Memorandum of Understanding unterzeichnet, auf dessen Grundlage seither eine Reihe von gemeinsamen Aktivitäten unternommen wurden und ein umfassender Austausch stattgefunden hat.

An Traditionen anknüpfen

Mit der Kooperation knüpfen wir an eine reiche Tradition der Universitätsgeschichte ebenso an wie an zahlreiche Kooperationen der Gegenwart. Als Gründung aus der Stadtgesellschaft für die Stadt und die darüberhinausgehende Gesellschaft verdankt die Universität ihre Existenz auch und gerade den jüdischen Bürgern, die 1914 zu den Gründern der Stiftungsuniversität zählten. Auch heute richtet die Uni einen starken Fokus auf die jüdische Religionswissenschaft.

Franz Rosenzweig gründete Anfang der 1920er Jahre das Freie Jüdische Lehrhaus, das viele Berührungspunkte mit der Frankfurter Universität hatte. Auch heute richtet die Universität einen starken Fokus auf die jüdische Religionswissenschaft, -philosophie und Judaistik, aber auch auf über die Grenzen der Religion hinausgehende Themen wie Dynamiken des Religiösen, Erinnerungskulturen oder »Erziehung nach Auschwitz«, um nur einige Beispiele zu nennen.

In diesem und dem vorangegangenen Semester haben die Jüdische Akademie und die Universität eine Ringvorlesung »Antisemitismus. Erinnerungskultur. Demokratie.« veranstaltet – auch mit Blick auf die seit dem Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 sichtbar gewordene Geschichtsvergessenheit.

Mit Zuversicht und Engagement blicken die Vertragspartner auf eine Fülle von Möglichkeiten einer intensiven wissenschaftlichen Zusammenarbeit, die generationenübergreifende Spuren hinterlassen und für die jüdische Existenz in Deutschland nachhaltige und erkennbare Zeichen setzen wird.

Doron Kiesel ist Direktor der Bildungsabteilung des Zentralrats der Juden in Deutschland



Chanukkah-Leuchter vor dem Jüdischen Museum Berlin, 2007

Aufgabe – nach dem in der Shoah erfahrenen Zivilisationsbruch – in der kreativen und kritischen Aneignung des religiösen und kulturellen Erbes des europäischen und besonders des deutschen Judentums. Sie ist bestrebt, dieses Erbe in der Zukunftsdebatte sowohl in den jüdischen Gemeinden als auch in der deutschen wie der europäischen Gesellschaft einzubringen. Zugleich möchte sie die Traditionen des in der ehemaligen Sowjetunion gewachsenen Judentums, die durch die Zuwanderung der russischsprachigen Juden in den jüdischen Gemeinden zur Geltung kommen, würdigen und aufnehmen.

Die Jüdische Akademie ist vor dem Hintergrund der kulturellen und religiösen Vielfalt der in Deutschland lebenden jüdischen Gemeinschaft vor die Aufgabe gestellt, unterschiedlichen Bildungsverständnissen und -horizonten gerecht zu werden: So stehen religiös begründete Zugänge zu Bildung und Erziehung neben bildungsbürgerlich, säkular geprägten oder religionsfernen Ansätzen. Die Vermittlung eines aufgeklärten Judentums, in dem diese unterschiedlichen Traditionen ihren

Schwerpunkten in Forschung, Lehre und Vermittlung zum Ausdruck bringt. Dieser Wunsch resultiert aus der tiefen Überzeugung, dass die Auseinandersetzung um wissenschaftliche, politische, pädagogische sowie ethische Standpunkte und Orientierung wesentlich zur Stärkung einer liberalen und pluralen Gesellschaft beiträgt. Die Jüdische Akademie soll ein Zentrum der Auseinandersetzung mit jüdischer Geschichte und Religion werden sowie aktuelle Debatten aufgreifen und bereichern – in Forschung, akademischer Lehre und Interaktion mit der Gesellschaft. Deshalb haben die Goethe-Universität und die Jüdische Akademie eine »institutionelle Kooperation im Sinn einer dauerhaften und regelmäßigen wissenschaftlichen Zusammenarbeit« vereinbart, wie es im Vertrag heißt.

Mit ihrem Sitz in der Metropole Frankfurt am Main wirkt die Jüdische Akademie als intellektueller Mittel- und Anziehungspunkt sowohl für Juden aus Deutschland und Europa als auch für Mitglieder anderer Religionsgemeinschaften, die an jüdischen, interkulturellen, interreligiösen oder

Partnern gestärkt werden. Die Jüdische Akademie wird wissenschaftliche, gesellschaftspolitische und kulturelle Diskurse aufgreifen, initiieren oder problematisieren und damit der jüdischen Stimme in Deutschland ein erkennbares Profil geben.

Abgeleitet aus der Geschichte und den Herausforderungen der Gegenwart ergeben sich wegweisende wissenschaftliche Perspektiven. Neues Wissen, das durch Synergien des religiösen, bürgerlichen und akademischen Miteinanders zustande kommt und auf die Gesellschaft ausstrahlt, bedarf verlässlicher Strukturen – auch im Sinn von exzellenter und international anschlussfähiger Forschung. Gerade im Zeitalter der Globalisierung geht es darum, kulturelle und religiöse Pluralität als Chance wahrzunehmen, die die Zukunftsdebatte bereichert. Die wissenschaftliche Kooperation zwischen der Goethe-Universität und der Jüdischen Akademie des Zentralrats der Juden in Deutschland bietet dafür einen sehr guten Raum, den der Frankfurter Kontext in besonderer Weise ermöglicht, da zahlreiche Institutionen in

FOTO: © JÜDISCHES MUSEUM BERLIN, FOTO: SÖNKE TOLLKÜHN

Das Gebot, die Welt zu heilen – Jüdische Museumsarbeit in der Gegenwart

Gekürzte Form eines Vortrags in Frankfurt am 18.11.2024 im Rahmen der Konferenz »Jüdisches Leben in Deutschland im Spannungsfeld zwischen Anpassung und Autonomie«

MIRJAM WENZEL

Vor zehn Jahren, im Mai 2014, stürmte ein Mitglied der Terrororganisation Islamischer Staat mit einem Maschinengewehr in das Jüdische Museum Brüssel und erschoss unsere Museumskollegen Alexandre Strens und Dominique Sabrier sowie Miriam und Emmanuel Riva, die aus Israel nach Brüssel gereist waren und just an diesem Tag das Museum besuchen wollten. Die Ermordung von vier Menschen hinterließ nicht nur einen tiefen Schmerz bei den Angehörigen und ein Trauma bei unseren Kolleginnen und Kollegen in Brüssel. Sie hat auch das Feld der jüdischen

das Motto »Wir sind jetzt« und formulierten die Haltung, ein »Museum ohne Mauern« sein zu wollen: einladend und freundlich, zugänglich für diverse Menschen mit diversen Hintergründen und Begabungen – beflügelt von der Überzeugung, dass die Geschichte von Jüdinnen und Juden in der Diaspora wie auch in dieser Stadt einmalig und zugleich von universalen Werten gekennzeichnet ist. Die plurale jüdische Kultur ist von zentraler Bedeutung für den Wertekanon der europäischen Gesellschaft. Sie ist sowohl der Ausgangspunkt wie auch der Bezugspunkt eines europäischen Selbstverständnisses, das vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkriegs und mit Blick auf das Menschheitsverbrechen

der russische Angriffskrieg auf die Ukraine seit Februar 2022, das Massaker von Hamas am 7. Oktober 2023 und der darauffolgende Krieg in Israel, Gaza und Libanon unsere Gegenwart in kurzer Zeit so drastisch verändern sollte. Seit mehr als einem Jahr befinden wir uns nun in einer Art Abwehrkampf gegen Hass, Hetze, Desinformation und Gewaltbereitschaft und spüren, was das Sprichwort »Jews are the Canary in the Coal Mine« impliziert: Der Sauerstoff der demokratischen Werte, auf welchen die europäische Union begründet ist, wird dünner. Wir haben es uns daher zur Aufgabe gemacht, dieses Poröswerden demokratischer Werte in unserer Museumsarbeit zu thematisieren, indem

Das Jüdische Museum Frankfurt war bis zum Anschlag von Brüssel ein offenes Haus ohne besondere Sicherheitskontrollen. In den letzten zehn Jahren hat sich dies grundlegend geändert

jüdischer Existenz zurückblicken. Und kaum eine zweite Stadt kann von sich behaupten, so entscheidend von ihrer jüdischen Bevölkerung geprägt worden zu sein. In den letzten 850 Jahren wirkten Jüdinnen und Juden in Frankfurt kontinuierlich darauf hin, die Lebensbedingungen nicht nur der eigenen Gemeinschaft, sondern seit der Aufklärung auch der Gesellschaft insgesamt zu verbessern – dies gilt nicht nur für das Profil Frankfurts als internationalem Handels- und Finanzplatz, sondern auch für den sozialen Zusammenhalt innerhalb der Stadt: die Gesundheits- und Sozialfürsorge, die Bildung, Wissenschaft und Kultur. Das Leben von Jüdinnen und Juden in Frankfurt war und ist von dem



Chanukka-Leuchter, Avi Biran, Israel 2008

Museen in Europa nachhaltig verändert. Obwohl die meisten der europaweit mehr als 50 jüdischen Museen sich in staatlicher Trägerschaft befinden, wissen wir seither, dass wir in der Wahrnehmung von Dschihadisten, Rechtsextremisten und gewaltbereiten Antisemiten vor allem eines sind: Organisationen, in denen sie ihren Hass gegen Jüdinnen und Juden ausleben können. Das Jüdische Museum Frankfurt war bis zum Anschlag von Brüssel ein offenes Haus ohne besondere Sicherheitskontrollen. In den letzten zehn Jahren hat sich dies grundlegend geändert, und Sie können sicher sein, dass auch dem heutigen Tag intensive Gefährdungsbeurteilungen vorausgehen und er von entsprechend angepassten Sicherheitsmaßnahmen begleitet wird. Nichtsdestotrotz spielen die Idee und die Haltung eines offenen Hauses für unser Museum eine zentrale Rolle. Als ich Anfang Januar 2016 die Leitung dieses Museums übernahm, waren unsere beiden Häuser, das Museum Judengasse wie auch das Jüdische Museum im Rothschild-Palais geschlossen, weil unser Träger, die Stadt Frankfurt, mit Unterstützung des Landes Hessen beschlossen hatte, sie einer grundlegenden Sanierung, Erweiterung und Erneuerung zu unterziehen. Als wir etwas mehr als vier Jahre später diesen neuen Museumskomplex wiedereröffnen durften, stellten wir unsere Museumsarbeit unter

der Shoah entstand und sich am Umgang mit Jüdinnen und Juden sowie mit anderen gesellschaftlichen Minderheiten, die von den Nationalsozialisten verfolgt und ermordet wurden, behaupten und erweisen muss: Sinti und Roma, LGBTQ, Menschen mit Einschränkungen sowie sozialen Stigmatisierungen. Getragen von der Überzeugung, dass das Sammeln, Bewahren und Vermitteln jüdischer Kulturgüter in Frankfurt auch eine Aufgabe mit genuin europäischem Charakter ist, formulierten wir in Vorbereitung auf unsere Wiedereröffnung ein Mission Statement, das für unsere Arbeit nach wie vor maßgeblich ist. Es endet mit den Worten: »Die jüdische Erfahrung von Diskriminierung und Gewalt wie auch des Ringens um Gleichberechtigung und soziale Teilhabe ist von unverminderter Aktualität. Vor diesem Hintergrund wollen wir zu interkultureller Verständigung und zur Selbstreflexion anregen. Wir verstehen unsere Arbeit als vernetztes Handeln im digitalen und sozialen Raum und wirken darauf hin, dass in Europa offene, aufgeklärte und zivile Gesellschaften fortbestehen, in deren Mitte Jüdinnen und Juden weiterhin leben wollen und können.«

Als wir uns auf den Wortlaut dieses Statements einigten, ahnten wir nicht, dass der Anschlag von Halle am 9. Oktober 2019, die Pandemie in den Jahren 2020/21,

wir etwa über die zunehmende Polarisierung des deutschen Feuilleton-Diskurses entlang der Linien Wissenschafts-, Kunst- und Meinungsfreiheit auf der einen und Recht von gesellschaftlichen Minderheiten auf Schutz vor Diskriminierung und Verleumdung auf der anderen Seite diskutieren. Auch machen wir seit einiger Zeit immer wieder öffentlich auf den Vandalismus an den beiden von uns betreuten Erinnerungsstätten an die Shoah aufmerksam, ebenso wie auf die Erosion des Vertrauens von Jüdinnen und Juden, in diesem Land sicher und in Würde leben zu können. Im Rahmen einer konzentrierten Bildungsoffensive versuchen wir seit dem 7. Oktober des vergangenen Jahres nicht nur, dem gestiegenen Beratungsbedarf von Lehrerinnen und Lehrern im Umgang mit antisemitischen Äußerungen und Aggressionen an Schulen nachzukommen, sondern auch das Verständnis und die Sensibilität in der breiten Gesellschaft für Antisemitismus zu erhöhen. Inmitten all unserer Bemühungen, auf die rasanten Veränderungen unserer Gegenwart zu reagieren, widmen wir uns aber weiterhin der Aufgabe zu erforschen und zu verdeutlichen, dass Jüdinnen und Juden mitten »im Herzen von Europa« – wie das Motto von Eintracht Frankfurt lautet – seit mehr als 850 Jahren leben. Keine andere Stadt in Deutschland kann auf eine derartige longue durée

geprägt, was in der jüdischen Tradition Tikkun Olam heißt, das Gebot für jeden, die Welt zu einem besseren Ort zu machen. Die europäisch-jüdische Geschichte, die wir in unseren beiden Museen erzählen, ist daher von einem kontinuierlichen Kampf um die Verbesserung der allgemeinen Lebensumstände gekennzeichnet. Sie ist eine Geschichte von Rückschlägen und erkämpften Freiheiten, von Vertrauen in die Mehrheitsgesellschaft und bitterem Verrat, von Gewalt und Engagement, von Widerständigkeit, Mut und Enttäuschung. Diese Geschichte, die Jüdinnen und Juden in dieser Stadt, in Deutschland und Europa sowohl schreiben, gestalten wie auch erleben und erdulden, wird andauern – wenngleich sich ihre Vorzeichen beständig ändern. Der heutige Tag nimmt eine Reflexion über diese Vorzeichen jüdischer Existenz in der Gegenwart vor. Es gilt sie im Sinne von Tikkun Olam, dem Gebot der Heilung, zu ändern – und eben dafür braucht es viele Institutionen, eine engagierte Zivilgesellschaft wie auch mutige Personen.

Mirjam Wenzel ist Direktorin des Jüdischen Museums Frankfurt, Honorarprofessorin für Jüdische Studien an der Goethe-Universität Frankfurt und Vorstandsvorsitzende der Association of European Jewish Museums

Wir dulden keinen Judenhass

Jüdisches Leben in der
Stadt Frankfurt am Main

INA HARTWIG

Frankfurt am Main kann auf eine lange jüdische Tradition zurückblicken, die bis ins 12. Jahrhundert n. Chr. zurückreicht. Seinen jüdischen Bürgerinnen und Bürgern verdankt die Stadt vieles. Zu nennen wären etwa die Gründung der Goethe-Universität oder die Herausgabe der Frankfurter Zeitung – die Vorläuferin der heutigen FAZ. Bedeutende jüdische Unternehmer wie Mayer Amschel Rothschild, Arthur von Weinberg oder Wilhelm Merton begründeten erst die Rolle

Ideologie in die Tat umsetzte. Die Erzählung, dass das weltoffene Frankfurt den Nazis skeptisch gegenübergestanden hätte, ist längst als Mythos widerlegt. Vielmehr erzielte die NSDAP hier sogar überproportional hohe Wahlergebnisse. Auch die Stadtverwaltung spielte eine beschämende Rolle. Die sogenannten »Arisierungen« wurden mit großem administrativem Eifer vorangetrieben, um etwa die Stadtkasse zu füllen oder die Sammlungen Frankfurter Museen zu erweitern.

Nach dem Ende des Nationalsozialismus war das jüdische Leben in Frankfurt nahezu vollständig ausgelöscht, und die Stadt entwickelte einen ambivalenten Umgang mit der eigenen Vergangenheit. Die Beteiligung an konkreten Verbrechen wurde verdrängt und öffentlich totgeschwiegen, andererseits war Frankfurt Schauplatz der Auschwitzprozesse, und Fritz Bauer stieß als hessischer Generalstaatsanwalt die juristische Aufarbeitung der NS-Verbrechen an.

Die Jüdische Gemeinde avancierte spätestens in den 1980er Jahren wieder zu einer bedeutenden und selbstbewussten Stimme im städtischen Diskurs. So engagierten sich 1985 Frankfurter Jüdinnen und Juden leidenschaftlich und erfolgreich gegen die Uraufführung des Theaterstücks von Rainer Werner Fassbinder »Der Müll, die Stadt und der Tod«, dessen Spiel mit antisemitischen Stereotypen ihnen unerträglich war. Wenig Jahre später protestierte die Frankfurter Zivilgesellschaft gegen die Überbauung der ehemaligen Judengasse und des Börneplatzes durch ein Behördenzentrum – gegen die Überbauung jenes Ortes also, wo bis zur Pogromnacht 1938 eine der vier großen Frankfurter Synagogen gestanden hatte. Ergebnisse dieses Protestes waren unter anderem die Einrichtung eines Museums und einer Gedenkstätte vor Ort.

Mit dem Bau des jüdischen Gemeindezentrums 1986 bekannte sich die Gemeinde schließlich zu Frankfurt als dauerhaftem Mittelpunkt jüdischen Lebens; ein vor dem Hintergrund des Holocaust historisch einmaliger und unverdienter Glücksfall für die Stadt wie für das ganze Land. Die Eröffnung kommentierte der

Frankfurts als moderne Handelsstadt. Denkerinnen und Denker wie Ludwig Börne, Martha Wertheimer, Theodor Wiesengrund Adorno oder Paul Ehrlich werden bis heute mit der Stadt verbunden. Und auch in der Gegenwart spielt die jüdische Welt in Frankfurt mit einer der größten Gemeinden in Deutschland, der kürzlich begründeten Jüdischen Akademie sowie dem städtisch getragenen Jüdischen Museum eine bedeutende Rolle. Eine breit ausdifferenzierte und von der Zivilgesellschaft getragene Erinnerungskultur markiert darüber hinaus viele frühere Orte jüdischen Lebens im Frankfurter Stadtraum und hält die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen im städtischen Gedächtnis.

Gerade vor diesem Hintergrund ist es besonders erschreckend, wie bereitwillig die Stadt die nationalsozialistische



Chanukkia modern, Julian Graeve, Leuchter, 2022

Architekt und langjährige Vorstandsvorsitzende der Jüdischen Gemeinde Salomon Korn mit einem berühmt gewordenen Satz: »Wer ein Haus baut, will bleiben, und wer bleiben will, erhofft sich Sicherheit.«

Doch auch in Frankfurt war diese Sicherheit nie vollständig gegeben. Der Antisemitismus blieb nach dem Ende des Nationalsozialismus eine permanente Bedrohung. Mit dem 7. Oktober 2023 hat sich der Judenhass jedoch auf eine bis dahin immer noch unvorstellbare Weise gesteigert. Allein die inhaltliche Auseinandersetzung mit Themen aus der jüdischen Welt sind heute Anlass für massive Anfeindungen, Bedrohungen und Übergriffe. Die Haltung der Stadt Frankfurt dazu ist eindeutig: Wir dulden keinen Judenhass, stehen fest an der Seite der Jüdischen Gemeinde und werden unsere Kultureinrichtungen und Museen als offene Räume und Orte des freien Diskurses erhalten und schützen. Ganz konkret hat die

Stadt ihren Instituten eine einheitliche Leitlinie zum Umgang mit Antisemitismus an die Hand gegeben. Sie sieht unter anderem vor, Veranstaltungen möglichst auch bei sich abzeichnenden

Mit dem 7. Oktober 2023 hat sich der Judenhass jedoch auf eine bis dahin immer noch unvorstellbare Weise gesteigert

Konflikten nicht abzusagen, jedoch die Haltung der Stadt Frankfurt im Vorfeld eindeutig zu kommunizieren, ferner die argumentative Herausforderung anzunehmen, zu widersprechen und die

historisch-moralische Verantwortung Deutschlands herauszustellen. Andererseits empfiehlt das Dokument, bei massiver Störung des Dialogs das Hausrecht zu nutzen, bei deutlich antisemitischen Parolen die Polizei zu rufen und Anzeige zu erstatten.

Die Tatsache, dass solche Überlegungen überhaupt nötig sind, verdeutlicht, dass wir uns mitten im Kampf um die plurale und weltoffene Gesellschaft befinden. Die Vorbereitung einer angemessenen Reaktion auf antisemitische Angriffe ist in dieser Situation unerlässlich, aber nicht ausreichend. Vielmehr sind Politik, Kultur, Wissenschaft und die engagierte Zivilgesellschaft aufgerufen, aktiv Gegenposition zu beziehen. Eine Aufgabe, die ortsspezifische Herangehensweisen verlangt, die sich aber nicht nur in Frankfurt stellt.

Ina Hartwig ist Kultur- und Wissenschaftsdezernentin der Stadt Frankfurt am Main

Ein Tsunami der Judenfeindlichkeit

Über den Kampf gegen Antisemitismus in Deutschland

FELIX KLEIN

Als ich am 7. Oktober 2023 im Laufe des Vormittags Dutzende Emails, SMS, Eilmeldungen und Anrufe erhielt, erfüllte mich eine fast überwältigende Mischung aus Gefühlen: Schock, Wut, Trauer und Ekel. Es dauerte noch Monate an, bis ich die Bilder und Beschreibungen des bestialischen Terrorangriffs der Hamas und ihrer Mittäter auf Israel einigermaßen verarbeiten konnte. Parallel zu diesen Gefühlen setzte aber auch etwas Unerwartetes in mir ein. Ich war dankbar, zu diesem Zeitpunkt mein Amt als Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus innezuhaben. Denn obwohl mit dem 7. Oktober 2023 die bislang wohl schwerste Zeit seit meinem Amtsantritt begonnen hat, habe ich durch dieses Amt die Möglichkeit, auf besondere Weise gegen die Gefährdung unserer Demokratie vorzugehen. In einer Zeit der gefühlten Ohnmacht nach dem Tag mit den meisten jüdischen Ermordeten seit der Shoah

konnte und musste ich handeln: Entgegen der normalen menschlichen Reaktion nach einem derart brutalen Terrorakt folgte auf den antisemitischen Massenmord nicht etwa Solidarität mit Israel und Jüdinnen und Juden in Deutschland, sondern ein seit Bestehen der Bundesrepublik nicht gekannter Tsunami der Judenfeindlichkeit.

Als Beauftragter ist es meine Aufgabe, den Betroffenen von Antisemitismus zuzuhören und ihrer Perspektive Gehör zu verschaffen – in der Politik, in den Medien, in der Öffentlichkeit. Seit dem 7. Oktober ist das notwendiger denn je. Dabei ist nicht nur der große Anstieg antisemitischer Straftaten in den Monaten nach dem Terrorangriff und ihre Verstetigung auf einem sehr hohen Niveau bis heute zu beklagen, sondern auch der frappierende Mangel an Mitgefühl in der Bevölkerung für die Situation der jüdischen Gemeinschaft. Was ich in Gesprächen immer wieder höre: Jüdinnen und Juden fühlen sich allein gelassen in der öffentlichen Debatte, viele auch in ihrem direkten Umfeld. Das darf nicht sein und dagegen

rede ich in jedem Forum und zu jeder Gelegenheit – im wahrsten Sinne des Wortes – an.

Mit der unerträglichen Situation für die jüdische Community sind natürlich auch ihre Bedarfe gewachsen. Ob für in der Betroffenenberatung Aktive, für Projekte im Kulturbereich oder bei kurzfristig einberufenen Konferenzen zum Umgang mit dem grassierenden Judenhass: Ich stehe als erster Ansprechpartner der Bundesregierung für jüdische und antisemitismuskritische Organisationen und Initiativen bereit zum Austausch, um zu beraten und Möglichkeiten finanzieller Förderung zu erörtern.

Neben diesen kurzfristig wirksamen Maßnahmen ist auch ein Blick in die nahe und mittelfristige Zukunft notwendig, um Judenhass nachhaltig bekämpfen zu können. Daher habe ich Ergänzungen im Strafgesetzbuch vorgeschlagen, die die Strafverfolgung antisemitischer Straftäter erleichtern würde: Erstens sollte bei Fällen von Volksverhetzung die Notwendigkeit eines Inlandsbezugs gestrichen werden.

Zweitens sollte die Billigung und Belohnung von Straftaten von Terrororganisationen im Ausland, z. B. der Hamas oder der Hisbollah, sanktioniert werden können. Außerdem darf es nicht sein, dass der Staat antisemitische Narrative und andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Kultur und Zivilgesellschaft finanziell fördert. Bereits jetzt ist es grundsätzlich möglich, dass schon geflossene Mittel zurückgefordert werden können, wenn im Nachhinein bekannt wird, dass damit antisemitische Ideen gefördert wurden. Dies ist in Bezug auf die infame dokumenta fifteen und den dort zu Hauf ausgestellten Judenhass bis heute nicht geschehen.

Bei allem bestehenden Verbesserungsbedarf im Kampf gegen Antisemitismus sind wir in Deutschland im internationalen Vergleich gut aufgestellt. Besonders die Arbeit unserer Sicherheitsbehörden ist geprägt von einem tiefgehenden Verständnis der Problematik und der Notwendigkeit, Judenfeindlichkeit im Interesse der direkt Betroffenen, aber auch zur generellen Verteidigung unserer

freiheitlichen Demokratie zu bekämpfen. Mit dem Programm »Demokratie leben!« des Bundesfamilienministeriums werden zahlreiche Initiativen gegen Judenhass gefördert, das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert ein Dutzend Forschungsprojekte zu Antisemitismus in unterschiedlichen Bereichen, um nur zwei Beispiele von vielen weiteren Initiativen bei der Prävention von Antisemitismus zu nennen.

Nichtsdestotrotz befürchte ich, dass es in diesem Feld auch in Zukunft Gründe für Schock, Wut, Trauer und Ekel geben wird. Antisemitismus ist die älteste Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Europa. Er wird trotz größter Anstrengungen nicht von heute auf morgen verschwinden. Wir wissen aber auch, dass wir etwas dagegen unternehmen können, dass wir ihn zurückdrängen können und dass diejenigen, die ihn ausleben, bei uns nicht mit Nachsicht rechnen können.

Felix Klein ist Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus

Offene Fragen

Auf der Suche nach Antworten zu Antisemitismus und zur Gewalt gegen Juden

RON SEGAL

Samstagnachmittag, Ende Oktober. Ich öffne das Fenster im Kinderzimmer, um es zu lüften. Das Geschrei von der Straße überrascht mich, obwohl es nicht das erste Mal ist, dass ich es in meiner Straße höre: »Free, free Palestine!« Ich stehe am offenen Fenster, meinen jüngsten auf dem Arm, und versuche, die zweite Zeile, die sich auf die erste reimt, zu verstehen, aber die Worte dringen nur gedämpft in das Hinterhaus. Ein paar Leute verlassen die Demonstration und betreten unseren Hinterhof (ich muss die Hausverwaltung daran erinnern, das elektrishe Tor zu reparieren) und knien zu meiner Überraschung auf dem kalten, kahlen Pflaster des Parkplatzes und beginnen zu beten. Sie sind harmlos, aber ihr Anblick ist beunruhigend. Als sie fertig sind, nehmen sie den Marsch der Demonstranten wieder auf. Ich beschließe, allein hinunterzugehen, um mir die Demonstration aus der Nähe anzusehen.

Ich möchte dir mitteilen, dass nach dem letzten Jahr, aber schon lange vorher, der Ort, an dem ein Jude am wenigsten sicher ist, der Staat Israel ist

Beim Durchschreiten des defekten Tores komme ich an einem Nachbarn vorbei, der gerade hereinkommt. Wir tauschen Blicke aus, wie zwei Menschen, die einen schmutzigen Aufzug betreten und verlassen, den keiner von ihnen verschmutzt hat. Auf der Straße marschieren ein paar hundert Demonstranten, etwa tausend, schwer eskortiert von der Polizei. Jetzt höre ich die zweite Zeile: »Free, free Palestine –

Zionism is a crime!« Einige halten Schilder, auf denen der Krieg in Gaza mit der systematischen Vernichtung der europäischen Juden während des Holocausts gleichgesetzt wird. Eine weitere Parole schallt aus den Lautsprechern: »There is only one solution: Intifada Revolution!« Ich schaue mich um, um die Frau zu sehen, die in das Mikrofon schreit, aber sie ist nirgends zu sehen. Es ist ein Playback.

Ich habe noch einige offene Fragen: Gibt es eine Verbindung zwischen einer pro-palästinensischen Kundgebung und dem Beten; wenn ja, welcher Art ist sie? Ist Zionismus ein Verbrechen, inwiefern? Warum erleben wir weltweit so viele pro-palästinensische Demonstrationen, aber keine einzige Anti-Hamas-Demonstration von Palästinensern und ihren Anhängern, die sich von den Gräueltaten der Hamas distanzieren wollen, während in Israel kein Tag vergeht, an dem nicht gegen die Regierung demonstriert wird?

Ich unterhalte mich mit einem Bekannten, einem Palästinenser aus der Generation meiner Eltern, der seit den 1970er Jahren in Berlin lebt. Ein freundlicher, intelligenter pro-palästinensischer Aktivist, der sich für eine gewaltfreie Ein-Staaten-Lösung einsetzt. »Das Beten ist nebensächlich«, erklärt er. Als Moslem betet auch er fünfmal am Tag. Nur würde er es nicht auf der Straße tun, sondern es lieber verschieben, bis er zu Hause sei. »Der Zionismus ist ein Verbrechen«, sagt er weiter. »Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land«, zitiert er – ein Satz, der mit dem Zionismus assoziiert wird, obwohl er nicht von ihm geprägt wurde. »Die Zionisten hatten nie die Absicht, die einheimischen Palästinenser als gleichwertig zu betrachten oder sie gar als Volk anzuerkennen.« Was meine dritte Frage betrifft – wo marschieren die Palästinenser gegen die Hamas – so kann er sie selbst nicht ganz klären.

»Das ist eine sehr gute Frage«, sagt ein israelischer Professor, den ich manchmal mit meinen Fragen belästige. Der orthodoxe Jude wendet sich für Antworten an seinen Rabbi; meine »höhere Autorität« sind Geschichtswissenschaftler – »Propheten der Vergangenheit«. »Aber wir ignorieren den

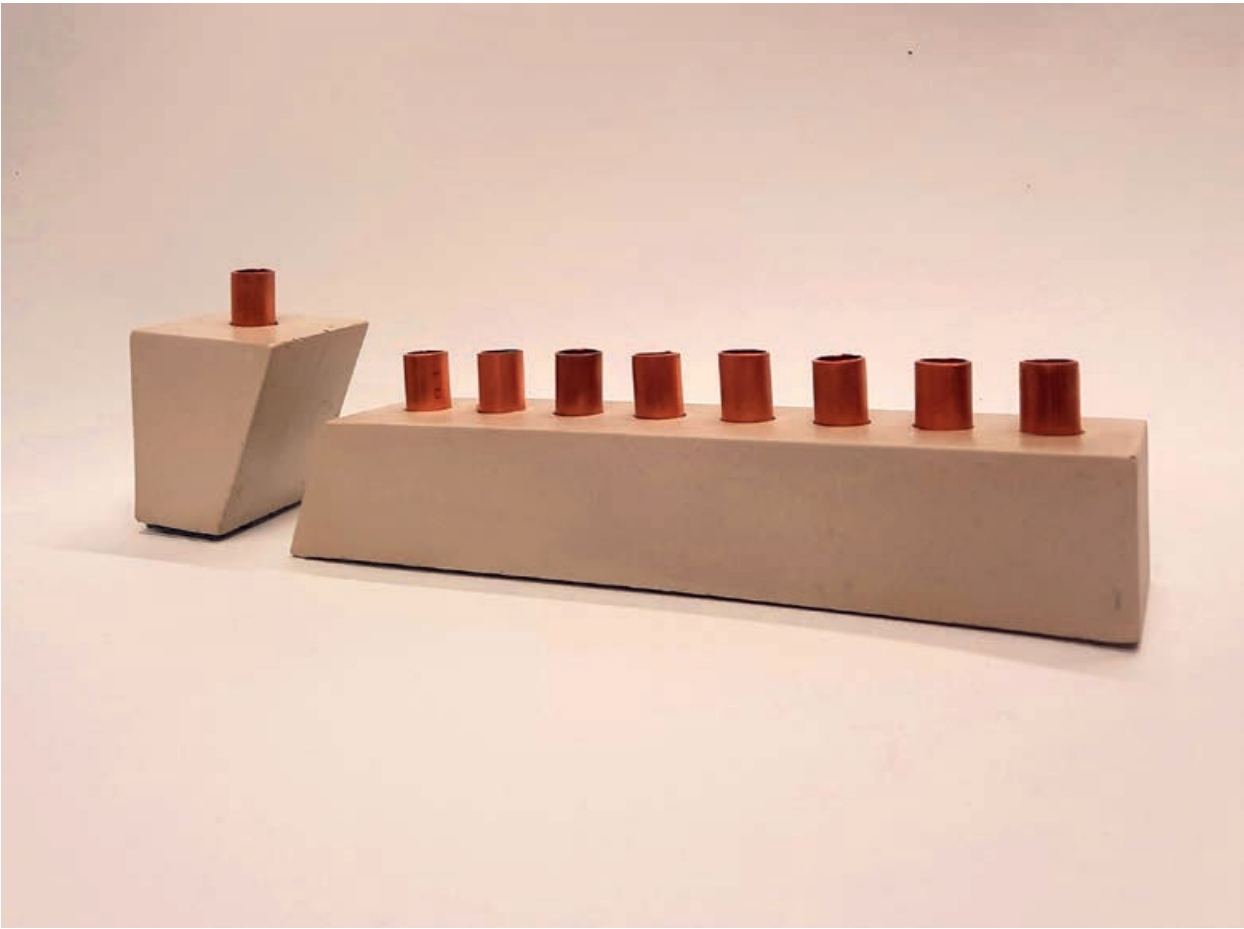
Elefanten im Raum«, fährt der Professor fort, ein Sohn von Holocaust-Überlebenden, der in Israel oft als Antizionist kritisiert wird, obwohl er sich selbst als Nicht-Zionist sieht: Ersterer ist der Meinung, dass es den Zionismus nie hätte geben dürfen; Letzterer glaubt, dass es nach 1945 eine historische Notwendigkeit für einen jüdischen Staat gab, kann aber den Weg, den der Zionismus seitdem genommen hat, nicht mehr unterstützen. »Die Besatzung« nennt er den Elefanten. »Die Palästinenser sehen die Aufteilung zwischen Besatzern und Besetzten und übersehen damit ihr Recht, die Kräfte zu kritisieren, die in ihrem Namen gegen Israel kämpfen. Und sie irren sich meiner Meinung nach. Man würde erwarten, dass die Palästinenser, nachdem sie etwa 40.000 Menschen verloren haben, sich gegen ihre Regierung auflehnen. Aber es ist einfacher, dies hier in Tel Aviv zu sagen, während man mit einer Tasse Kaffee in der Hand über Zoom plaudert.« Während wir am Kaffee nippen, er in Tel Aviv und ich in Berlin, kommt das Gespräch ganz natürlich

auf den Antisemitismus: »Was war das Argument, wenn sich ein Jude über den Antisemitismus im Exil beklagte? Komm hierher, nach Israel. Eines der grundlegenden Versprechen des Zionismus war, dass Juden hier sicher sind«, sagt er und fährt dann mit einem leicht sarkastischen Ton fort: »Ich möchte dir also mitteilen, dass nach dem letzten Jahr, aber schon lange vorher, der Ort, an dem ein Jude am wenigsten sicher ist, der Staat Israel ist. Übrigens nicht nur als Individuum, sondern möglicherweise auch als Kollektiv. Denn wenn sich daraus ein regionaler Krieg entwickelt, dann wird von Teheran keine Spur mehr übrig sein – aber auch keine Spur mehr von Tel Aviv«, er schließt wie ein Prophet des Zorns.

Während ich mich bemühe, diesen kleinen Artikel abzuschließen, ereignen sich zwei Ereignisse – ein lokales und ein globales –, die ich nicht unerwähnt lassen kann: Benjamin Netanyahu entließ Verteidigungsminister Yoav Galant mitten im Krieg und ersetzte ihn durch einen Marionettenminister in seinem Namen, wodurch Netanjahu

zum amtierenden Verteidigungsminister wurde; und Donald Trump wurde zum 47. Präsidenten der Vereinigten Staaten ernannt – Making America Great Again, again. Die Kombination dieser beiden Ereignisse, dieser beiden Männer, könnte sehr wohl zu einem anhaltenden Krieg im Nahen Osten führen. Zumindest so lange, bis es den Israelis gelingt, Netanjahu, wenn nicht auf die Anklagebank, so doch zumindest in die letzte Reihe der Opposition zu schicken. Was die Palästinenser betrifft... Ich kann nur hoffen, dass diejenigen von ihnen, die es noch nicht getan haben, einen Weg finden, sich von den verdrehten Paradigmen der Hamas und der Hisbollah zu befreien. Andernfalls befürchte ich, dass der gewalttätige Angriff, den wir kürzlich in Amsterdam erlebt haben, nur der Anfang sein wird. Bis dahin werde ich das Fenster offenlassen, aber ich werde dafür sorgen, dass die Hausverwaltung das elektrishe Tor repariert.

Ron Segal ist Autor, Filmemacher und Preisträger des Schreibwettbewerbs »L'Chaim«



Chanukia; Alte Synagoge Essen

FOTO: DR. ANTON HIEKE

Erzählen und Verschweigen

Zwei Generationen in der Migration

LENA GORELIK

Mein Vater serviert mir Pilze, selbst gesammelt und eingelegt. Er hat sie nicht selbst gesammelt, seine Knie machen das nicht mehr mit. Das Laufen über unebene Flächen im Wald, das Herunterbeugen, um zu schauen, ob das unter dem Blatt ein Schmierröhrling sein könnte. Mein Bruder hat sie gesammelt, so wie früher, so wie wir das in unserer Kindheit in der Sowjetunion von meinem Vater gelernt haben und jedes Wochenende im Spätsommer taten. Dann hat er die gesammelten Pilze meinem Vater gebracht, sie haben sie vielleicht zusammen geputzt, mein Vater hat sie eingelegt, nun serviert er sie mir zu Kartoffeln. Das ist vielleicht, was mit den Generationen in der Migration passiert: Was für mich eine Erinnerung ist, ist für meinen Vater immer noch das Leben, wie es sich eigentlich gehört. Mein Bruder, der schon als junger Erwachsener nach Deutschland kam, dazwischen. Ich habe von meinem Vater gelernt, dann habe ich manches

umgelernt, weil mich neben meinen Eltern ein neues Leben in einem neuen Land schulte, und die Notwendigkeit zu verstehen, wie dieses Leben funktioniert, um darin nicht zu verschwinden.

Während mir mein Vater Pilze serviert, sprechen wir. Wir sprechen über Trump, über Neuwahlen in Deutschland, über den Nahostkonflikt, über die Ukraine und Putin. Ich muss differenzieren: Mein Vater spricht. Er spricht, ich werfe Nachfragen ein, nehme mir noch mehr Smetana zu den Kartoffeln, passe auf, dass die Nachfragen Nachfragen bleiben. Dass ich Empörung zügele, weil es so selten ist, dass mein Vater und ich zusammen Pilze essen. Ich muss differenzieren: dass es so selten ist, dass wir beieinandersitzen, dass mein Vater spricht, vermutlich auch, dass ich zuhöre. Es gibt dieses Gesetz in unserer Familie, dass wir, wenn wir, zu selten, würden meine Eltern sagen, zusammenkommen, nicht über Politik sprechen. Niemand sagt das so, aber wir wissen alle: damit es nicht eskaliert. Die Frontlinien verlaufen nicht zwischen den Generationen, sondern

den Geschlechtern. Mein Bruder und mein Vater, obwohl sie sich nicht einig, aber doch näher beieinander sind, meine Mutter und ich, obwohl mein Vater die Reihenfolge ändern würde: du und deine Mutter, sie wiederholt doch nur, was du sagst, um sich dir näher zu fühlen. Und meine Mutter würde kontern, im Gegensatz zu dir versuche ich, eine neue Generation zu verstehen, ich lese nicht nur russisches Internet, ihr Totschlagargument. Sie tut meinem Vater Unrecht, weil er im Gespräch mit mir etwas aus der Tagesschau zitiert. Es wäre vermutlich einfacher, was er sagt, nur mit Desinformation erklären zu können.

An jedem Satz meines Vaters, dem ich zustimmen würde, halte ich mich fest: dass wir uns nicht diametral gegenüberstehen. Dass es Schnittpunkte gibt, dass wir uns darin einig sind, was Unrecht ist; als mein Vater einmal »Zwei-Staaten-Lösung« sagt, atme ich auf. Ich setze Teewasser auf, Tee zu Kartoffeln, fragt mein Vater, das ist ganz was Neues. Dann teilt er amerikanische Präsidenten in zwei Kategorien ein, abhängig von ihrer Einstellung zu Israel, wie sehr sie bereit waren, den Staat zu unterstützen. Ich schenke mir Tee ein, konzentriere

mich auf den Wasserkocher in meiner Hand, versuche, das größere Bild zu erfassen: Wie vielen geht es so wie mir, wie viele prallen politisch gegen die Eltern oder von ihnen ab, und wie ehrlich sprechen wir darüber? Familiäre Prägungen, wie offen gehen wir mit ihnen um? Einmal sagte eine Freundin, sie sei mit antisemitischen und antimuslimischen Vorstellungen aufgewachsen, und ich war erleichtert, weil sie das erzählte. Wie ehrlich erzählen wir von unseren Eltern, und wen schützen wir, wenn wir beschließen, nicht zu erzählen? Wie sehr können wir uns selbst im Verschweigen begreifen und finden?

Der war zum Beispiel ein Antisemit, sagt mein Vater über einen Politiker, so eindeutig wie bitter. Wenn er, selten genug, aus seinem Leben erzählt, so erzählt er viel von Begrenzung: alles, was er in der Sowjetunion als Jude nicht durfte. Das Wort Jude, das ich auf Russisch noch immer nicht gerne höre, weil es immer noch wie ein Makel klingt (Prägungen), nicht nur als Schimpfwort, sondern auch als Schicksalsbestimmung, die man zu tragen hat: Es steht für sich, es braucht keine Prädikate oder Nebensätze. Warum bist du (nicht)...? Jude. Für meinen Vater ist diese Vorstellung ein Halt: dass es ein Land gibt, in dem alle wie er sind, Juden, und wer diesen Staat nicht unterstützte,

nun ja, hat eine Entscheidung getroffen. Ich habe meinen Vater nach dem 7. Oktober nie gefragt, wie es ihm gehe. Ich schob das auf die parallele private Dinglichkeit in der Familie, Erkrankungen, die sich durch unsere Gespräche zogen. Oder aber ich war zu sehr mit mir beschäftigt, mit meiner eigenen Erschütterung, mit dem, was unmittelbar folgte: der Krieg in Gaza, das Gefühl, verloren zu sein in der lautstarken Polarisierung hierzulande. Mein Vater hat mich auch nie gefragt, wie es mir nach dem 7. Oktober gehe, und ich weiß immer noch nicht, ob ich auf Russisch genug Worte gehabt hätte, um ihm all die Debatten, Antisemitismus-Resolution, Zuordnung zu Gruppen anhand von Unterschriftenlisten und Begriffswahl, Ängste angesichts rassistischer Politik oder antisemitischer körperlicher und verbaler Übergriffe, zu erklären. Nun sitzen wir uns gegenüber, ein Jahr ist vergangen. Mein Vater spricht, ich höre zu, bin nicht sicher, ob das richtig ist, nur zuzuhören, wir essen Pilze zusammen wie jeden Herbst.

Lena Gorelik ist eine deutsche Journalistin und Schriftstellerin. Geboren 1981 in Sankt Petersburg, kam sie 1992 zusammen mit ihrer russisch-jüdischen Familie als »Kontingentflüchtling« nach Deutschland

Jung, jüdisch und im Widerstand

Text aus »Slammt Tacheles! – Poetry Slam zum jüdischen Leben in Deutschland«

HANNA VEILER

Es hat lange gedauert, bis ich diesen Text schreiben konnte. Viel länger, als ich üblicherweise für einen Text brauche. Woran dies liegen könnte, ist schwer zu sagen. Vielleicht daran, dass sich nach dem 7. Oktober 2023 über jüdisches Leben zu schreiben anfühlt wie über Niederlagen zu schreiben. Vielleicht auch daran, dass es unmöglich scheint zu verstehen, wo man anfangen sollte. Und sicherlich daran, dass es immenser kognitiver Anstrengung bedarf, all die Widersprüche und Ambivalenzen auf Papier zu bringen, in denen sich junge jüdische Realität aktuell abspielt.

Fragt man eine jüdische Person, wo und wie sie am Morgen des 7. Oktobers aufwachte, wird sie diese Frage entweder viel zu detailliert oder gar nicht beantworten können. Es gibt kein Dazwischen. Es gibt keinen jüdischen Raum mehr, in dem dieser Tag keine Rolle spielt. Es muss nicht ausgesprochen werden, nicht benannt, es ist spürbar. Zwischen den Gesprächen, in den Blicken und Körperhaltungen. Zum 7. Oktober und seinen Folgen für jüdische Communitys weltweit werden noch viele Texte geschrieben werden. Diese Texte werden über das transgenerationale Trauma sprechen, auf das die Bilder und Berichte des Schwarzen Shabbats trafen. Wir werden noch lange über den Antisemitismus-Tsunami sprechen müssen, der in den folgenden Tagen, Wochen und Monaten über uns hereinbrach. Wenn ich dieser Tage an meine Anfänge im jüdischen Studierendenaktivismus nachdenke, fällt es mir schwer, zu glauben, dass wir heute an diesem Punkt angekommen sind. Denn lange wehte ein anderer Wind.

Seit Jahrzehnten haben jüdische Organisationen wie der Zentralrat der Juden in Deutschland oder die Zentralwohlfahrts-

stelle auf unterschiedliche Weise dazu beigetragen, jüdisches Leben in der Mitte der deutschen Gesellschaft zu verankern. Auf der Asche der Shoah erblühten wieder jüdische Gemeinden. Mit jedem Jahrzehnt nach der Shoah wurden jüdische Stimmen lauter und selbstverständlicher. Schließlich war es die Immigration der sogenannten jüdischen Kontingentflüchtlinge in den 1990ern und frühen 2000er Jahren, die die jüdischen Gemeinden in Deutschland erneut aufblühen ließ. Mit dieser Einwanderung gelangte auch eine neue Generation Jüdinnen und Juden nach Deutschland, meine Generation. Jene, die in Deutschland geboren wurden oder aufwuchsen. Jene, die wir mit den Geschichten über den Antisemitismus, den unsere Eltern und Großeltern in der Sowjetunion erlebt haben, groß wurden. Die häufig nicht nur eine jüdische, sondern auch eine migrantisches Identität mitbrachten. Viele von uns haben sich alles über das Judentum selbst beigebracht oder es dank jüdischer Organisationen gelernt. Wir wurden schließlich zu jenen, die das Judentum von Ferienlagern oder Jugendzentren nach Hause brachten und unsere Eltern, denen jegliche religiöse Praxis durch den Sozialismus verwehrt blieb, zwangen, mit uns Shabbat zu feiern. So ist es kein Zufall, dass seit zirka zehn Jahren die Welt des jüdischen Studierendenaktivismus einen Boom erlebt. Zahlreiche Organisationen wie die Jüdische Studierendenunion Deutschland oder Keshet Deutschland gründeten sich in diesem Zeitraum. Ich erinnere mich noch gut an viele Diskurse, die wir vor einigen Jahren führten. Wir wollten ein positives Narrativ jüdischen Lebens prägen, wollten endlich als Teil dieser Gesellschaft, als Teil Deutschlands anerkannt werden. Wir wollten über andere Themen als Holocaust, Antisemitismus und Nahostkonflikt sprechen – es ging darum, die Vielfalt unserer

Herkünfte und Traditionen zu beleuchten und uns für Demokratie und eine freie Gesellschaft zu engagieren. Dabei war die Spannweite der Programme, Aktionen und Aktivitäten, die geschaffen wurde, kaum zu übertreffen. Alles, um deutlich zu machen: »We are here to stay.«

Einige Jahre später hat sich der Schatten des rechtsterroristischen Anschlags in Halle, des Skandals rund um die documenta und nicht zuletzt des 7. Oktobers über den optimistischen Tatendrang meiner Generation gelegt. Aus »We are here to stay« wurde »Wo sollen wir hin?«. In jüdischen Freundeskreisen wird seit einiger Zeit diskutiert, welche Fähigkeiten man jetzt erlernen müsse, um im Ausland arbeiten zu können. Es werden Selbstverteidigungskurse absolviert und psychologische Unterstützung organisiert. Jüdisches Leben in Deutschland fühlt sich an manchen Tagen wie Überlebenskampf an. Doch trotz allem kämpft gerade die junge jüdische Generation unermüdlich weiter. Sie kämpft für ein sicheres und selbstbestimmtes Leben in Deutschland, kämpft gegen Hass und Gewalt und für Anerkennung. Dies tut sie auf vielen unterschiedlichen Wegen. Junge Jüdinnen und Juden prägen dieses Land durch politisches Engagement in Parteien oder jüdischen Organisationen. Sie stehen in der Öffentlichkeit und stellen sich in den Sozialen Medien antisemitischen Narrativen durch die Produktion von Konternarrativen. Sie engagieren sich regional oder bundesweit, schaffen Öffentlichkeit und Community-Gefühl zugleich. Sie rufen Bildungsprojekte und Begegnungsräume ins Leben, um am Ende ihre Geschichten und Perspektiven selbst erzählen zu können.

Eines der Projekte, das sinnbildlich für den Kampf um Sichtbarkeit steht und das ich hervorheben möchte, ist die jüdische Campuswoche. Dabei geht es darum, an Universitäten im ganzen Land jüdisches

Junge Jüdinnen und Juden prägen dieses Land durch politisches Engagement in Parteien oder jüdischen Organisationen. Sie stehen in der Öffentlichkeit und stellen sich in den Sozialen Medien antisemitischen Narrativen durch die Produktion von Konternarrativen

Leben in diversen Veranstaltungen und Aktionen all jenen näherzubringen, die mit dem Judentum nur religiöse Symboliken oder Schwarz-Weiß-Bilder assoziieren. Es ist bezeichnend, dass ausgerechnet dieses Projekt, das zur Sichtbarmachung beitragen soll, in den kommenden Jahren nur unter erhöhten Sicherheitsmaßnahmen durchführbar sein wird, da vor allem Universitäten sich zu Orten entwickelt haben, an denen junge Jüdinnen und Juden nicht sichtbar und sicher zugleich sein können. Doch trotz getroffener Sicherheitsvorkehrungen, trotz Existenzangst, die uns in jeden Raum begleitet, bleibt klar, dass wir weitermachen. Weil wir nach wie vor daran glauben, dass wir ein Recht auf einen Platz in diesem Land haben. Wir wollen mitgestalten und aktiv an einer besseren Zukunft arbeiten. Wir wollen uns Gehör verschaffen und unsere Geschichten erzählen.

Immer wieder kommt mir dabei die Metapher des Tisches in den Kopf. Diese wird gerne benutzt, um auf gesellschaftliche Macht- und Ausschlussmechanismen zu verweisen. Es gibt eine lange Tafel mit zugeordneten Sitzplätzen. Viele der Gäste haben ihren Platz von Generation zu Generation vererbt bekommen. Doch dann gibt es auch jene, die neu an diesem Tisch sind. Die sich diesen Platz über viele Jahre erkämpfen mussten. Jüdinnen und Juden kämpfen jeden Tag für diesen Platz und erheben ihre Stimmen wie in diesem Buch. Wir wollen keine Floskeln mehr hören, wollen nicht mehr verhandeln müssen, ob er uns zusteht. Ob mit Einladung oder nicht: Wir werden an diesem Tisch sitzen.

Hanna Esther Veiler ist eine deutsche Aktivistin und Publizistin. 2019 gehörte sie zu den Gründern der Jüdischen Studierendenunion Württembergs. Seit dem 14. Mai 2023 ist sie Präsidentin der Jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSUD)



Riesiger Chanukka-Leuchter aus Lego in der Aula der Joseph-Carlebach-Schule Hamburg

Unsichtbar bleiben, um der Übermacht zu entkommen

Antisemitismus vor und nach dem 7. Oktober

DANI KRANZ

»Wir, die Folgegenerationen, haben lange Zeit glauben wollen, die abscheulichen Verbrechen an Juden lägen in der Vergangenheit, weit vor der eigenen Geburt. Dass sie sich wieder ereignen können, haben die abscheulichen Verbrechen der Hamas im Jahr 2023, in der Gegenwart, gezeigt. Wir haben uns getäuscht.«

Kurt Grünberg, 17.11.2023

Dieses Zitat aus einem Interview mit dem Psychoanalytiker Kurt Grünberg erscheint mir ein Jahr nach seiner Veröffentlichung immer noch als das passendste, um den Bogen zwischen Davor und Danach zu schlagen. Wir – damit meint Grünberg uns als Juden, die nach der Shoah geboren sind, – haben uns getäuscht. Wir haben geglaubt, in Sicherheit zu sein, dass pogromartige Massaker mit genozidalen Zügen nicht mehr Teil unserer Lebenswelten sind. Oder auch, dass die Existenz des Staates Israel nicht mehr konkret bedroht sein würde, oder dass wir uns in Deutschland, aber auch in anderen Ländern der Diaspora, keine Gedanken darüber machen würden, als Juden sichtbar zu sein. Damit meine ich nicht die Ecken in Großstädten, denen viele Juden ohnehin fernbleiben, oder Länder und Regionen, die seit 1948 keine oder so gut wie keine jüdische Bevölkerung mehr haben, oder auch Nationalstaaten, die mit israelischen Reisepässen nicht betreten werden können. Ich spreche von einem viel größeren Phänomen, nämlich davon, dass jüdische Studierende sich überlegen, ihren Davidstern-Anhänger in der Uni zu verstecken, oder ein Kind seinen Pullover nicht ausziehen möchte, weil es darunter ein Makkabi-T-Shirt trägt. Oder dass Kolleginnen und Kollegen nicht als Juden geoutet werden wollen.

Dies sind nur einige Beobachtungen, die ich seit dem 7. Oktober 2023 notiert habe. Anthropologen machen fortwährend Feldnotizen. Wir, als Anthropologen, sind Datenopportunisten; für uns ist zunächst einmal alles interessant, was sich um uns herumbewegt. Mein Datenmaterial beginnt 2002. Ich habe das Datenkonvolut durchsucht, nachdem zwei Kollegen mich gefragt

hatten, ob ich über Antisemitismus in der akademischen Welt schreiben könne. Nach einer ersten, kurzen Durchsicht war klar, dass Antisemitismus sich überall in meinen Daten versteckt. Bei näherer Betrachtung zeigte sich, dass neben traditionellem biologischem Antisemitismus mit direktem oder indirektem christlichen Antijudaismus auch linker antiimperialistischer Antisemitismus – vor allem in Bezug auf Israel – sowie muslimischer Antijudaismus, Populärrantisemitismus aus muslimischen Mehrheitsgesellschaften und islamistischer Antisemitismus festzustellen war. Ich habe nie gezielt nach Antisemitismus gesucht. Ich bin eine Forscherin der jüdischen Gegenwart – und Antisemitismus war in aller Deutlichkeit vor meinen Augen verborgen. Oder wollte ich mich irren?

Diese Frage beschäftigt mich nach wie vor, insbesondere im Hinblick auf die Ereignisse des 7. Oktober 2023 und die darauffolgenden Entwicklungen. So suspendierte meine gastgebende Universität, das Colegio de México in Mexiko-Stadt, am 7. November 2024 ihr Memorandum of Understanding mit der Hebräischen Universität in Jerusalem. Am Morgen des folgenden Tages, dem 8. November 2024, erreichten mich Nachrichten aus Europa, dass in Amsterdam eine Hetzjagd auf israelische Fußballfans, Israelis und Juden stattgefunden hatte.

Judäophober Hass überschlägt sich: Antisemitismus ist mehr als ein Ressentiment, er ist eine Struktur. Angesichts des Ausmaßes an Hass seit dem 7. Oktober 2023 wird die Kontinuität zum Davor deutlich. Ich bin mir sicher, dass nicht nur Anthropologen, die über Juden forschen, sondern Juden generell diese Kontinuität wahrnehmen – und wir uns nicht mehr irren können. Wie lebt man mit dieser Erkenntnis? Junge Juden überlegen auszuwandern. Doch wohin? Nach Israel, wo immer noch Krieg herrscht? In die USA oder nach Großbritannien, in Länder, in die nach 1945 viele junge Juden zum Studieren gingen und dort verblieben? Beide Länder, die zwar größere jüdische Communitys haben, sind nicht mehr die jüdischen Paradiise, die sie einmal waren. In Deutschland bleiben und sich gesellschaftspolitisch einsetzen oder unsichtbar werden? Auch diese Überlegung wurde laut geäußert. Ältere Juden, also die Eltern dieser jungen Juden, erlebten mit Schmerz diese

an Verzweiflung grenzenden Überlegungen ihrer Kinder. Ans Auswandern dachten nur wenige der Elterngeneration: »Man muss Geld verdienen«, war eine nicht seltene Feststellung. Diese mag sich im ersten Moment banal anhören, ist jedoch von fundamentaler Bedeutung. Der Soziodemograph Sergio DellaPergola betont immer wieder, dass Immigration nach Israel stärker mit der ökonomischen Situation in den Emigrationsländern korreliert als mit Antisemitismus in eben diesen.

Diese ökonomischen Bedenken führen oftmals zu Pragmatismus: Wir, als Juden, haben bisher irgendwie überlebt – zumindest teilweise. Nur die tradierte Erinnerung an Gewalt hat sich tief in unserem kollektiven Gedächtnis und in unseren Biographien festgeschrieben. Am direktesten ist dies bei den wenigen Überlebenden und der ganz frühen Zweiten Generation spürbar, also den Kindern der Überlebenden. Diese Juden haben es über Jahrzehnte hinweg perfektioniert unsichtbar zu bleiben, nicht aufzufallen, um der Übermacht zu entkommen.

Diese Übermacht der Anderen – Antisemitismus in seinen verschiedenen Formen, mangelnde Empathie und auch besserwisserisches Gutmenschentum – setzt sich fort. So erzählte eine jüdische Kollegin, dass ihr direkt nach dem 7. Oktober 2023 eine Frage in größter Sorge gestellt wurde. Nein, es wurde nicht gefragt, wie es ihr oder ihrer Familie gehe, oder ob bei ihrer Familie und ihren Freunden in Israel alles in Ordnung sei. Es wurde besorgt gefragt, wie man in dieser Situation noch Israel kritisieren könne, ohne als Antisemit zu gelten. Ob sie die Gegenfrage gestellt hat, was genau an Israel kritisiert werden solle, erschloss sich aus unserer Unterhaltung nicht. Ich denke, nein. Sie schien einfach nur sprachlos, fassungslos und grenzenlos enttäuscht – und sie ist nicht die Einzige.

Dani Kranz hat den DAAD Humboldt Lehrstuhl am Colegio de Mexico, Mexico City, inne. Sie ist die erste Vorsitzende von Präsenzen – Netzwerk jüdische Gegenwartsforschung e. V. und arbeitet als angewandte Anthropologin und Direktorin von Two Foxes Consulting, Deutschland. In ihrer angewandten Arbeit ist sie u. a. Mitglied im Beratungskreis des Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben und der Bekämpfung von Antisemitismus

Brückenbauer

Über die Aufgaben des Militärbundesrabbiners

ZSOLT BALLA

Seit dem 7. Oktober 2023 hat sich für die jüdische Gemeinschaft einiges verändert, leider nicht gerade zum Guten. Aber um mit dem Positiven zu beginnen: In der Bundeswehr hat sich an der Solidarität gegenüber Jüdinnen und Juden absolut nichts verändert. Das erlebe ich so, und darüber berichten auch jüdische Militärangehörige.

In der Bundeswehr hat sich an der Solidarität gegenüber Jüdinnen und Juden absolut nichts verändert

Das hat natürlich eine positive Auswirkung auf die Arbeit der Jüdischen Militärseelsorge. Dass so erstmals nach rund 100 Jahren und 75 Jahre nach der Shoah wieder jüdische Soldatinnen und Soldaten im Dienste Deutschlands durch Rabbinerinnen und Rabbiner betreut werden, ist für mich ein Schritt hin zur Normalität. Und genau darin sehe ich als Militärbundesrabbiner auch eine meiner Aufgaben: Brücken zu bauen zwischen der Bundeswehr und der jüdischen Gemeinschaft. Denn nach dem Zivilisationsbruch der Shoah und der Nazi-Diktatur war lange Zeit für viele jüdische Jugendliche die Vorstellung, in einer deutschen Armee zu dienen, alles andere als normal. Doch nun sehen wir bereits die ersten Früchte dieser Annäherung: Während die Leistungen der Militärseelsorge und der Bundeswehr innerhalb der jüdischen Gemeinschaft zunehmend Anerkennung finden, ist die Jüdische Militärseelsorge seit ihrer Einrichtung vor gut drei Jahren inzwischen integraler Bestandteil der Bundeswehr, und wir sind hoch erfreut über die hervorragende Zusammenarbeit mit unseren Schwesterseelsorgen.

Als Militärbundesrabbiner obliegt mir die religiöse Leitung der Jüdischen Militärseelsorge. Damit bin ich religiöses Oberhaupt der bis zu zehn (derzeit fünf) Militärabbinerinnen und -rabbiner, die bundesweit ihren Dienst tun und unterschiedlichen Strömungen des Judentums angehören. Sie begleiten jüdische Soldatinnen und Soldaten und ihre Angehörigen im In- und Ausland und ermöglichen ihnen die Religionsausübung. Darüber hinaus unterstützen sie als Seelsorgerinnen und Seelsorger alle Soldatinnen und Soldaten und deren Familien – ganz unabhängig von deren Religionszugehörigkeit.

Darüber hinaus wirken die Militärabbinerinnen und Militärabbiner auch am sogenannten Lebenskundlichen Unterricht mit. Das ist kein Religions-, sondern ein Werteunterricht, bei dem es vor allem um die Stärkung des Demokratieverständnisses geht. Er wird in der Regel durch die Militärseelsorgerinnen und Militärseelsorger der Bundeswehr erteilt und ist verpflichtend für alle Soldatinnen und Soldaten. Diesen Unterricht mitzugestalten, ist für uns eine wichtige Aufgabe – sowohl beim Lehrplan als auch in der Lehrtätigkeit.

Die Militärseelsorge ist ein ziviler Organisationsbereich der Bundeswehr, das heißt, dass die Militärabbinerinnen und -rabbiner wie ihre

christlichen Pendanten Zivilisten sind. Im religiösen Auftrag sind sie nur gegenüber dem Militärbundesrabbiner weisungsgebunden und insoweit von staatlichen Weisungen unabhängig. Sie sind vor allem nicht in die militärische Befehlskette der Bundeswehr eingebunden. Das ist notwendig, damit sie ihre seelsorgerische Tätigkeit unabhängig und vertrauensvoll ausüben können. Die Militärabbinerinnen und -rabbiner unterliegen der religiösen Schweigepflicht.

Militärabbinerinnen und -rabbiner sind eine Chance für die jüdische Gemeinschaft in Deutschland. Es ist davon auszugehen, dass das Angebot eines Militärabbinats das Interesse an der Bundeswehr innerhalb der jüdischen Gemeinschaft steigern wird. Neben dem möglichen Freiwilligen Wehrdienst und dem beruflichen Engagement im militärischen oder zivilen Bereich wird auch das Studium an Einrichtungen der Bundeswehr attraktiver. Es ist im Interesse der Gesamtgesellschaft, wenn sich diese in der Zusammensetzung der Bundeswehr in Teilen widerspiegelt und auch Minderheiten verstärkt vertreten sind.

Letzteres gewinnt gerade vor dem Hintergrund des 7. Oktober 2023 eine besondere Bedeutung. Seit dem brutalen Angriff der Terrororganisation Hamas auf Israel verspüre ich auch hierzulande eine hochgradige Unsicherheit. Es ist sehr schwer, mit dieser ambivalenten Situation umzugehen, also

Beide Gruppen teilen die Erfahrung, als Minderheit in der deutschen Gesellschaft Vorurteilen und Diskriminierung ausgesetzt zu sein

trotz dieses Unsicherheitsgefühls erbobenen Hauptes weitergehen zu können. Noch sind wir zuversichtlich und hoffen, diese große Herausforderung bewältigen zu können, auch als deutsche Gesellschaft insgesamt. Jedoch hat sich die Lage auch auf internationaler Ebene verschlechtert, weshalb es von enormer Bedeutung ist, vielleicht sogar mehr als 2021, als ich dieses Amt angetreten habe, dass die Stimme des Judentums und der jüdischen Ethik im Alltag der Bundeswehr und in der Verteidigung Deutschlands hörbar wird.

Rabbiner Zsolt Balla ist seit 21. Juni 2021 Militärbundesrabbiner. Er wurde in der Brodyer Synagoge in Leipzig in sein Amt eingeführt und ist der erste Militärbundesrabbiner in der Geschichte der Bundeswehr

MEHR DAZU

Aktuell gibt es bei der Bundeswehr insgesamt fünf Militärabbiner: in Hamburg für den Bereich Nord, in Köln für den Bereich West, in Leipzig für den Bereich Mitte und in Schwielowsee bei Potsdam für den Bereich Ost. Es werden jedoch noch fünf weitere Militärabbinerinnen und -rabbiner gesucht, insbesondere in München für den Bereich Süd, um für die Bundeswehrstandorte in ganz Deutschland Seelsorgeangebote zu schaffen und Soldatinnen und Soldaten auch in den Einsatz zu begleiten.



Chanukka-Leuchter aus Speckstein, Buchara (Usbekistan), undatiert, London Jewish Museum

© AKG-IMAGES

In die Resonanzräume der Geschichte lauschen

Theaterarbeit über die Shoah mit Kindern und Jugendlichen

Theatermacherin Liora Hilb entwickelt für Kinder und Jugendliche Stücke über die Shoah. Barbara Haack sprach mit ihr über ihre Erfahrungen.

Barbara Haack: Sie sind als 7-Jährige aus Tel Aviv nach Deutschland gekommen. Wie haben Sie damals das Leben als Jüdin in Deutschland wahrgenommen?

Liora Hilb: Meine Mutter wurde 1927 in Palästina geboren. Mein Vater war deutscher Jude aus Ulm, der 1939 noch fliehen konnte. Mein Vater war ein Deutscher, wie man sich eine deutsche Eiche vorstellen kann. Er hat 25 Jahre in Tel Aviv gelebt und kein Hebräisch gelernt. Ich weiß gar nicht genau, wie meine Eltern sich unterhalten haben. Meine Mutter sprach sehr gut Englisch, aber das konnte mein Vater auch nicht. Meine Mutter wiederum konnte kein Deutsch. Ich denke, dass meine Mutter ein bisschen Jiddisch verstanden hat und sie sich irgendwie verständigt haben.

Ich selbst habe nur Erinnerungen an Deutschland. Als wir nach Deutschland ausgewandert sind, war es nicht so wie heute, dass Eltern die Kinder auf die Emigration vorbereiten. Wir waren einfach hier. Für meine Mutter war das ein absolutes Trauma. In der Schule sagte meine Lehrerin, es wäre besser, wenn meine Mutter kein Hebräisch mehr mit mir sprechen würde. So habe ich sehr schnell Deutsch gelernt, aber leider meine Muttersprache verloren. Ich habe immer wieder versucht, meine Muttersprache neu zu erlernen, aber das ist mir bisher nicht gelungen.

In meinen ersten Tagen sah ich Kinder auf der Straße, ich wollte unbedingt zu ihnen. Ein großer Junge kam auf mich zu und hat mir eine geknallt. Einfach so. Ich habe überhaupt nicht verstanden, warum. Das war mein erster Moment...

Hatte das etwas mit Ihrem Jüdischsein zu tun?

Ich glaube eher damit, dass ich die Sprache nicht verstand und dass ich auch ein bisschen anders ausgesehen habe mit meinen schwarzen Locken. Es lag wohl eher daran, dass ich fremd war. Ich habe dann schnell Freunde gefunden. Aber der erste Moment war eine Fremdheitserfahrung. Als Kind habe ich das dann ziemlich schnell weggedrückt und schließlich alles akzeptiert.

Wie sind Sie zum Theater gekommen?

Mein Vater war unfassbar konservativ. Als ich Abitur gemacht habe, habe ich mich gar nicht getraut zu sagen, was ich machen möchte. Theater wäre gar nicht in Frage gekommen. Eigentlich konnte ich mit der Kunst erst anfangen, als mein Vater gestorben war. Dann habe ich eine Ausbildung an einer Schauspielschule in Italien gemacht. Danach war es klar, dass das mein Beruf werden wird.

Heute machen Sie Theater für Kinder und Jugendliche und beschäftigen sich mit Themen, die mit der Judenverfolgung und der Geschichte der Shoah, auch mit dem aktuellen Antisemitismus zu tun haben. Wie erleben Sie die Reaktion von Kindern und Jugendlichen auf diese Geschichten?

Das ist unterschiedlich. Ich habe zwei Stücke, die sich damit beschäftigen. »rememberRING« ist die Geschichte über den Ring meiner Großmutter.

Sie war zuerst in Theresienstadt, danach in Auschwitz, und dort wurde sie umgebracht. Diesen Ring hatte sie mitgenommen. Er ist auf wundersame Weise bei meinem Vater in Palästina gelandet. Kein Mensch weiß, wie das passiert ist. Ich habe immer gefragt, aber nie Antworten bekommen.

Dieses Schweigen bezog sich nicht nur auf den Ring, sondern auf die ganze Familiengeschichte?

Ja, ich habe immer wieder gefragt, wie es gewesen ist. Mein Vater hat nie ein Wort darüber verloren, er konnte nicht darüber sprechen. Diesen Ring bekam dann meine Mutter, und sie hat ihn mir geschenkt. Damals dachte ich schon: Die Geschichte dieses Ringes muss ich irgendwann auf die Bühne bringen. Aber ich habe mich nicht getraut, solange meine Mutter gelebt hat. Ich konnte mich erst künstlerisch damit auseinandersetzen, als meine Mutter gestorben war.

Die Geschichte, die ich erzähle, ist die Geschichte meiner Großmutter. Ich bin damit auf einer Spurensuche und weiß selbst nicht, wo ich lande. Ich versuche, die Jugendlichen mitzunehmen. Es ist aber eine komplizierte Geschichte, wie jede Geschichte der Shoah kompliziert ist. Wenn die Jugendlichen nicht auf das Stück vorbereitet werden, d. h., wenn sie nichts wissen – und leider ist es oft so, dass nur ganz wenige wissen, was Shoah bedeutet, was die Nazi-Zeit bedeutet, wie es für eine jüdische Familie war – dann sehe ich ratlose Blicke. Sie verstehen gar nicht, was ich da erzähle.

Da gibt es tatsächlich ein Nicht-Wissen auch bei Jugendlichen?

Ja, das ist manchmal sehr erschütternd. Da frage ich mich dann selbst: Macht es eigentlich Sinn? Ich habe auch Materialhefte für beide Stücke entwickelt. Aber die Lehrerinnen und Lehrer müssen sich mit dem Thema auseinandersetzen. Wenn das Stück vorbereitet ist, wenn die Jugendlichen wissen, worüber ich rede, dann macht es Sinn, dann gibt es danach einen Dialog. Es gibt magische Momente, dann entsteht Empathie. Aber nur dann.

Sie sagen, Sie begeben sich auf Spurensuche. Das Theaterstück ist also ein Prozess. Ist das auch für Sie selbst ein Prozess, mit dem Sie versuchen, die Leerstellen, von denen Sie sprechen, zu ergründen?

Auf jeden Fall, jedes Mal – obwohl ich »rememberRING« schon seit 2016 spiele. In manchen Momenten merke ich: Ich weiß ja gar nichts. Oder ich frage mich: Wie war das denn? Wie hätte es sein können? Ich bin immer wieder selbst mit dieser Spurensuche beschäftigt.

Es ist gleichzeitig ganz wichtig, beim Spielen – gerade, weil es die Geschichte meiner Großmutter ist – künstlerisch die Distanz zu halten, damit alles, was ich erzähle, nicht zu gefühlig wird. Wenn mir das gelingt, ist es eine starke Aufführung.

Sie erzählen und spielen auch in diesem Stück?

Ja. Ich habe eine Tochter, Stella, die auch Schauspielerin ist. Mir war es wichtig, dass ich ein Stück Familiengeschichte an meine Tochter weitergebe. Sie kommt in dem Stück auch vor. Ich war in verschiedenen Hotspot-Schulen, habe mit den Jugendlichen an den Themen gearbeitet: Rassismus, Antisemitismus, Islamphobie. Die Haltungen und Meinungen dieser Jugendlichen trägt meine Tochter vor.

In den Workshops sind die Jugendlichen z. B. auf die Straße gegangen; ihre Aufgabe war es, in Zusammenhang mit den Stolpersteinen in Frankfurt-Höchst die Passanten zu



Ludwig Yehuda Wolpert, Chanukka-Leuchter aus Messing, Frankfurt am Main 1924, Ankauf mit Unterstützung der Freunde des Jüdischen Museums Berlin

fragen: Ist das denn überhaupt nötig? Was denken Sie über diese Erinnerungskultur? Deren Antworten haben wir aufgenommen, und Stella erzählt einige Antworten. Das ist dann ein Ansatzpunkt für die Jugendlichen – wenn sie denn überhaupt wissen, was Stolpersteine sind. Wenn sie es nicht wissen, und es wissen viele nicht, dann ist es mühselig.

Sie haben noch ein zweites Stück über die Shoah im Repertoire.

Ich wollte unbedingt ein Stück über die Shoah machen, das leichter zu verstehen ist, das linearer ist, mit einer Geschichte, die einen Anfang und ein Ende hat. Also habe ich das Stück »All that matters« über die Kindertransporte von Prag nach London inszeniert. Diese Geschichte versteht jeder, Kinder, Jugendliche, Erwachsene, Senioren. Der Link zur Gegenwart mit Vertreibung und Flucht kommt darin vor. Es sind in jeder Klasse so viele Kinder, die das selbst erlebt haben. Die kommen dann z. B. hinterher und sagen: Bei mir war das genauso. Und sie trauen sich dann auch, das öffentlich zu sagen. Das bewirkt etwas.

Neulich hat ein Mädchen gesagt: »Ach so, die Nazis waren ja so wie die AfD heute.« Dann ist genau das eingelöst, was ich mir vorstelle.

Wie geht es Ihnen heute als jüdische Theatermacherin? Wie geht es Ihnen in Deutschland – gerade auch nach dem 7. Oktober 2023?

Der 7. Oktober war eine Zäsur, obwohl ich sagen muss, dass auch in den Jahren zuvor der Antisemitismus in meinen Theateraufführungen in Schulen zu spüren war. Die Lehrerinnen und Lehrer waren oft nicht in der Lage in der anschließenden Nachbesprechung eine Moderation zu führen.

Aus antisemitischen Gründen oder eher aus Unkenntnis oder Unlust? Ich glaube, weil es sie total überfordert hat. Die Lehrerinnen und Lehrer waren nicht in der Lage, sich in diesem Konflikt zu positionieren. Nach

dem 7. Oktober hat sich alles verändert. Die Haltung mir gegenüber war wenig zugewandt – eher vorsichtig und manchmal auch gegen mich. Auf der Bühne ist es ganz klar, dass ich Jüdin bin und dass ich aus Israel komme. In »rememberRING« gibt es eine Szene, in der meine Tochter mich fragt, ob ich den Davidstern trage. Dann sage ich: Natürlich trage ich ihn, aber in manchen Situationen stecke ich ihn unter das Kleid, damit man ihn nicht sieht. Ich habe für beide Stücke jeweils den Karfunkelpreis der Stadt Frankfurt bekommen, 2017 und 2024. In meiner Rede habe ich erzählt, was mich berührt, welche Antworten ich manchmal bekomme, wenn ich den Schulen meine Stücke anbiete. Z. B. dass wir zuerst mit den Eltern der muslimischen Kinder sprechen müssen, ob wir über die Shoah reden dürfen. Das sind harte Momente.

Es ist sehr heftig, dass so wenige Menschen, Freunde oder Kollegen ihre Empathie gezeigt haben, mich angerufen oder gefragt haben. Das hat mich sehr verunsichert.

Dem Kulturbereich wurde nach dem 7. Oktober vorgeworfen, sich nicht deutlich und laut genug gegen den Überfall der Hamas, gegen jede Form des Antisemitismus positioniert zu haben. Wie erleben Sie das?

Ich erlebe oft eine »Zurück-Haltung«, also gar keine Haltung. Es gibt Momente, die mir Hoffnung geben. Aber ich habe diese Zurückhaltung und die fehlende Empathie im Kulturbereich stark empfunden. Durch den schrecklichen Krieg, den Netanjahu führt, hat sich das noch einmal verstärkt.

Nach dem 7. Oktober wurden mir auch Veranstaltungen von »rememberRING« abgesagt mit der Begründung, dass Randalie entstehen könnte, dass die muslimische Schülerschaft das nicht akzeptieren könnte. Ich finde es nicht gut, wenn man da einknickt. Viele sind jetzt sehr verunsichert. Lehrerinnen und Lehrer, die sich engagieren wollen, werden oft von

Kolleginnen, Kollegen oder Schulleitungen nicht unterstützt. Dann wird es schwer, etwas durchzuziehen.

Sie machen aber weiter: Wie weit kann aus Ihrer Sicht Theater oder Kultur dazu beitragen, dass es das »Nie wieder« tatsächlich nicht wieder gibt?

Ich gebe nicht auf. In den Schulen muss etwas passieren. Dass die Schüler in der neunten Klasse erstmals etwas über die Shoah erfahren, ist erbärmlich. Wenn ich etwas spiele und sie die Geschichte verstehen, bewirkt es etwas. Es ist mein großes Anliegen Kinder und Jugendliche mit meinen Stücken emotional zu erreichen. Dafür brenne ich, jedes Mal aufs Neue.

Mit zunehmendem zeitlichem Abstand wird die Erinnerung an die Shoah umso mehr zu einer drängenden politischen, pädagogischen und auch künstlerischen Aufgabe. Die Kunst kann wesentlicher Bestandteil einer lebendigen Erinnerungskultur sein. Sie kann mit kritischem Bewusstsein »in die Resonanzräume der Geschichte lauschen«, und von ihnen lernen. Erinnerung ist die wesentliche Kategorie im Umgang mit der Vergangenheit und weist stets den Weg in die Gegenwart.

James Baldwin sagte einmal: »Geschichte ist nicht die Vergangenheit. Sie ist die Gegenwart. Wir tragen unsere Geschichte mit uns. Wir sind unsere Geschichte.«

Zur Bewahrung dieser Geschichten kann das Theater ein Vermittlungsmedium sein. Davon bin ich überzeugt. Und man muss gerade heute den Mut haben, sich mit dieser Geschichte zu beschäftigen.

Vielen Dank.

Liora Hilb vom Theater La Senty Menti ist Schauspielerin und Theatermacherin. Sie macht Theater für Kinder, Jugendliche und Erwachsene und arbeitet künstlerisch mit Schulen und in freien Projekten. Barbara Haack ist Chefin vom Dienst von Politik und Kultur

Bildung spielt eine Schlüsselrolle

Wie kann man das jüdisch-muslimische Verhältnis in Deutschland verbessern?

DEBORAH SCHNABEL

Wie steht es um das jüdisch-muslimische Verhältnis in Deutschland? Geht es nur nach der Anzahl der Initiativen, scheint der Dialog voll entwickelt: Es gibt den jüdisch-muslimischen Gesprächskreis der Blumenthal-Akademie des Jüdischen Museums Berlin, den jüdisch-muslimischen Thinktank Karov-Qareeb oder das von der Bundesregierung initiierte Projekt Schalom-Aleikum. Auch die Bildungsstätte Anne Frank ist auf diesem Gebiet aktiv: zuletzt im Rahmen der Fokustage »Let’s talk« im September 2024, mit dem Dialogforum »Sparkle of Hope« und einem »Blind-cast«-Videoformat.

Beide Gruppen teilen die Erfahrung, als Minderheit in der deutschen Gesellschaft Vorurteilen und Diskriminierung ausgesetzt zu sein

Jüdinnen, Juden, Musliminnen und Muslime in Deutschland sind von spezifischen Diskriminierungsformen betroffen, die oft als gegenseitige Konkurrenz wahrgenommen werden, was wiederum zu Spannungen führt. Hinzu kommt, dass solche Diskussionen häufig von populistischen Kräften instrumentalisiert werden. Der Nahostkonflikt beeinflusst die Beziehungen stark, insbesondere durch soziale Netzwerke wie TikTok, wo antisemitische und antimuslimische Inhalte große Reichweiten erhalten. Die mediale Darstellung beider Gruppen neigt dazu, Vorurteile zu verstärken, indem Musliminnen und Muslime oft mit Fundamentalismus und Terror, Jüdinnen und Juden mit Macht oder Verschwörungen assoziiert werden.

Der 7. Oktober 2023 – der antisemitische Terrorangriff der Hamas auf Israel – stellte eine Zäsur dar. In sozialen Netzwerken, besonders auf Plattformen wie TikTok, verbreiten sich seit dem Angriff und dem darauffolgenden Gaza-Krieg antisemitische Narrative, Verschwörungstheorien und Hassrede in einem beispiellosen Ausmaß. Auch der jüdisch-muslimische Dialog ist leider an vielen Stellen abgerissen.

Für die beiden Communities in Deutschland sind solche Ereignisse ein doppeltes Problem. Einerseits, weil der Krieg in die lokale Gesellschaft getragen wird. Deutsche Jüdinnen und Juden, Musliminnen und Muslime werden mit den Konfliktparteien identifiziert und dadurch oft in einen vermeintlichen Gegensatz gedrängt. Andererseits erzeugen diese Spannungen ein Klima der Unsicherheit und Angst. Es gibt Berichte darüber, wie gerade junge Menschen verstärkt mit feindlichen Kommentaren oder sogar physischen Angriffen konfrontiert wurden.

Erstaunlich ist, wie selten die Gemeinsamkeiten beider Communities benannt werden. Beide haben Migrationserfahrungen in die deutsche Gesellschaft eingebracht. Viele Jüdinnen und Juden kamen nach dem Krieg als Überlebende der Shoah oder als Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland (zurück). Musliminnen und Muslime kamen vermehrt ab den 1960er Jahren als »Gastarbeiter«

oder später als Geflüchtete. Angehörige beider Gruppen haben ein erhöhtes Armutsrisiko. Und beide Gruppen teilen die Erfahrung, als Minderheit in der deutschen Gesellschaft Vorurteilen und Diskriminierung ausgesetzt zu sein.

Der Holocaust hat die jüdische Gemeinschaft in Deutschland zutiefst geprägt und stellt einen zentralen Referenzpunkt der Erinnerungs- und Bildungsarbeit dar. Gleichzeitig rücken postkoloniale Perspektiven zunehmend die rassistischen Strukturen in den Fokus, die durch den deutschen Kolonialismus geformt wurden und bis heute

häufig unterstellt, eher anderen Ländern oder Gemeinschaften verpflichtet zu sein als der deutschen Gesellschaft.

Bildung als Schlüssel

Bildung spielt im jüdisch-muslimischen Verhältnis eine Schlüsselrolle, da sie sowohl Spannungen abbauen als auch solidarische Beziehungen fördern kann. Dabei wirkt Bildung auf mehreren Ebenen: als Werkzeug zur Sensibilisierung, zur Dekonstruktion von Vorurteilen und zur Förderung von Empathie und gegenseitigem Verständnis.

Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus sensibilisiert werden und geeignete Werkzeuge zur kritischen Mediennutzung erhalten.

Gerade die sozialen Medien leben davon, die eigene Gruppe als verfolgt und bedrängt darzustellen – und dabei viel zu oft die eigene Identität durch die Abwertung anderer Gruppen zu konstruieren. Hier gilt es, mit Narrativen der gemeinsamen Verantwortung gegenzusteuern: Das Teilen von persönlichen Erfahrungen kann Solidarität fördern. In der Bildungsarbeit der Bildungsstätte Anne Frank erleben wir z. B.

universelle Werte wie Würde, Freiheit und Gleichheit zu lenken. Das hilft, parteiliche Narrative zu vermeiden, und vielmehr die Frage zu stellen: »Welche Rechte müssen gewahrt werden, um Frieden zu ermöglichen?«

Abschließend lässt sich sagen, dass Bildung im jüdisch-muslimischen Verhältnis nicht nur als Mittel der Wissensvermittlung, sondern vor allem als Werkzeug der sozialen Transformation wirken kann. Sie schafft Räume, in denen Differenzen nicht ignoriert, sondern konstruktiv verhandelt werden, und legt den Fokus auf das Gemeinsame statt auf das Trennende. Besonders wichtig ist, dass Bildungsarbeit Brücken baut – zwischen historischen Erfahrungen, gegenwärtigen Herausforderungen und zukünftigen Perspektiven.

In einer von Polarisierung geprägten Welt muss politische Bildung dazu befähigen, Komplexität auszuhalten und universelle Werte wie Würde, Freiheit und Gleichheit als gemeinsame Grundlage zu stärken. Nur so kann sie dazu beitragen, nicht nur den Dialog, sondern auch die Solidarität zwischen Jüdinnen und Juden, Musliminnen und Muslimen zu fördern und eine plurale Gesellschaft aktiv zu gestalten.

Deborah Schnabel ist Direktorin der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main. Zuletzt erschien der von ihr herausgegebene Sammelband »Code und Vorurteil – Über Künstliche Intelligenz, Rassismus und Antisemitismus« (Berlin 2024)



Reise-Chanukka, Russland 1847

FOTO: PICTURE ALLIANCE / I-

ZU DEN BILDERN

Chanukka, das jüdische Lichterfest, erinnert an die Wiedereinweihung (»Chanukka«) des Tempels in Jerusalem. Der Tempel stand unter hellenistischer Fremdherrschaft und wurde in einem dreijährigen Kampf (167-164 v. u. Z.) von den Makkabäern zurückerobert. Daraufhin konnten die Jüdinnen und Juden den Tempel wieder einweihen.

Als die Makkabäer im neu geweihten Tempel die Menora, einen siebenarmigen Leuchter, entzündeten, stellten sie fest, dass die im Tempel vorgefundene Menge Öl lediglich dafür ausreichte, den Leuchter einen Tag brennen zu lassen. Doch wie durch ein Wunder brannte der Leuchter acht Tage lang – so viel Zeit, wie benötigt wird, um neues koscheres Öl herzustellen.

Als Erinnerung an dieses Wunder zündet man während des jüdischen Lichterfests den Chanukka-Leuchter an. An jedem Tag kommt ein weiteres Licht dazu, bis am achten Tag alle Kerzen brennen. Chanukka wird in diesem Jahr ab dem Abend des 25. Dezember 2024 bis zum 2. Januar 2025 gefeiert.

In unserem Schwerpunkt zeigen wir ganz unterschiedliche Chanukka-Leuchter. Ein Chanukka-Leuchter hat acht Kerzenhalter und ein zusätzliches neuntes Licht, das täglich dazu dient, die anderen Lichter anzuzünden. Dieses neunte Licht heißt deshalb »Schamasch«, also »Diener«. Die Chanukka-Kerzen werden von rechts nach links angezündet, die neue Kerze immer zuerst. Das Lichterfest begehen Jüdinnen und Juden heute mit einem festlichen Mahl.

Die Bilder in dieser Ausgabe zeigen Chanukka-Leuchter aus verschiedenen zeitlichen Epochen. Sie machen deutlich, dass die Leuchter vielfältige Formen haben und aus ganz unterschiedlichen Materialien gestaltet werden können.

Bildungseinrichtungen bieten idealerweise sichere Räume, in denen Jüdinnen und Juden, Musliminnen und Muslime in den Austausch treten können. Projekte wie interreligiöse Workshops oder Begegnungsprogramme betonen Gemeinsamkeiten und eröffnen Perspektiven, die über Stereotype hinausgehen. Die Vermittlung von Wissen über den Holocaust und den Kolonialismus schafft ein Verständnis für die jeweiligen Traumata beider Gruppen. Eine grundsätzliche Multiperspektivität in der Bildungsarbeit muss dabei bedeuten, die Singularität der Shoah zu bewahren und gleichzeitig die Auswirkungen kolonialer Unterdrückung sichtbar zu machen.

Die Vermittlung von Wissen über den Holocaust und den Kolonialismus schafft ein Verständnis für die jeweiligen Traumata beider Gruppen

Bildungsprogramme müssen darauf setzen, die Mechanismen beider Formen der Diskriminierung zu analysieren und auf Ähnlichkeiten hinzuweisen. Dies hilft, den »Wettbewerb der Opferrollen« zu überwinden. Dabei muss politische Bildung immer auch als post-digitale Medienbildung gedacht werden: Vertreter beider Communities müssen für die Verbreitung von Hassrede,

Ein grundsätzliches Sicherheitsgefühl ist erodiert

Jüdisches Leben in Deutschland nach dem 7. Oktober

GISELA DACHS

Die Nachrichten zur Lage der Juden auf der Welt treffen in Israel von überall her ein. Seit dem 7. Oktober 2023 sind es sprunghaft mehr geworden. Über antisemitische und anti-israelische Vorfälle im Ausland wird im Fernsehen berichtet, in den Zeitungen, sozialen Medien und in grenzübergreifenden Familien-Whatsapp-Gruppen. Manchmal hört man schon davon, bevor so etwas – wenn überhaupt – vor Ort in den Schlagzeilen auftaucht.

So wie im November in Amsterdam, als israelische Fußballfans offenbar vorsätzlich von propalästinensischen Schlägertrupps angegriffen wurden. Seither gibt es Warnungen vor ähnlichen Szenarios auch anderswo in Europa. Lieber gar nicht erst hinfahren, heißt es, und wenn, dann sollte man die eigene Herkunft so weit wie möglich verbergen. »Gibt es ein anderes Land auf der Welt«, fragte jüngst ein israelischer Rundfunkmoderator, »deren Bewohner nicht sagen dürfen, woher sie kommen?«.

Jetzt ließe sich argumentieren, dass es in solchen Fällen ja »nur« der Nahost-Konflikt ist, der da exportiert wird, dass die Gewalt der Angreifer also nicht unbedingt antisemitisch motiviert wäre. Das würde die Straftaten zwar nicht legitimieren, die Täter aber vom Vorwurf des blanken Judenhasses befreien, der nun mal in Europa und besonders in Deutschland so schwer wiegt.

Die antisemitische Komponente aber lässt sich schwer verdrängen. Denn warum waren die israelischen Fußballfans nachts von ihren muslimischen Verfolgern in Amsterdam vorsorglich gefragt worden, ob sie »Juden« seien? Und aus welchem Grund sonst wurden am Tag danach in Berlin Spieler des jüdischen Fußballclubs Maccabi beleidigt und bespuckt?

Für beide Gruppen, Israelis wie ansässige Juden, ist das heutige Europa vielerorts wieder mit Angst besetzt. Deutschland bleibt dabei ein besonderes Territorium. Dass es dort nach dem Holocaust erneut jüdisches Leben gab, galt dort als ein wichtiger Gradmesser für den eigenen demokratischen Wandel. Für Israelis aber blieb die Präsenz von Juden in Deutschland lange Zeit unverständlich und oftmals auch verachtenswert. Wie bloß könne man nur im Land der Täter leben! Dass sich das änderte, hat damit zu tun, dass die Bundesrepublik die Vergangenheit nicht länger unter den Tisch kehrte.

In einer Umfrage der Hebräischen Universität vom März 2024 beschreiben 70 Prozent der jüdischen Israelis die Beziehungen zu Deutschland als normal, das ist ein höherer Prozentsatz, als wenn es um die Beziehungen zu Frankreich oder Großbritannien geht. »Normal« lässt sich hier womöglich mit »gut« gleichsetzen, und Deutschland gilt als enger politischer Verbündeter – gleich nach den Vereinigten Staaten. Deutschland beherbergt heute die drittgrößte jüdische Gemeinde in Europa, nach Frankreich und Großbritannien. Im Vergleich mit diesen anderen Ländern kommt Deutschland immer noch eher glimpflich weg, was Vorfälle und Umgang mit Antisemitismus betrifft.

Doch hat sich auch in Deutschland seit dem 7. Oktober etwas verändert. Ein grundsätzliches Sicherheitsgefühl ist erodiert. Das gilt für deutsche Juden ebenso wie für zehntausende Israelis, die in Berlin leben. In der Vergangenheit taten sich viele dieser vor allem säkularen Israelis, aufgewachsen als Teil einer Mehrheitsgesellschaft, schwer, das Minderheitendasein von Juden in der Diaspora zu verstehen. Was alle jetzt eint, ist die Angst vor der eigenen Sichtbarkeit.

Könnte man noch vor mehr als einem Jahr in den Berliner öffentlichen

Verkehrsmitteln viel Hebräisch hören, ist diese Lärmkulisse verstummt. Israelis reden nicht mehr laut miteinander, so wie viele deutsche Juden längst ihren Davidstern unter dem Pullover verstecken und ihre Chanukka-Leuchten nicht mehr ins Fenster stellen. Jüdische Studenten haben ihre Vornamen geändert, um auf dem Campus nicht identifiziert zu werden.

Das Bild von Menschen, die das Massaker der Hamas auf der Berliner Sonnenallee mit dem Verteilen von Baklava feierten, habe sich in die jüdische Kollektiv Erinnerung eingebrannt, schrieb die israelische »Haaretz«. Das sei ernüchternd gewesen, auch für manche selbsterklärten antizionistischen Israelis, die sich aus lauter Kritik an ihrem Land sogar ihrer Pässe entledigt hatten. Zum ersten Mal in seinem Leben habe er verstanden, »was es heißt, ein Jude zu sein«, wurde einer von ihnen zitiert.

Viele erzählen von der fehlenden Empathie in ihrem deutschen Umfeld direkt nach dem 7. Oktober, von zerbrochenen Freundschaften. Dass die deutsche Regierung klare Worte gefunden hat, steht offenbar im Kontrast zu einer anderen Tendenz: dass man sich mit den Palästinensern in Gaza solidarisieren möchte, sich aber schwertut, Worte für die Massaker in Israel finden.

In innerdeutschen Debatten ringen Politik und Gesellschaft nun schon länger über den »richtigen« Umgang mit Antisemitismus. Die Frage danach, wo Kritik an Israel aufhört und die Linie zur jüdenfeindlichen Hetze überschritten wird, steht dabei im Zentrum. Oft geht es dabei allerdings auch darum, wer die Kritik äußert und ob in manchen Fällen nicht mehr »Spielraum« angebracht wäre, wie im Fall der indonesischen Künstler auf der documenta.

Unumstritten ist, dass es Antisemitismus im rechten, im linksextremen und im muslimisch-migrantischen Milieu

Doch hat sich auch in Deutschland seit dem 7. Oktober etwas verändert. Ein grundsätzliches Sicherheitsgefühl ist erodiert. Das gilt für deutsche Juden ebenso wie für zehntausende Israelis, die in Berlin leben

gibt. Von außen betrachtet findet aber in Deutschland heute eine Art Lagerkampf statt, bei dem es darum geht, das oder die jeweils anderen Lager als den/die größeren Urheber von Antisemitismus anzuprangern. Der Vorwurf wird innenpolitisch instrumentalisiert.

Für die potenziellen Opfer ist das wenig hilfreich. Konkreter Schutz ist gefragt. Man will sich im Ernstfall auf die Polizei verlassen können, egal von wo die Gefahr droht. Holländischen Sicherheitskräften soll es aus ideologischen Gründen freigestellt gewesen sein, sich am Schutz von jüdischen und israelischen Institutionen zu beteiligen. Wie macht das die Polizei in Deutschland, fragt man sich seither.

Zugleich geht man in Israel womöglich entspannter mit Kritik um, als es die oftmals reflexhaften Äußerungen israelischer Medien und Regierungsvertreter suggerieren. Dass Kritik an Israel mit Antisemitismus gleichzusetzen sei, finden nach der oben genannten Umfrage nur 29 Prozent der jüdischen Israelis. Eine Mehrheit betrachtet Kritik an Israel nicht unbedingt als eine Form von Antisemitismus, sieht aber, zumindest manchmal, durchaus eine Verbindung zwischen beidem.

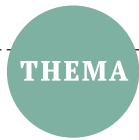
Was viele Juden in Deutschland, genauso wie jüdische Israelis – hier und dort – gemeinsam haben, ist das Nachdenken über das Weggehen. Die einen überlegen, nach Israel einzuwandern, weil sie sich nicht mehr sicher fühlen, wo sie sind, oder sie denken daran wieder dorthin zurückzukehren; andere wollen Israel verlassen, weil sie sich für ihre Nachkommen eine bessere Zukunft wünschen. Es bleibt nur die Frage nach dem Wohin.

Gisela Dachs ist Professorin am Europäischen Forum der Hebräischen Universität in Jerusalem und Publizistin

Weitere Informationen online unter: hu-ef-barometer.huji.ac.il/



Chanukka-Leuchter vor der Synagoge in München, 2021



»Ein jeder unter seinem Feigenbaum«

Jüdische Musik zwischen dem interkulturellen Dialog und jüdenfeindlichen Ressentiments

JASCHA NEMTSOV

Das Bemühen um ein friedvolles Zusammenleben der Religionen und Kulturen, um Verständigung und gegenseitigen Respekt ist heute stärker denn je gefordert. Der Dialog ist elementar für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in jeder Demokratie. Die Festigung der jüdischen Kultur im heutigen Deutschland kann wichtige Impulse zu diesem Dialog geben. Speziell die jüdische Musikkultur, die sich durch eine bemerkenswerte stilistische Offenheit auszeichnet, kann zum Erhalt verbindender geistiger Werte unserer Gesellschaft beitragen.

Eine der denkwürdigsten Aufführungen in diesem Kontext fand vor 30 Jahren statt, am 7. April 1994. Es war der jüdische Holocaust-Gedenktag Yom Ha-Shoa; an diesem Tag wurde im Vatikan zum ersten Mal offiziell der sechs Millionen im Holocaust ermordeten Juden gedacht. Die Gedenkveranstaltung fand in Form eines Konzerts statt. Das Programm schloss neben der Musik von Leonard Bernstein und Ludwig van Beethoven zwei Kompositionen ein, die den christlich-jüdischen Dialog auf dem musikalischen Gebiet veranschaulichten: Das war zum einen »Kol nidrei« von Max Bruch für Violoncello und Orchester (1880), ein Werk, das auf Grundlage einer der wichtigsten jüdischen liturgischen Melodien komponiert wurde. Das andere Stück war Franz Schuberts Vertonung des »Psalm 92« in hebräischer Sprache, die 1828, im letzten Lebensjahr des Komponisten, im

Auftrag des Wiener Synagogenkantors Salomon Sulzer (1804–1890) geschrieben wurde. Als junger Musiker war Sulzer mit Franz Schubert befreundet. Schubert schätzte Sulzers Qualitäten als Sänger, er bezeichnete ihn sogar als einen der besten Interpreten seiner Lieder. Schuberts hebräischer Psalm und seine Zusammenarbeit mit dem jüdischen Kantor Salomon Sulzer gelten geradezu als Verkörperung eines idealen – auch idealisierten – Bilds von produktiven und gleichberechtigten christlich-jüdischen Beziehungen.

Als der deutsche Dirigent und Nazi-gegner Fritz Busch (1890-1951) in seinem New Yorker Exil an einem jüdischen Chorfestival teilnahm, knüpfte er sein Engagement an die von Franz Schubert begründete Tradition an: »Ich trete in die Fußstapfen eines sehr großen und sehr liebenswerten deutschen Musikers, Franz Schubert. Vor hundert Jahren (...) hat Schubert, deutsch und christlich, wie er nur sein konnte, ein Chorwerk zu hebräischen Worten für den synagogalen Gottesdienst seines Freundes, des berühmten Kantors Salomon Sulzer aus Wien, komponiert. Es ist in Sulzers Sammlung veröffentlicht und wird vom jüdischen Volk in der ganzen Welt als sein eigenes verwendet.«

Es sind schöne, harmonische Worte und auch Schuberts Psalm-Vertonung ist schön und harmonisch, man hört diesem Klang des Dialogs gern zu. Unsere Zeit ist aber alles andere als harmonisch, sie ist voll mit Dissonanzen, die zum Teil extrem schmerzhaft sind.

Mehr als ein Jahr ist inzwischen seit dem Alptraum des 7. Oktober 2023

vergangen, dem Tag, der in die jüdische Geschichte als eine neuerliche tragische Zäsur eingehen wird. Seitdem ist auch im Musikbereich vieles geschehen, was dem Klang des Dialogs entgegengesetzt ist. Die Ablehnung des jüdischen Staats gehört heute in der Kulturszene zu einem »progressiven«

Speziell die jüdische Musikkultur kann zum Erhalt verbindender geistiger Werte unserer Gesellschaft beitragen

ideologischen Paket neben der Gender- und Klimaideologie, der Critical Race Theory, Intersektionalität und einigen anderen Bestandteilen. Diese Ideen dürfen nicht hinterfragt werden, sie werden wie Glaubensgrundsätze behandelt und sind von Hypermoralismus geprägt. Es finden weder Diskussionen statt, noch sind halbwegs differenzierte Darstellungen möglich.

Das gilt insbesondere für diejenigen Teile der Musikszene, die nach 1945 unter den Bedingungen des Kalten Kriegs geformt wurden und seitdem stark ideologisch beeinflusst sind: die Neue Musik und die populäre Musik. Es ist wichtig zu betonen: Die jüden- und israelfeindlichen Ressentiments

sind speziell in denjenigen Bereichen des Musiklebens zu beobachten, in denen es nicht nur um Musik als Musik geht, sondern in denen die Musik als Vehikel zur Vermittlung ideologischer Botschaften, als Mittel zur »Verbesserung« der Welt dient. So wird von Musikern erwartet, dass sie in den sozialen Netzwerken zum sogenannten Nahostkonflikt ein Bekenntnis abgeben. Dort wird nicht erst seit dem 7. Oktober fleißig gepostet, gelikt und geteilt. Jeder muss zeigen, dass er auf der »richtigen« Seite steht. Was man nur selten findet, sind die abweichenden Meinungen. Die wenigsten Musiker – es sind fast ausschließlich Israelis –, die noch versuchen, das herrschende Narrativ in Frage zu stellen, werden mit wüsten Beschimpfungen überzogen und aus der »Glaubensgemeinschaft« exkommuniziert.

Auch für die jüdischen Musikfestivals stellt die Situation nach dem 7. Oktober eine neue Herausforderung dar. Das gilt auch für die beiden Festivals, in die ich als wissenschaftlicher Leiter bzw. als Musikberater involviert bin: die ACHAVA Festspiele Thüringen und das Festival Shalom-Musik.KOELN.

»Ein jeder wird unter seinem Weinstock und Feigenbaum wohnen, und niemand wird sie schrecken« – diese Friedensvision aus dem biblischen Propheten-Buch Micha hatten der Intendant der ACHAVA Festspiele Martin Kranz und ich vor zehn Jahren als Leitspruch des Festivals gewählt. »Wir dürfen nicht zulassen, dass das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Abstammung, religiöser

oder weltanschaulicher Überzeugung und Tradition in Europa und in unserem Land von Misstrauen, Angst und Hass, von religiösem Fundamentalismus und Fremdenfeindlichkeit bestimmt wird«, schrieben wir damals in unserer Ankündigung der Festival-Premiere.

»Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, ja lebensnotwendig, die Gedanken von Menschlichkeit und Frieden, von Toleranz und Dialog verstärkt zum Ausdruck zu bringen.« Der Kernpunkt des Festivals wurde der interreligiöse und interkulturelle Dialog: »Jüdische Kultur wird dabei als eine Kraft verstanden, die Völker verbinden und Frieden stiften kann.« Seitdem haben sich die ACHAVA Festspiele tatsächlich als wichtiger und international renommiertester Ort der kulturellen Begegnung etabliert, dessen positive öffentliche Ausstrahlung weit über die Grenzen Thüringens hinausgeht.

Gleiches gilt auch für das erst 2022 gegründete Festival Shalom-Musik.KOELN. Die Festivalmacherinnen Claudia Hessel, Ulrike Neukamm und Thomas Höft entwickelten ein höchst erfolgreiches Konzept, das auf ein lebendiges Miteinander in der Musik statt auf vordergründige Politisierung setzt. Die zweite Ausgabe des Festivals im August 2024 unter dem Motto »Together Now« ließ das interessierte Publikum in zahlreichen fast ausnahmslos ausverkauften Veranstaltungen die außergewöhnliche Vielfalt jüdischer Musik und Kultur erleben. »Wie schön ist es, wenn Menschen wieder einmal für etwas zusammenkommen und nicht gegen etwas«, äußerte dazu eine Besucherin – die Worte, die Anlass zur Hoffnung und Zuversicht geben.

Jascha Nemtsov ist Pianist und Musikwissenschaftler. Er ist Professor für Geschichte der jüdischen Musik an der Musikhochschule Weimar

zeitzeichen – das Neueste aus Kirche, Kultur und Gesellschaft

Wer in der rasch ansteigenden Informationsflut nicht die Orientierung verlieren will, braucht einen Kompass.

zeitzeichen – Evangelische Kommentare zu Religion und Gesellschaft ist die überregionale intellektuelle Monatszeitschrift im deutschen Protestantismus und das große Debattenmagazin zu Themen aus Kirche, Theologie, Kultur und Gesellschaft.

In jeder Ausgabe erscheint ein **Schwerpunktthema** mit mehreren Artikeln und einem Interview. Außerdem gibt es Kommentare, Kolumnen, Reportagen und andere Rubriken sowie zahlreiche **tagesaktuelle Artikel** auf unserem Onlineportal www.zeitzeichen.net.

Probieren Sie es aus!

Gleich kostenlose Probeausgabe bestellen!



Lernen Sie das anspruchsvolle evangelische Monatsmagazin kennen.

www.zeitzeichen.net/probeheft



... oder schauen Sie auf unserer Webseite.

www.zeitzeichen.net



zeitzeichen
Evangelische Kommentare zu Religion und Gesellschaft

Slammt Tacheles!

Eine Anthologie zum Poetry-Slam-Wettbewerb der Initiative kulturelle Integration

Der Anschlag auf die Synagoge in Halle am 9. Oktober 2019 war Anlass für die Initiative kulturelle Integration, in den Folgejahren an das verheerende Attentat zu erinnern. Die Initiative mit ihren insgesamt 28 Mitgliedern, Spitzenverbänden aus wichtigen gesellschaftlichen Bereichen, befasst sich – unter der Moderation des Deutschen Kulturrates – mit der Frage, welchen Beitrag Kultur zur Integration leisten kann. Gemeinsam mit der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, dem Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus und dem Zentralrat der Juden in Deutschland veranstaltet die Initiative seit 2020 rund um den 9. Oktober einen gemeinsamen Aktionstag. In den Jahren 2020, 2022 und 2023 wurde der Aktionstag in Form eines Wettbewerbs begangen. 2023 war dies ein Poetry-Slam Wettbewerb: »Slammt Tacheles! Poetry-Slam zum

jüdischen Leben in Deutschland!« Ziel des Wettbewerbs war es, die Lebendigkeit und Vielfalt jüdischen Lebens in Deutschland aufzuzeigen und den Zusammenhalt zu stärken. Die preisgekrönten sowie weitere Beiträge wurden jetzt in einer Anthologie veröffentlicht. »Mit der Auslobung des Poetry-Slam-Wettbewerbs haben wir uns (...) noch ein Stückchen weiter hinausgewagt, denn Poetry Slam ist eine besondere Kür: Schließlich gilt es hier, gedichtete, verdichtete Texte und sprachliche Finesse mit einer Performance derselben in Einklang zu bringen«, schreiben die Herausgeber Denise Bretz, Henrik Szántó und Olaf Zimmermann in ihrem Vorwort. Zugleich habe das Format in seiner Unmittelbarkeit auch bei der Jury großen Eindruck gestiftet. Sie habe schwer gerungen, bei der Vielzahl von überzeugenden Beiträgen lediglich zehn Preisträgerinnen und Preisträger auswählen zu dürfen. Zwei Wettbewerbsbeiträge drucken wir hier ab. Weitere finden sich in der Publikation »Slammt Tacheles. Poetry Slam zum jüdischen Leben in Deutschland«, erschienen im Lektora Verlag.

Identitätensalat

LIEL DROSTE

Was Halbes und nichts Ganzes.
Nichts Ganzes, sondern was Halbes.

»Woher kommst du wirklich?«
So wirklich wusste ich das nie.
Um ehrlich zu sein, fühle ich mich
wie eine weiße Frau
gefangen im Körper einer Asiatin.
Ich vergesse oft, dass ich das ja bin.
»Ching, Chang, Chong, Chinese im Karton.«
Ach ja. Stimmt. Total vergessen.

Was Halbes und nichts Ganzes.
Nichts Ganzes, sondern was Halbes.
Jüdisches Europa, jüdisches Deutschland,
jüdisches Berlin.
Fragen, die sich in meine Seele brennen.
»Wessen Freundin bist du?«
»Wie kannst du jüdisch sein?«
»Aber deine Eltern, sind doch nicht
deutsch, oder?«
»Wie hast du denn das Judentum entdeckt?«

Was Halbes und nichts Ganzes.
Nichts Ganzes, sondern was Halbes.

Nein, ich bin keine Vietnamesin,
ich bin Deutsche.
Ja, ich wurde in Vietnam geboren,
und nein, ich spreche die Sprache nicht.
Und: Ja, ich weiß, das ist sehr schade.
Wie ich das Judentum entdeckt habe?
Grundsätzlich musste ich sehr früh entdecken,
dass ich mich immer und überall rechtfertigen
und erklären muss.

Ich bin müde, weil ich bin ...

was Halbes und nichts Ganzes.
Nichts Ganzes, sondern was Halbes.

Wie ich es entdeckt habe?
»Also bist du nicht jüdisch.
Deine Mutter ist nicht jüdisch.«
Ah ja, klar. Wie hätte ich das vergessen
können. Ist ja ein täglicher Begleiter.
Ich bin nicht wirklich jüdisch – eigentlich
überhaupt nicht.
»Du bist nicht jüdisch, höchstens nach
Nürnberger Gesetzen. Die Nazis bestimmen
nicht mehr, wer Jude ist.«
Wie mit einem Messer stechen
die Worte in mein Herz.

Trauern wir also nur um die
ermordeten Juden, die es auch wirklich
von der richtigen Seite waren?

Was Halbes und nichts Ganzes.
Nichts Ganzes, sondern was Halbes.

Dieses verflixte Vaterjudentum!

Das ist, als spränge man in ein Schwimmbad,
aber das Becken ist leer.
Gefolgt von einem schmerzhaften
Aufprall der Realität.
Das ist wie der wiederkehrende
Mitgliedsbeitrag im Fitnessstudio.
Aber die Karte ist kaputt. Kein Eintritt.
Das ist wie drei hintereinanderliegende
Türen, die einem regelmäßig vor der
Nase zugeknallt werden.
Dieses verflixte Vaterjudentum!
Jüdisch, nicht jüdisch genug. Asiatisch,
nicht asiatisch
genug. Deutsch, deutsch genug.
Aber woher kommst du wirklich?
50 % Ashkenazi. 50 % jüdisch. 50 % asiatisch.
50/50.
Denn ich bin ...

was Halbes und nichts Ganzes.
Nichts Ganzes, sondern was Halbes.

2020 – ich will jetzt richtig jüdisch sein.
Das geht nur
mit Giur, Übertritt, Konversion.

Der gefühlt unendlich lange Marathon beginnt.
Eine Reise geprägt von Ablehnung, Nieder-
schlägen und trotzdem voller Hoffnung.
Für dich, liebe Jiddischkeit, würde ich
alles geben.

2022 – mit zitternden Knien stehe ich vor dem
Rabbinergericht.
Mein Leben würde ich für dich geben,
meine geliebte
Jiddischkeit.
Shema Israel, Hashem Elokeinu, Hashem Echad.
Es ist vollbracht. Ich bin Jüdin.
Für immer. Für immer Jüdin,
Jüdin, die sich nie wieder erklären will.
Wenn sie aufsteht, wenn sie sich schlafen legt.
Auf dem
Weg, zuhause und auf der Arbeit.

Auch wenn ich ...

was Halbes und nichts Ganzes bin.
Ich bin was ganzes Halbes.

Shema Israel, Hashem Elokeinu, Hashem Echad.
Baruch shem kevod malchulto leolam vaed.
Für immer. Für immer Jüdin.
Nie wieder 50/50.
Ich bin 100 % jüdisch, 100 % deutsch,
100 % asiatisch.

Obwohl ich
was Halbes und nichts Ganzes bin,

bin ich nichts Halbes, sondern was Ganzes.

Ich bin was Ganzes.



Chanukka-Leuchter aus Silber in Form eines Pfaus, undatiert, Wien, Judaica-Sammlung Max Berger

Dazwischen

ANNA SYRKINA

Zwischen Familien
Und Zuhause,
Zwischen Kulturen und vielen Sprachen,
Zwischen Ländern, Identitäten
Bin ich aufgewachsen – dazwischen.

Stets im Inneren die Fragen,
So wenig lag davon im Klaren,
Und keine, die mir Antwort gaben,
Das Hier und Jetzt – bin ich hier richtig?

Karussell im Kopf, im Herzen,
Das, was ich tue, ist es wichtig?
Das, wo ich lebe, bin auch ich das?
An was ich glaube, pass ich hier rein?

Zwischen Traditionen und Postmoderne,
Lautem Techno und Gebeten,
Fotografien ferner Welten
Und mit der Club-Mate auf dem Tisch

Ich sitze hier und denke nach.

Zwischen Wurzeln und Neuerschaffung,
Zwischen Grenzen und Verwandlung,
Zwischen Erinnerungen und Hoffnung,
Was einmal war und vielleicht noch wird ...

Zwischen Geschichten meiner Ahnen,
Auf die nur wenige Rücksicht nahmen,
Doch deren tiefe Schätze ich in mir trage,
Und das Für-Immer, zu jeder Zeit.

Zwischen all dem schon Erlebten
Und den unzähligen Momenten,
Zwischen lauten, leisen Träumen
und gesellschaftlichen Normen

Auf vielen Bühnen tanze ich,
Nicht immer einfach,
Meistens schwer.

Und viele, die das nicht verstehen
Und solche Fragen niemals stellen
Und oft verwundert mich ansehen,
Wieso ich mich damit befasse ...
Muss ich mich klar für was entscheiden?
Bin ich das eine oder andere?
Kann ich nicht alles gleichzeitig sein?

Zwischen dem, was einmal war, und dem stets
aufs Neue Werdende,

Zwischen dem, was neu geboren,
und auch wieder Gehende,
Zwischen dem, an was wir glaubten
und auch weiter leben lassen,
Zwischen dem, was uns verbindet
und im Zeitgeist mit verblasste ...

Kann ich anderes gar nicht tun,
Als meine eigenen Antworten zu finden,
Meine Sehnsucht, mich im Ganzen,
zu verstehen, zu akzeptieren.

Was früher war und uns geprägt und
Heute wie wir Zukunft prägt,
Was mir erzählt und ich erinner,
Und worauf ich mich nun besinne.

Auf all die Worte, die gegeben
Und welche ich mir selber gebe,
Auf all die Wege, die bekannt sind
Und welche ich allein beschreite.

Was ich erlebte und noch will,
Wovon ich träume, häufig still,
Was mich zu der prägt, die ich bin,
Und an Später reichen will.

Hat Zeit gebraucht und braucht noch Zeit,
Doch lass mich nicht davon beirren,
Bin viel mehr Brücke und Transmitter,
im Außen als auch meinem Innern.

Wir sind gemacht aus vielen Schichten,
Sind gemacht aus vielen Geschichten,
Sind gemacht aus unzähligen Erlebnissen
Und zeitlosen Gedächtnissen.

Ich sitze hier und denke nach.

Ich kann nicht eine Antwort finden,
Auch nicht eine Heimat haben.
Ich kann nicht einer Weisheit folgen
Nicht von einer Geschichte stammen.

Manchmal Fluch, doch häufig Segen,
schreite ich auf vielen Wegen.
Es steht nichts im Singular.

Ich stehe dazwischen,
atme dazwischen,
lebe dazwischen.

03.06.2023, Jerusalem

Ein ganzes erlebtes Jahrhundert

Über Georg Stefan Troller

GERHARD BÖKEL

Besuch bei Georg Stefan Troller in Paris. Ich treffe den Fernsehfilmer, Buchautor und Drehbuchschreiber. Ich begegne aber auch dem aus Wien stammenden Juden, der im Sommer 1944 als amerikanischer Soldat zurück nach Europa kam. All das hat eine Vorgeschichte eines nun 103-jährigen Lebens. In Wien als Sohn eines jüdischen Pelzhändlers am 10. Dezember 1921 geboren, wuchs der junge Georg Stefan in einer gutbürgerlichen Umgebung auf, ging zum Gymnasium und begann eine Ausbildung als Buchbinder.

Österreicher als unerwünschte Ausländer interniert. So kamen auch die Trollers in ein Lager, dazu diente eine kleine Schule mit drei Stehklsetts im Hof – für 100 Internierte. Dann wurden sie in eine baufällige Kaserne gestopft. Die einzige Toilette war im Hof, die nachts nicht betreten werden durfte. Nach der Einführung der Dienstpflicht für ausländische Geflüchtete wurde Troller nun »prestataire«, einer dieser »Arbeitsklaven«, die in oft provisorischen Lagern schäbig untergebracht wurden, umgeben von Stacheldrahtzäunen. Troller musste erst auf einem Bauernhof schuften, dann wurde er zum Bau einer kriegswichtigen Munitionsfabrik am Strand des Ärmelkanals abkommandiert.

nach Marokko, das zu Vichy-Frankreich gehörte. Troller kam zu einer Truppe, die mit einem britischen Frachter nach Neapel gebracht wurde. In Italien überschlugen sich die Ereignisse. Nach einer lang andauernden Schlacht schafften die Alliierten im Mai 1944 den Durchbruch bei Cassino. Am 4. Juni 1944 marschierten sie in Rom ein. Doch das italienische Schlachtfeld verlор nun für beide Seiten an Bedeutung. Denn zwei Tage später griffen die Alliierten mit der Landung in der Normandie die deutschen Besatzer Frankreichs an. Es sollte der entscheidende Schritt zur Befreiung Frankreichs und der Niederlage der Wehrmacht werden. Doch dazu bedurfte es auch einer Landung der Alliierten an der

Die deutschen Truppen gerieten unter Druck. Viele Soldaten wurden festgenommen, Troller musste sie vernehmen und hatte Ende 1944 den Eindruck: »Die deutschen Gefangenen lechzten nach unserem Sieg«

Troller erzählt von der »Besichtigung der Führerwohnung« am Prinzregentenplatz und der von den GIs geplünderten Privatwohnung Eva Brauns, der Frau Hitlers. Es war der 30. April 1945. Am selben Abend erfahren sie auch von Hitlers »Heldentod«. Im Quartier seiner Gruppe, einer zerschossenen Kaserne, wurde das – so notierte Troller – »mit Bier und Fräuleins gefeiert«. Am 1. Mai 1945 fuhr er im Jeep zum nahegelegenen Konzentrationslager Dachau. Troller kennt das Datum, weil er es auf der Rückseite seiner Fotos notiert hat – aufgenommen mit einer einige Wochen vorher ergatterten LEICA. Als er im KZ ankam, waren die Überlebenden schon in Lazarette abtransportiert worden. Massenhaft sah und fotografierte er Leichen, halbnackt in gestreifter Kleidung, »aufeinandergetürmt wie Müll«, andere gestapelt in Güterwagen. Und er sah, wie Busladungen von Zivilisten von der Army herangekarrt worden waren. Sie sollten das alles sehen. Schweigend, verstört, geschockt standen sie vor den Leichenhaufen, zeigten, »ihr komplettes Überraschtsein«.



Chanukka-Leuchter: Kerzenhalter in Stuhlform

Er war noch in Wien, als im März 1938 der bejubelte »Anschluss« Österreichs an das nationalsozialistische Deutsche Reich erfolgte. Die Reichspogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 überlebte der noch nicht mal 17-jährige Georg Stefan im Keller des Buchbinders. Troller: »Wir mussten hier weg.« Die Familie konnte sich ins tschechische Brünn durchschlagen. »Und wieder saßen uns die Deutschen auf den Fersen, verstärkt durch Österreicher und Sudetenländer«, erinnert sich Troller. Sein Vater kannte den Ehrenkonsul von Uruguay und »ergatterte Visa, versehen mit etlichen Stempeln«. Um aus Brünn herauszukommen, brauchten sie zusätzlich die Berechtigung, die Grenze zu überschreiten. Der für den jungen Troller von der »Gestapo-Einsatzgruppe Prag« ausgestellte »Durchlaßschein« berechtigte ihn, bis 1. Mai 1939 die Grenze des Reichsgebiets zu überschreiten. Er nutzte das. In einem versiegelten Zug ging es quer durch die nächtliche Heimat erst nach Italien und von dort nach Paris. Das uruguayische Visum wirkte Wunder: »Jeder Stempel, der draufgedroschen wurde, galt als zusätzlicher Beweis einer Authentizität.« In Paris angekommen, kamen die Trollers in einem schäbigen Emigrantenhotel unter. Alle zwei Wochen mussten sie sich zwecks Aufenthaltsgenehmigung auf der Präfektur melden. Um aus Europa herauszukommen, musste der junge Troller mit Vater und Onkel in die »Zwangsresidenz nach Boulogne-sur-Mer, dem Hauptafen in die Neue Welt«. Doch inzwischen hatte Frankreich dem Reich den Krieg erklärt. Und zeitgleich wurden die Deutschen und

Bald erfuhren sie im Lager, dass die Wehrmacht Frankreich überrollt und die inzwischen neu gebildete französische Regierung des Marschall Philippe Pétain kapituliert hatte. »Nun waren also Nazi-Panzer da«, erzählt Troller. In dem Durcheinander konnte er mit ein paar Kameraden fliehen. »Wir konnten uns zur Kanalküste absetzen, wir wollten nach England, schafften das aber nicht mehr.« Mit einigen Zwischenstationen und Umwegen landete er Ende Juni 1940 wieder im nun besetzten Paris und traf seine Familie. Dort blieben die Trollers ein halbes Jahr, der Winter 1940 näherte sich, und sie konnten sich in den Süd-Westen absetzen. Sie kamen nach Pau und später nach Marseille. Von dort wollte Georg Stefan nach Amerika, in die USA, doch da wollten viele hin. Es gab lange Schlangen von Menschen vor dem amerikanischen Konsulat, die ein Visum wollten. Troller: »Ich hatte Riesenglück. Als der Vizekonsul erfuhr, dass ich 18 bin, sagte er: Wir brauchen Soldaten! Und als ich in aller Eile geschworen hatte, keiner kommunistischen Gruppierung anzugehören, drückte der Vizekonsul höchstpersönlich den Stempel aufs Papier.« Dazu das Datum: 12. Mai 1941. Auf einem von einer amerikanischen Hilfsorganisation gecharterten »verrosteten Kahn« ging es für Georg Stefan erst mal nur nach Casablanca. Dann erreichte er nach zweiwöchiger Überfahrt New York. Er fand eine Anstellung in einer Buchbinderei, das hatte er ja in Wien gelernt. Doch bald kam für ihn alles anders. Er wurde einberufen und zu einem »richtigen fighting soldier« ausgebildet. Dann ging es mit dem Truppenship durch den Atlantik

französischen Mittelmeerküste, und der amerikanische Intelligence Service suchte nun Soldaten mit Französisch-Kenntnissen. Mit einem verschmitzten Lächeln erzählt Troller: »Ich rezitierte aus einem Gedicht von Rimbaud, verstanden haben sie nichts, aber ich war angeheuert.« Nun war er in einem IPW-Team (interrogation of prisoners of war) Gefangenenvernehmer beim 179. Regiment der 45. Infanterie-Division. Die »Fünfundvierziger« nannten sich Donnervögel (Thunderbirds). Mit ihnen ging es erst mal wieder nach Neapel, dort war das Aufmarschgelände. Die Überfahrt Richtung Mittelmeerküste dauerte zwei Tage und am 15. August 1944 wurde die Infanterie an der Côte d'Azur an Land gesetzt. Troller: »Diesmal forderte niemand Stempel und Einreisevisum.« Die deutsche Armee stand im Süden auf verlorenem Posten. Was folgte, beschreibt Troller so: »Im Blitzkrieg rollten wir das Rhônetal hoch, so schnell, wie die Deutschen sich absetzten, kamen wir gar nicht nach.« In den folgenden Monaten rückten die Amerikaner immer weiter vor. Die deutschen Truppen gerieten weiter unter Druck. Viele Soldaten wurden festgenommen, Troller musste sie vernehmen und hatte Ende 1944 den Eindruck: »Die deutschen Gefangenen lechzten jetzt nach unserem Sieg.« Es kam zur Schlacht um Nürnberg. Am 20. April 1945 hisste die 45. Infanterie-Division nach viertägigem Kampf die US-Flagge im ehemaligen »Schatzkästlein des Reichs.« Dann ging es weiter Richtung Süden, die Donau wurde überquert, in München zu nächtlicher Stunde einmarschiert.

Am 8. Mai war der Krieg zu Ende. Trollers Vernehmungsteam »verstreute sich«, jeder in der neuen Militärverwaltung auf der Suche nach einem neuen Job. Troller fand einen bei »Radio München«, dem Sender der amerikanischen Militärregierung, dem Vorläufer des Bayerischen Rundfunks. Und dann wechselte er zur »Neuen Zeitung«, die im Verlag der US-Armee erschien. Troller: »Ich wurde Reporter, als Vorstufe zum Journalismus.« Im Frühjahr 1946 wurde er ausgemustert. Zurück in den USA studierte er Anglistik und Theaterwissenschaft und erhielt dann ein Fulbright-Stipendium zum Studium an der Sorbonne in Paris. Doch anstatt dort zu studieren, ließ er sich von RIAS Berlin, dem Rundfunk im amerikanischen Sektor, als Hörfunkreporter engagieren. Es war der Beginn einer ihn und – wie sich zeigen sollte – den Journalismus prägenden Karriere. Er blieb in Paris und entdeckte das neue Medium Fernsehen für sich. Beim WDR übernahm er 1962 das Magazin »Pariser Journal«, das er 50-mal »aufblättert« – so hieß es jeweils im Abspann. Ab 1972 folgte die ZDF-Fernsehreihe »Personenbeschreibung«, in der er Prominente und unbekannte Zeitgenossen vorstellte. Und Troller, der im Jahr 2022 wieder die österreichische Staatsangehörigkeit angenommen hat, schrieb zahlreiche Bücher. Mehrfach wurden sie als letzte angekündigt. Zuletzt erschien 2021 sein Band »Meine ersten 100 Jahre«. Wirklich das letzte?

Gerhard Bökel ist ein freier Autor und ehemaliger Politiker, Journalist und Rechtsanwalt

Künstliche Intelligenz: Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur nachhaltig entwickeln

Positionspapier des Deutschen Kulturrates

Berlin, den 09.10.2024. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, positioniert sich mit diesem Papier zum Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) im Kunst-, Kultur- und Mediensektor und weitet damit den Blick über seine bisher auf das Urheberrecht fokussierte Stellungnahme »Künstliche Intelligenz und Urheberrecht«¹ vom 22.06.2023 hinaus.

KI ist eine sich dynamisch entwickelnde Technologie. Der Umgang mit KI und die Regulierung sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das Vertrauen in die Echtheit von Informationen sind ebenso davon berührt wie die vielerorts bestehende Sorge vor der Substitution menschlichen Schaffens und Arbeitskraft durch KI. Wenn KI-Systeme zunehmend in Entscheidungsprozesse eingebunden werden, entstehen Verantwortungslücken, die geklärt werden müssen, um gesellschaftliche Akzeptanz zu gewährleisten. Das vorliegende Positionspapier spiegelt den aktuellen Wissensstand. Es soll kontinuierlich fortgeschrieben werden.

In der oben genannten urheberrechtlichen Stellungnahme hat der Deutsche Kulturrat begrüßt, dass sich beispielsweise der Deutsche Ethikrat der gesellschaftlichen Dimension von KI angenommen und im März 2023 seine Stellungnahme »Mensch und Maschine – Herausforderungen durch Künstliche Intelligenz«² veröffentlicht hat. Der Deutsche Ethikrat hat deutlich gemacht, dass Ziel und Richtschnur ethischer Bewertung immer die Stärkung menschlicher Autorschaft sein muss. Der Deutsche Kulturrat stimmt dieser Einschätzung uneingeschränkt zu und sieht hier die Grenzen der Anwendung von KI markiert.

Kunst, Kultur und Medien bieten gesellschaftliche Reflexionsräume. Künstlerischer Arbeit ist inhärent, dass in die Zukunft geblickt wird. In Werken verschiedener künstlerischer Sparten wird sich auch mit KI und ihren Auswirkungen auf gesellschaftliche Prozesse und das Zusammenleben auseinandergesetzt. In künstlerischen Arbeiten wird mit KI experimentiert und Möglichkeitsräume werden erforscht. Künstlerinnen und Künstler genauso wie andere Akteure des Kunst-, Kultur- und Medienbereiches sowie der Kultur- und Kreativwirtschaft haben einen spezifischen Zugang zum Thema. Sie sollten als Stakeholder mit ihrer Expertise bei der Besetzung von Beratungsgremien, die sich mit der Anwendung bzw. der zur Regulierung von KI, insbesondere von generativer KI, befassen, frühzeitig stärkere Berücksichtigung finden.

In diesem Papier wird sowohl die Arbeit von Künstlerinnen und Künstlern, also Urheberinnen und Urheber bzw. Leistungsschutzberechtigten, von Kultureinrichtungen, von kulturellen Bildungseinrichtungen als auch von Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft in den Blick genommen. Es geht um:

- KI als Werkzeug für die künstlerische und kreative Arbeit,
- KI in der nicht-künstlerischen Arbeit in Kunst, Kultur und Medien,
- KI in der allgemeinen Bildung,
- KI in der Hochschullehre und Ausbildung,
- KI und Barrierefreiheit,
- KI und kulturelles Erbe.

KI als Werkzeug für die künstlerische und kreative Arbeit

Viele Künstlerinnen und Künstler sind genauso wie Kreative und Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft offen für die Nutzung neuer Werkzeuge für ihre Arbeit. Sie wenden sie an und experimentieren damit. Die Prozesse

künstlerischer und kreativer Arbeit verändern sich dadurch. Dies ist mit Blick auf die Kulturgeschichte nichts Neues und trifft selbstverständlich auch auf die Nutzung von KI zu. Mit Hilfe von KI-Werkzeugen können sich künstlerische Ideen umsetzen lassen, die bislang als nicht realisierbar galten. Bei deren Entwicklung und Erforschung müssen aber die Interessen und Rechte der Kulturakteure berücksichtigt und eingehalten sowie verantwortungsvoll definiert werden. Europäische und nicht-europäische KI-Anbieter müssen sich innerhalb der EU an europäische Standards halten. Auf politischer Ebene gilt es die europäischen Standards wie z. B. Datenschutz und Urheberrecht als Standortfaktor positiv herauszustellen und europäische Anbieter zu stärken.

Für die Entwicklung generativer KI-Anwendungen werden derzeit bestehende, von Menschen geschaffene Werke zum Training genutzt. Der Deutsche Kulturrat hat sich zu den Gefahren generativer KI mit Blick auf die Wertschöpfungskette, die Wahrung des Urheberpersönlichkeitsrechts sowie die Vergütung bereits positioniert und wird diese Fragestellungen weiter verfolgen³. Aktuell wird eine neue Stellungnahme zum Thema KI und Urheberrecht erarbeitet, die sich mit den Erfordernissen der neuen KI-Verordnung befasst. Neben den ökonomischen Folgen des KI-Trainings müssen aber auch die ethischen, kunst- und kulturgeschichtlichen Konsequenzen genau beobachtet werden.

Die Nutzung von KI-Werkzeugen durch professionelle Künstlerinnen, Künstler und Kreative, ihre Partner wie auch durch individuell handelnde Amateure wirft neue Fragen auf, was die menschliche Leistung ausmacht und wie diese, z. B. durch Transparenzregelungen, von KI-generierten Werken und Inhalten zu unterscheiden ist. Neben der Frage des beruflichen Selbstverständnisses ist dieses Thema insbesondere mit Blick auf die vertraglichen Beziehungen zu den Entwicklern und die Partizipation an der Wertschöpfung für alle Beteiligten von großer Bedeutung.

Einzelne KI-Varianten werden derzeit kostenfrei oder sehr kostengünstig angeboten. Der günstige Preis einiger Angebote geht oft mit einer Missachtung von Datenschutzstandards und Urheber- und Persönlichkeitsrechten einher. Hier bedarf es einer besseren Aufklärung darüber, damit ein risikofreier und rechtssicherer Umgang mit den Werkzeugen möglich ist. Darüber hinaus ist es wünschenswert, dass KI-Nutzende Zugang zu kostengünstigen, rechtssicheren und gleichzeitig datenschutztechnisch geschützten Anwendungen erhalten.

KI in der nicht-künstlerischen Arbeit in Kunst, Kultur und Medien

Auch die nicht-künstlerische Arbeit im Kunst-, Kultur- und Medienbereich verändert sich durch KI. Dieses rührt an Berufsbildern, am Berufsverständnis und verlangt, sich auf andere Arbeitslogiken einzulassen. KI wird im Kunst-, Kultur- und Medienbereich aber auch als Chance gesehen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, insbesondere mit Blick auf repetitive Aufgaben. Gleichzeitig darf nicht verkannt werden, dass durch KI auch Arbeitsplätze wegfallen werden. Es ist gegenwärtig unklar, in welchem Verhältnis der prognostizierte Wegfall von Arbeitsplätzen zum bereits jetzt konstatierten Fachkräftebedarf steht⁴. In jedem Fall muss auf Qualifizierung, insbesondere die Fort- und Weiterbildung der Mitarbeitenden, großer Wert gelegt werden. Es gilt, sich frühzeitig mit bereits eingetretenen und möglichen weiteren Disruptionen zu befassen und KI nicht

leichtfertig einzusetzen. Transparenzregelungen werden im Grundsatz überall dort erforderlich sein, wo Ergebnisse von generativer KI geschaffen oder interpretiert werden.

KI in der allgemeinen Bildung

Der kompetente Umgang mit KI ist eine bildungspolitische Herausforderung. Dies gilt sowohl für die schulische Bildung, die außerschulische Kinder- und Jugendbildung als auch die Erwachsenenbildung einschließlich der Seniorenbildung. Menschen aller Generationen sind gefordert, sich mit den Möglichkeiten, Funktionsregeln und Grenzen generativer Modelle auseinanderzusetzen, um einen kompetenten Umgang mit solchen Anwendungen zu lernen und für das eigene künstlerische bzw. kreative Schaffen zu nutzen. Dazu gehört eine realistische Vorstellung darüber, wie generative Modelle funktionieren, was sie können und was nicht. Ebenso zählt dazu, missbräuchliche Verwendungen von KI, z. B. zum Zweck der Desinformation oder der Bildfälschungen (Deep Fakes), zu erkennen. Menschen benötigen künftig eine umfassende KI-Kompetenz. Dem lebensbegleitenden Lernen sowie der kulturellen Bildung und Medienpädagogik in der Schule und der außerschulischen Bildung kommt hier eine besondere Rolle zu. Damit dies gelingt, muss die Fort- und Weiterbildung der pädagogischen Mitarbeitenden ausgebaut werden.

KI in der Hochschullehre und Ausbildung

KI als Werkzeug wird sowohl in der Hochschullehre als auch von Studierenden genutzt. Insbesondere mit Blick auf Abschlussarbeiten von Studierenden in den Kunst- und Kulturwissenschaften, aber auch den künstlerischen Disziplinen besteht die Herausforderung, dass die Studierenden eine eigenständige Prüfungsleistung erbringen müssen. Hier müssen die Spielräume zur Nutzung von KI und zur Überprüfung von Prüfungsarbeiten, die in der Regel wiederum KI-gestützt erfolgt, ausgelotet werden.

Bei der Weiterentwicklung der Curricula gilt es, die Nutzung von KI als festen Bestandteil zu integrieren und den Studierenden den kreativen Umgang mit KI einschließlich der Dokumentation der Nutzung nahezubringen. In diesem Kontext steht auch die Weiterbildung der Hochschullehrenden im Fokus. Bei der Neubesetzung von Stellen muss geprüft werden, ob Kenntnisse im Einsatz von KI zum Anforderungsprofil gehören müssen. Ferner darf nicht nur die Anwendung von KI in den Blick genommen werden, sondern ebenso gilt es, die Forschung zu den Auswirkungen von KI auf die Künste und das Kulturschaffen im Speziellen, aber auch die kulturelle Vielfalt im Allgemeinen zu fördern. Darüber hinaus sollte die Entwicklung von KI aus künstlerischer Perspektive ebenfalls Gegenstand der Curricula werden, da die Anwendung von Technik und Technologien allein ihr Verstehen nicht garantiert.

Ebenso müssen in der Berufsaus- und -weiterbildung Kenntnisse in der Anwendung von KI erworben werden. In vielen Berufen im Kunst-, Kultur- und Medienbereich wird KI selbstverständlich als Werkzeug eingesetzt. Zur Sicherung der Qualität beruflicher Ausbildung müssen die Auszubildenden auf den kompetenten Einsatz und die kritische Reflexion der Nutzung von KI sowohl im betrieblichen als auch im schulischen Teil der Ausbildung vorbereitet werden. Dies schließt die Weiterentwicklung der Berufe nach dem Berufsbildungsgesetz ein.

KI und Barrierefreiheit

Die Schaffung von Barrierefreiheit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die den Kulturbereich einschließt. Den Zugang von Menschen mit Behinderungen zu Kunst und Kultur zu gewährleisten, ist gemäß der von der Bundesrepublik Deutschland ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention eine geltende Verpflichtung. KI kann eine Möglichkeit sein – unter Beachtung des Urheberrechts – den barrierefreien Zugang zu Kunst, Kultur und Medien effektiver und individueller zu gestalten.

Der Deutsche Kulturrat sieht die öffentliche Hand gefordert, die Forschung und Entwicklung von qualitativ hochwertigen KI-Lösungen, die den barrierefreien Zugang zu Kunst, Kultur und Medien verbessern, sowie die Institutionen und Unternehmen bei der Einführung und Bereitstellung solcher Systeme zu unterstützen.

KI und kulturelles Erbe

In seiner Stellungnahme »Zukunftsaufgabe Digitalisierung und Digitalpolitik«⁵ hat der Deutsche Kulturrat im Oktober 2021 ein konsistentes Vorgehen der Bundesregierung mit Blick auf Digitalisierungsstrategien eingefordert⁶. Leider muss festgestellt werden, dass, statt vorhandene Projekte, wie z. B. die Deutsche Digitale Bibliothek oder die Nationale Forschungsdateninfrastruktur, zu stärken, neue, wie z. B. der Datenraum Kultur oder das Dateninstitut, gestartet wurden. Ressourcen wurden also nicht gebündelt, sondern neue – wiederum befristete – Vorhaben angestoßen. Um die Digitalisierung, die Voraussetzung für die Anwendung von KI ist, voranzutreiben, sind jedoch zusammenführende Programme von Bund und Ländern erforderlich. Dabei gilt es über Ressortgrenzen hinweg zu denken und zu handeln. Nur so können Doppelarbeit bzw. unnötige Konkurrenzen verhindert werden.

Voraussetzung für den bestmöglichen Einsatz von KI in den nicht-kommerziellen Gedächtniseinrichtungen, wie Museen, Archiven und Bibliotheken, ist die Digitalisierung der Bestände. Sie ist immer noch lückenhaft bzw. geht nur schleppend voran. Die digitale Infrastruktur ist unzureichend und die eigenen Ressourcen in den Institutionen werden nicht ausreichend gestärkt. Die Potenziale von KI, insbesondere im wissenschaftlichen Kontext, Bestände schnell zu durchsuchen und für Forschungszwecke zugänglich zu machen, können daher nicht ausreichend

ausgeschöpft werden. Hier ist die öffentliche Hand gefordert, mit abgestimmten Programmen Abhilfe zu schaffen.

In der Publikumsforschung oder Vermittlung bietet KI ebenfalls neue Möglichkeiten. Die Erprobung und Auseinandersetzung mit solchen Anwendungen muss unterstützt und gefördert werden. Denn als nicht-kommerzielle, geschützte Räume mit öffentlichem Auftrag haben die Einrichtungen des kulturellen Erbes ein ganz besonderes Potential, einen reflektierten und ethischen Umgang mit KI zu erproben und diesen in einen öffentlichen Diskurs zu bringen.

Ebenso bietet KI neue Chancen, komplexe künstlerische Arbeitsprozesse und Aufführungspraxen für Wissenschaft und Forschung aufzuzeichnen, künstlerische Nachlässe zu bewahren und damit der Forschung zugänglich zu machen. Gleichzeitig müssen diese Anwendungsbereiche klar von den kommerziellen Anwendungen abgegrenzt werden und dürfen nicht z. B. durch Unternehmensbewegungen zur Umgehung genutzt werden – so startete OpenAI als »non-profit-researchlab«. Hier bedarf es einer juristischen Klärung der Gesamtlage.

Aber auch im Bereich komplexer künstlerischer Arbeitsprozesse, in der Bewahrung und Erforschung des materiellen sowie immateriellen Kulturerbes, in der Publikumsforschung oder Vermittlung bietet KI neue Chancen. Die Erprobung und Auseinandersetzung mit solchen Anwendungen muss unterstützt und gefördert werden. Denn als nicht-kommerzielle, geschützte Räume mit öffentlichem Auftrag haben die Einrichtungen des kulturellen Erbes ein ganz besonderes Potential, einen reflektierten und ethischen Umgang mit KI zu erproben und diesen in einen öffentlichen Diskurs zu bringen.

Unabdingbar ist für den Deutschen Kulturrat, dass Urheberinnen und Urheber angemessen vergütet werden.

¹ Siehe hierzu: [kulturrat.de/positionen/kuenstliche-intelligenz-und-urheberrecht/](https://www.kulturrat.de/positionen/kuenstliche-intelligenz-und-urheberrecht/)

² Siehe hierzu: [kulturrat.de/positionen/kuenstliche-intelligenz-und-urheberrecht/](https://www.kulturrat.de/positionen/kuenstliche-intelligenz-und-urheberrecht/)

³ In der Zeitung Politik & Kultur des Deutschen Kulturrates wird im Jahr 2024 aus verschiedenen Berufsbereichen des Kunst-, Kultur- und Mediensektors beleuchtet, wie sich KI auf die Arbeit bzw. Verwertungsstrukturen auswirkt. Die Beiträge finden Sie hier: politikkultur.de/category/ki/

⁴ Siehe hierzu: [kulturrat.de/positionen/zukunftsaufgabe-digitalisierung-und-digitalpolitik/](https://www.kulturrat.de/positionen/zukunftsaufgabe-digitalisierung-und-digitalpolitik/)

 STELLUNGSNAHMEN
DES DEUTSCHEN KULTURRATES

Die Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates werden in den Fachausschüssen der aktuellen Amtszeit erarbeitet. In der Amtszeit 2022 bis 2025 bestehen die Fachausschüsse Arbeit und Soziales, Bildung, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz, Europa/Internationales, Kulturerbe, Medien, Nachhaltigkeit und Urheberrecht. In diesen arbeiten neben Expertinnen und Experten aus den Sektionen des Deutschen Kulturrates auch weitere Fachleute als Gäste.

In einer Stellungnahme werden kultur- und medienpolitische Fragestellungen aufgeworfen und diskutiert, Problemfelder benannt und relevante Forderungen gestellt. Zudem zeigen Stellungnahmen entsprechende Lösungsansätze und perspektivische Handlungsempfehlungen auf. Nach der Erarbeitung im Fachausschuss entscheidet der Sprecherrat

des Deutschen Kulturrates final über eine Stellungnahme. Im Sprecherrat sitzen Vertreterinnen und Vertreter der neun Sektionen, die Mitglieder des Kulturrates sind: Deutscher Musikrat, Rat für darstellende Kunst und Tanz, Deutsche Literaturkonferenz, Deutscher Kunstrat, Rat für Baukultur und Denkmalkultur, Deutscher Designrat, Deutscher Medienrat, Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung und Deutscher Fotorat.

Ist eine Stellungnahme verabschiedet, geht es darum, die Stellungnahme gegenüber Politik und Verwaltung zu vertreten. Dies ist Aufgabe des Geschäftsführers. Allein im Jahr 2023 wurden 13 Stellungnahmen und Positionspapiere erarbeitet und verabschiedet.

Hier finden Sie alle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates: [kulturrat.de/positionen](https://www.kulturrat.de/positionen).

Kurz-Schluss

Wie ich einmal begann, vom vermeintlichen Anfang ins Ende zu schlittern – eine Offenbarung

THEO GEISLER

Sie werden es nicht glauben: Sogar ein klarer vernunftgeprägter Geist wie der meinige gerät gelegentlich aus den Fugen. Und das kam damals so: Vor unserem von mir bevorzugten Discounter namens Lidl stand meist ein Obdachloser, der für ein wenig Bares die Obdachlosenzeitung verkaufte. Selbstlos aus purer Nettigkeit gab ich ihm immer einen Euro, ohne die Zeitung anzunehmen. Na ja, eigentlich war ich mir sicher, dass dieser Gnadenakt mir Glück brachte. Gestern kam alles anders: Der Zeitschriftenmann warf mir meinen Euro vor die Füße und ein paar zusammengetackerte Seiten Papier mit hypnotischem Blick in die Hand. »Lesen, sofort«, blaffte er mich drohend an – und war verschwunden. Verwirrt setzte ich mich in meinen VW-Last-Edition (ein Sonderangebot), wollte eigentlich losfahren, warf dann doch einen Blick auf die Seiten. »Autoradio an und Radio Maria einschalten!!!!« stand da in 30-Punkt-Schrift. Ich drückte auf den Touch-Screen und wunderte mich nicht schlecht, als sofort eine Glockenton-Senderkennung losdröhnte und eine Stentorstimme im Oberleutnantsbefehlston donnerte: »Verteile, was ich jetzt sage, auf Facebook, LinkedIn und

TikTok, unverzüglich.« Flugs wandte ich mich um, weil ein Mann die Seitentür meines VW aufriss, sich in den Beifahrersitz fläzte und zu mir sprach. »Klappe, und mach, was ich dir befehle.« Spooky! Er war bekleidet mit einem Titan-Gewand bis auf die Füße, und um die Brust trug er einen Antimaterie-Patronengürtel. Aus seinem Mund kam statt einer Zunge ein scharfes zweischneidiges Schwert, und sein Gesicht leuchtete wie die machtvoll strahlende Sonne. Als ich ihn sah, fiel ich kurzfristig in Ohnmacht. Er aber legte seine rechte Hand auf mich und sagte: »Fürchte dich nicht! Ich bin der Erste und der Letzte und nebenbei der Lebendige. Ich verrate dir das Geheimnis der sieben Sterne, die du auf meiner rechten Hand gesehen hast, und der sieben goldenen Satelliten am Nachthimmel: Die Satelliten dienen der Lokalisierung der sieben Oberfaschisten, und die sieben Sterne sind Navigationskoordinaten für die ersten Armageddon-Städte, die wir plattmachen. Da sah ich in einem SUV, der neben mir parkte, vier offensichtliche Oktopusse mit einem Lamm; es sah aus wie geschlachtet und hatte sieben Hörner und sieben Augen. »Die Augen sind die sieben Straf-Bomben, die über die ganze Erde ausgesandt sind«, raunte der

Offizier. Er öffnete seinen Integral-Helm, und ich hörte ihn mit Donnerstimme rufen: »Komm!« Da sah ich ein weißes Stahlblech-Pferd. Ein Plakat entrollte der goldene Reiter mit der Aufschrift: »Fall um und modre.« Der vermutliche Offizier rief: »Aufrücken!« Da erschien ein anderes Robot-Pferd vor meiner Windschutzscheibe. Auf ihm saß ein glitzernder Android mit einem Lasergewehr. Er hatte eine Bazooka und schrie, er sei ermächtigt, der Erde den Frieden zu nehmen, damit die Menschen sich gegenseitig abschlachteten. Und es wurde ihm eine Kalaschnikow aus dem Nichts zugeworfen. Dann hörte ich einen Leopard-3-Panzer heransasseln. Auf seiner Flanke stand: Tod. Dank seiner Nuklearbewaffnung hatte er die Macht, alles Leben auf über ein Viertel der Erde zu töten.

Und schon begann ein gewaltiges Beben. Die Sonne wurde schwarz wie ein Trauergewand, und der Mond nahm die Farbe stockenden Blutes an. Asteroiden fielen aus Richtung Venus herab auf die Erde, wie eine deutsche Eiche ihre Blätter abwirft, wenn ein heftiger Sturm sie schüttelt. Der Himmel verschwand wie eine Buchrolle, alle Berge und Inseln wurden von ihrer Stelle weggerückt. Und die Putins und Trumps, die Reichen und die Mächtigen, Beamten und Freiberuflichen verbargen sich sinnlos in Bunkern. Die Erde tat sich auf wie einst in Island. Vulkane spien, auch ausgelöst durch Wasserstoffbomben aller Nuklearaffen besitzenden Regime der sterbenden Welt. Es fielen Hagel und Feuer,

die mit Blut vermischt waren, auf das Land. Es verbrannte ein Drittel des Landes, ein Drittel der Bäume und alles grüne Gras. Etwas, das einem großen brennenden Berg glich, schien ins Meer geworfen. Die Hälfte des Meeres wurde zu Blut. Und ein Drittel der Geschöpfe, die im Meer leben, kam um. Dreiviertel der Schiffe wurden vernichtet. Dann fiel ein großer Stern vom Himmel; er loderte wie eine Fackel und fiel auf Flüsse und auf die Wasserquellen. Die Substanz des Sterns ist Ecstasy, Kokain, Alkohol, Coca-Cola und Big-Mac. Ein Drittel des Wassers wurde zu stinkendem Hackfleisch, und viele Menschen starben durch den widerlichen Brei. Ein Riesen-Asteroid: Es wurden ein Drittel der Sonne und ein Drittel des Mondes und ein Drittel der Sterne getroffen, sodass sie ein Drittel ihrer Leuchtkraft verloren und der Tag um ein Drittel dunkler wurde und ebenso die Nacht. Ein dänemarkgroßer Adler flog hoch am Himmel und krächzte mit lauter Stimme: Wehe! Wehe! Wehe den Bewohnern der Erde! Erneut tat sich die Erde auf und öffnete den Schacht des Abgrunds. Da stieg Rauch aus dem Schacht auf, wie aus einem großen Ofen, und Sonne und Luft wurden verfinstert durch den Rauch aus dem Schacht. Aus dem Rauch kamen Heuschrecken über die Erde, und ihnen wurde Gift-Kraft gegeben, wie sie Skorpione auf der Erde haben. Sie sollten dem Gras auf der Erde, allen grünen Pflanzen und allen Bäumen keinen Schaden zufügen, sondern nur den Menschen, die das Siegel der Humanitas nicht hinter der Stirn haben.

Sie empfangen ein Signal aus dem All, die restlichen Menschen nicht zu töten, sondern nur zu quälen, fünf Monate lang. In jenen Tagen werden die Menschen den Tod suchen, aber nicht finden; sie werden sterben wollen, aber der Tod wird vor ihnen fliehen. Und die Heuschrecken sehen aus wie Raketen, die zur Schlacht gerüstet sind; auf ihren obersten Stufen tragen sie etwas, das goldschimmernden Kränzen gleicht, und ihre Bemalungen sind wie Gesichter von Menschen, ihr Düsenschweif ist wie Frauenhaar, ihre Waffen wie ein Löwengebiss, ihre Mittelstufen wie ein eiserner Panzer; und das Rauschen ihrer Stummel-Flügel ist wie das Dröhnen von vielen tödlichen Sprengköpfen, die sich zum Schlachten in die Restmenschen stürzen.

Ich war wohl kurz eingenickt. Neben mir saß niemand mehr. Allerdings stand die Beifahrertür weit offen. Deshalb klang das Jaulen der Sirenen, als säße ich in ihrer Mitte.



Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur



KARIKATUR: KLAUS STÜTTMANN

LAWROWS TRÄUME

Hollywood: Vor 38 Kino-Jahren ist Boba Fett in »Die Rückkehr der Jedi-Ritter« in das Maul eines Sarlaccs gestürzt. In der ersten Folge von »Das Buch von Boba Fett« erfahren wir nun, wie der Kopfgeldjäger aus dieser scheinbar aussichtslosen Lage entkommen konnte. In der besagten Rettungsszene (Achtung: Spoiler!) befindet sich Boba Fett, gespielt von Temuera Morrison, im Magen eines Sarlaccs. Dabei handelt es sich um bis zu hundert Meter lange Allesfresser, die in Erdlöchern leben. Ihre Beute halten sie in ihrem Magen künstlich am Leben, um sich möglichst lange davon zu ernähren – was C-3PO in der »Rückkehr der Jedi-Ritter« schon feierlich verkündete und mit diesen Worten unsere Vorstellungskraft zu übersteigen drohte. Im Inneren des Sarlaccs, umgeben von Dunkelheit und klebriger Magenschleimhaut, erscheint die Lage für Boba Fett nur zunächst aussichtslos. Mehr in unserer nächsten Ausgabe.

Alcatraz: Am 12. Juni 1962 gelang drei Insassen des berühmten Gefängnisses auf der Insel Alcatraz die Flucht.

Ob sie überlebten, wurde lange bezweifelt. 53 Jahre später schreibt der seinerzeit flüchtige John Anglin dem FBI einen Brief. Die Pelikaninsel Alcatraz war ursprünglich eine ausgesiedelte Militärfestung. Von hier sollte es kein Entkommen geben, hieß es damals. Selbst wenn es Häftlinge über die Gefängnismauern schaffen sollten, so fänden sie in den reißenden Pazifikströmungen ihren Tod. Anglin meldete sich, um seinen Anspruch auf die künftige Präsidentschaft der USA anzumelden. Er sei der echte Donald Trump. Die DNA-Tests habe er in Kopie mitgeschickt. John Anglin sei ein wegen sexueller Übergriffe verurteilter schwedischer Schulzensänger gewesen, der damals für die Flucht zu feige gewesen sei, sich später nach Lottogewinn freikaufen konnte.

Stockholm: Der längste Film der Welt: »Logistics« ist eine 51.420 Minuten lange Reise von Schweden nach China. Leider hat man nach dem Dreh festgestellt, dass die Kamera wegen mangelnder Fettaufnahme nach zehn Minuten den Geist aufgegeben hatte. Der Film heißt jetzt »Unlogistics«. tg

IMPRESSUM

Politik & Kultur – Zeitung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 10
10115 Berlin
Telefon: 030. 226 05 280
Fax: 030. 226 05 2811
www.politikkultur.de
redaktion@politikkultur.de

HERAUSGEBER
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

REDAKTION
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P),
Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin),
Barbara Haack (Chefin vom Dienst),
Andreas Kolb

REDAKTIONSASSISTENZ
Lisa Weber,
Anna Göbel

ANZEIGENREDAKTION
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Martina Wagner
Telefon: 0941. 945 93-35,
Fax: 0941. 945 93-50
wagner@conbrio.de

VERLAG
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
www.conbrio.de

LAYOUT & SATZ
Birgit A. Rother
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH

DRUCK
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

GESTALTUNGSKONZEPT
4S, www.4s-design.de

Politik & Kultur erscheint zehnmal im Jahr.

ABONNEMENT
30 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

ABONNEMENT FÜR STUDIERENDE
25 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

BESTELLMÖGLICHKEIT
Die Zeitung erhalten Sie direkt beim Deutschen Kulturrat über abo@politikkultur.de und www.politikkultur.de/abo.

VERKAUFSSTELLEN
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikkultur.de auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates unter www.kulturrat.de abonniert werden.

HAFTUNG
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren und die Klärung von Abdruckrechten. Nicht immer gelingt es uns, Autoren ausfindig zu machen oder Abdruckrechte einzuholen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der nächsten Ausgabe nennen bzw. Abdruckrechte vergüten.

HINWEISE
Der Deutsche Kulturrat setzt sich für Kunst-, Publikations- und Informationsfreiheit ein. Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit

wird manchmal auf die zusätzliche Benennung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

FÖRDERUNG
Gefördert aus Mitteln Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.

BEILAGENHINWEIS

Dieser Ausgabe liegen eine Broschüre der Green Culture Anlaufstelle bei, ergänzt durch die Sprint20-Checkliste zum Thema Energieeffizienz in der Kultur, sowie das Magazin »Out of the box/Resonance of time«.